



# Die soziale Lage in der europäischen Union

***2005-2006***

**Kurzfassung**





# Die soziale Lage in der Europäischen Union 2005-2006

## *Kurzfassung*



**Europäische Kommission**

Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit – Referat E.1

Eurostat – Referat F.3

Manuskript abgeschlossen April 2006

Weder die Europäische Kommission (Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit; Eurostat) noch Personen, die in ihrem Namen handeln, sind für die Verwendung der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen verantwortlich.

**Europe Direct soll Ihnen helfen,  
Antworten auf Ihre Fragen zur  
Europäischen Union zu finden**

Gebührenfreie einheitliche Telefonnummer (\*):

**00 800 6 7 8 9 10 11**

(\*) Einige Mobilfunkanbieter gewähren keinen Zugang zu 00 800-Nummern oder berechnen eine Gebühr.

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu>).

© Europäische Gemeinschaften, 2007  
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Bibliografische Daten befinden sich am Ende der Veröffentlichung.  
Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2007  
ISBN 92-79-03140-6  
*Printed in Belgium*

GEDRUCKT AUF CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER

## Vorwort

Der Bericht über die soziale Lage in der Europäischen Union, der seit dem Jahr 2000 jährlich veröffentlicht wird, soll mit Hilfe konkreter Daten und vorausschauender Analysen einen Beitrag zu einer fundierten öffentlichen Diskussion über die Sozialpolitik leisten. Er besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil wird ein besonderes Thema umfassend dargestellt. Den zweiten Teil bilden Statistiken für alle Bereiche der Sozialpolitik und ein Anhang mit Erläuterungen.

Die Europäische Kommission hat mit ihrem im März 2005 vorgelegten Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels - eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ eine breit angelegte Diskussion angeregt. Dem Grünbuch schließt sich eine Mitteilung der Kommission über das Thema an.

Wir hoffen, dass dieser Bericht das Bewusstsein für den demografischen Wandel schärfen und insbesondere zu einem besseren Verständnis der Ursachen beitragen kann. Die demografische Herausforderung liegt in der beschleunigten Alterung der Bevölkerung und den entsprechenden Folgen für unsere sozialen Sicherungssysteme. Gleichzeitig ist es aber eine große Errungenschaft, dass die Europäer heute eine höhere Lebenserwartung haben als je zuvor, die zudem höher ist als die Lebenserwartung in fast jeder anderen Region der Welt.

Die Alterung der Bevölkerung ist jedoch nicht nur Folge einer höheren Lebenserwartung, sondern auch einer niedrigen Geburtenrate. Es ist zwar nicht Sache der Politik, Zieldaten für Geburtenraten festzulegen, aber es liegt in ihrer Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Politik kein feindliches Umfeld für Familien mit Kindern schafft. Dieser Bericht versucht, Fakten über die Situation von Familien zusammenzutragen, dabei liegt sein Schwerpunkt auf dem Gleichgewicht zwischen den Generationen.

Es ist gewiss zu früh, aus den Daten und Fakten in diesem Bericht sichere Schlussfolgerungen zu ziehen, aber es deutet vieles darauf hin, dass die relativ ungünstige finanzielle Lage vieler Familien und vor allem der Alleinerziehenden darauf zurückzuführen ist, dass Beruf und Privatleben schwierig miteinander zu vereinbaren sind. Wer insbesondere mit Hilfe von Kinderbetreuungsangeboten Chancengleichheit für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt schafft, ermöglicht Familien ein höheres Einkommen und verringert ihr Armutsrisiko. Darüber hinaus weisen jene Länder, die die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben erleichtern, offenbar auch höhere Geburtenraten auf.

Deshalb scheint der Herstellung gleicher Chancen für Frauen und Männer eine besondere Bedeutung bei der Beantwortung der demografischen Herausforderung zuzukommen. Es ist bereits bekannt, wie zentral die Erhöhung der Beschäftigungsquoten für die Gewährleistung der nachhaltigen Finanzierbarkeit unserer sozialen Sicherungssysteme ist. Dieser Bericht unterstreicht die Bedeutung der Chancengleichheit für die Sicherstellung angemessener Einkommen für Familien und für die Vermeidung von Armut. Desweiteren enthält der Bericht erstmals Vergleichsdaten, aus denen ersichtlich wird, dass die Einkommensschere zwischen den Geschlechtern nach wie vor sehr stark in deren Anteil an unbezahlter Arbeit zum Ausdruck kommt. Und er legt nahe, dass die Geburtenraten steigen könnten, wenn sich vor allem die Frauen nicht mehr zwischen Beruf und Kindern entscheiden müssten.



Vladimír Špidla  
Mitglied der Kommission  
Beschäftigung, soziale Angelegenheiten  
und Chancengleichheit



Joaquín Almunia  
Mitglied der Kommission  
Wirtschaft und Währung



## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	7
2. Demografische und gesellschaftliche Entwicklungen: das Ende der demografischen Dividende .....	9
3. Einkommens-, Gesundheits- und Lebensbedingungen .....	15

### Anhänge

1. Statistische Daten .....	21
2. Soziale Schlüsselindikatoren pro geopolitischer Einheit .....	49
3. Symbole, Länderkürzel und Ländergruppen, Abkürzungen und Akronyme .....	53





## 1. Einleitung

Die Europäische Union steht vor einem tiefgreifenden ökonomischen und demografischen Wandel, der ihre Fähigkeit zur Wahrung eines starken sozialen Zusammenhalts auf die Probe stellt. Nach einer Zeit nennenswerten Beschäftigungswachstums zwischen 1997 und 2001 hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt infolge einer ungünstigen konjunkturellen Entwicklung verschlechtert, die durch ein wesentlich schwächeres Wirtschaftswachstum in den meisten Mitgliedstaaten gekennzeichnet ist. In den vergangenen vier Jahren hat sich der Abstand zwischen der EU und den USA beim BIP pro Einwohner und bei der Arbeitsproduktivität vergrößert. Darüber hinaus üben rasch wachsende Länder wie China und Indien erhöhten Wettbewerbsdruck auf die Unternehmen in der EU aus. Diese Entwicklungen werden eher als Bedrohung denn als Chance zur Erschließung neuer Exportmärkte wahrgenommen.

Die Angst um die wirtschaftliche Entwicklung Europas wird von der wachsenden Besorgnis angesichts der rasch alternden europäischen Bevölkerung noch verstärkt. Mit dem Älterwerden der geburtenstarken Jahrgänge werden sich die relative Größe und die Rolle der verschiedenen Generationen verändern. Daraus entsteht eine Gefahr für das Gleichgewicht zwischen den Generationen, und der allgemeine Konsens, der jahrelang den sozialen Zusammenhalt gewährleistet hat, wird in Frage gestellt. So mancher Beobachter befürchtet, dass Europa in einen Teufelskreis geraten wird, in dem die zunehmende Belastung durch die Betreuung älterer Generationen die wirtschaftliche Entwicklung lähmen und das Wohlergehen der Gesellschaft als Ganzes beeinträchtigen wird.

In diesem Zusammenhang sind die sozialpolitischen Diskussionen häufig von Angst bestimmt. Die Menschen fürchten den Verlust ihres Arbeitsplatzes, ihrer Rente und ihrer Krankenversorgung, und viele ängstigen sich auch vor der wachsenden Zahl von Migranten, die aber zur Besetzung offener Stellen benötigt werden. Die jüngeren Generationen sorgen sich um ihre Zukunft. Möglicherweise hat dieser Mangel an Zuversicht die flauere wirtschaftliche Entwicklung Europas in den letzten Jahren mitverursacht. Für eine positivere Wahrnehmung der Zukunft Europas und mehr Vertrauen darin ist es unerlässlich, zwischen den Generationen ein neues Gleichgewicht herzustellen, das dem demografischen Wandel Rechnung trägt.

Ein solches neues Gleichgewicht zwischen den Generationen steht im Mittelpunkt der Ausgabe 2005-2006 des Berichts „Die soziale Lage in der Europäischen Union“. Sie beschreibt die maßgebenden demografischen Trends und analysiert die Einkommenssituation und die Lebensbedingungen von Menschen unterschiedlichen Alters und Familienstands in unterschiedlichen Haushaltsgößen.

Die Fakten und Ausführungen in diesem Bericht unterstreichen, welche Bedeutung dem demografischen Wandel beizumessen ist. Die demografische Entwicklung bringt zahlreiche Herausforderungen mit sich und

macht es erforderlich, die Chancen zur Steigerung der wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit der Europäischen Union so gut wie möglich zu nutzen. Wie im Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels - eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ der Europäischen Kommission vorgeschlagen wird, könnte insbesondere eine neue Generationengerechtigkeit, die junge Menschen fördert, Familien stärker unterstützt und gleichzeitig die älteren Generationen ermuntert, aktiv zu bleiben, für größeren sozialen Zusammenhalt sorgen, die Zuversicht in die Zukunft stärken und die wirtschaftliche Entwicklung Europas ankurbeln.

Die Beantwortung der demografischen Herausforderung fällt zwar weitgehend in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, doch die EU sollte sie dabei unterstützen. Politische Strategien als Antwort auf den demografischen Wandel sind Bestandteil der Sozialagenda 2005 - 2010 der Europäischen Kommission, die eine tragende Säule der überarbeiteten Strategie der EU für Wachstum und Beschäftigung bildet. Die Agenda behandelt die unterschiedlichen Bedürfnisse des Menschen im Verlauf seines Lebens und betont, dass „der Wandel auf einen neuen generationsübergreifenden Ansatz gegründet werden muss“. Auch die Schaffung einer gemeinsamen Einwanderungspolitik ist Bestandteil der Antworten auf den demografischen Wandel.

Die Maßnahmen der EU sind vielfältiger Natur. Im Wesentlichen unterstützt sie die Mitgliedstaaten durch:

- die Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen durch sich wechselseitig stärkende sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen für mehr Wachstum, mehr und bessere Arbeitsplätze und sozialen Zusammenhalt und
- den Einsatz aller verfügbaren Instrumente - Koordinierung der Politik der Mitgliedstaaten, Gesetzgebung, sozialer Dialog und Finanzhilfen - zur Förderung der Generationengerechtigkeit und eines besseren Ausgleichs zwischen Beruf und Familienleben.

Die Schlüsseldokumente zur Beantwortung des demografischen Wandels sind das Grünbuch der Europäischen Kommission vom März 2005, mit dem eine breite Diskussion über den demografischen Wandel angestoßen wurde, und die im Jahr 2006 vorgelegte Nachfolgemitteilung der Kommission.

Vorliegender Bericht enthält neben dieser Einleitung zwei Kapitel mit Analysen. Eines davon ist den demografischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, das andere der Einkommenssituation sowie den Gesundheits- und Lebensbedingungen gewidmet. Darüber hinaus enthält der Bericht ebenso wie die früheren Ausgaben Statistiken für die wichtigsten Bereiche der Sozialpolitik und einen Anhang mit Erläuterungen.

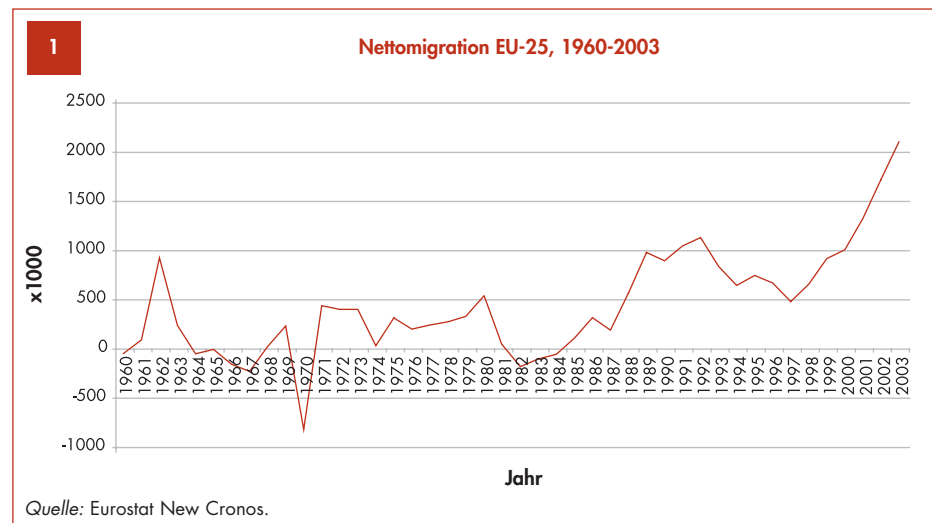


## 2. Demografische und gesellschaftliche Entwicklungen: das Ende der demografischen Dividende

### 2.1. Die Alterung der Bevölkerung wird schon bald zu einem Rückgang der Erwerbstätigenzahl führen

In den vergangenen vier Jahrzehnten hat Europa davon profitiert, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dank der geburtenstarken Jahrgänge wuchs. Diese demografische Dividende wird sich mit dem Eintritt der „Babyboomer“ ins Rentenalter vom Jahr 2010 an verringern. Nach Jahrzehnten mit niedrigen Geburtenraten ist die Zahl junger Berufsanfänger kleiner als die Zahl derjenigen, die in den Ruhestand treten. Infolgedessen wird die Gesamtzahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sinken. Die Größe der Gruppe im erwerbsfähigen Alter und der Gruppe der älteren Menschen lässt sich für die nächsten 20 Jahre mittels demografischer Modelle mit hinreichender Genauigkeit vorhersagen, da die entsprechenden Personen bereits geboren sind. Abweichungen von den prognostizierten Zahlen wären auf unerwartete Veränderungen bei Zuwanderung und Sterblichkeit zurückzuführen.

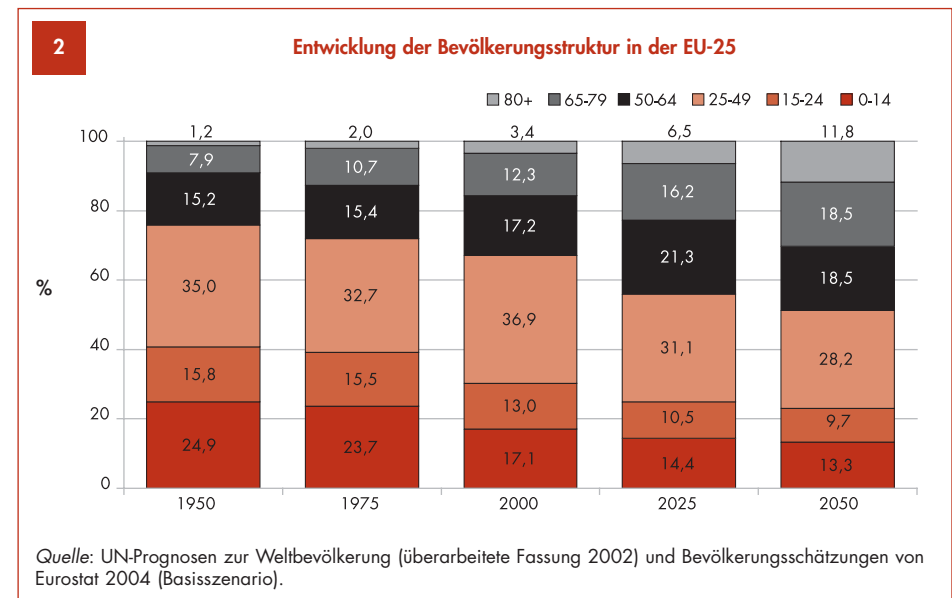
Ohne Zuwanderung ginge die Bevölkerung in einigen Mitgliedstaaten bereits zurück. Unter dem Strich zeichnen die Mitgliedstaaten der EU-25 seit den 80er Jahren eine hohe Nettozuwanderung (siehe Diagramm 1), die im Jahr 2003 sogar höher lag als die Nettozuwanderung in die USA. Die neuesten Bevölkerungsprognosen von Eurostat (Basisvariante) gehen von einer jährlichen Nettozuwanderung in die EU von rund 800.000 Menschen sowie längerfristig von einer Geburtenrate von 1,4 bis 1,85 aus, was für eine Erholung von den aktuell niedrigen Werten (knapp über 1) in einigen Mitgliedstaaten spricht<sup>1</sup>. Wesentlich höhere Zuwanderungs- und Geburtenraten dürften nur geringe Auswirkungen auf die rasche Veränderung



1 Ein Überblick über die entsprechenden Entwicklungen findet sich in Eurostat Statistics in Focus 3/2006.

haben, die in den nächsten Jahrzehnten im Verhältnis zwischen Menschen im erwerbsfähigen Alter und Menschen über 65 Jahren vorstatten gehen wird. Darüber hinaus würden mehr Zuwanderer und mehr Geburten zwar einen Rückgang der Bevölkerungszahlen verhindern, aber die Alterung der Gesellschaft würde dennoch in dem Maße fortschreiten, wie sich die Lebenserwartung erhöht.

Diagramm 2 verdeutlicht die früheren und die zukünftigen Veränderungen in der Alterszusammensetzung der 25 EU-Mitgliedstaaten über einen Zeitraum von 100 Jahren. Die Alterung der Bevölkerung ist zwar nicht neu, aber es ist offensichtlich, dass sich der Anteil von älteren Menschen und vor allem der von sehr alten Menschen (80 Jahre und älter) beträchtlich vergrößern wird; und es sind in erster Linie Menschen von über 65 Jahren, die in Form von Renten und Pensionen, Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege Bezieher von Sozialschutzleistungen sind.



Der Anteil der Kinder und Jugendlichen wird weiter sinken, was auf den spürbaren Rückgang der Geburtenrate seit den 70er Jahren zurückzuführen ist. Diese niedrige Fertilität wird in Verbindung mit dem Rückzug der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Arbeitsleben den Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre) beträchtlich reduzieren. Folglich werden viel weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter viel mehr ältere Menschen unterstützen müssen.

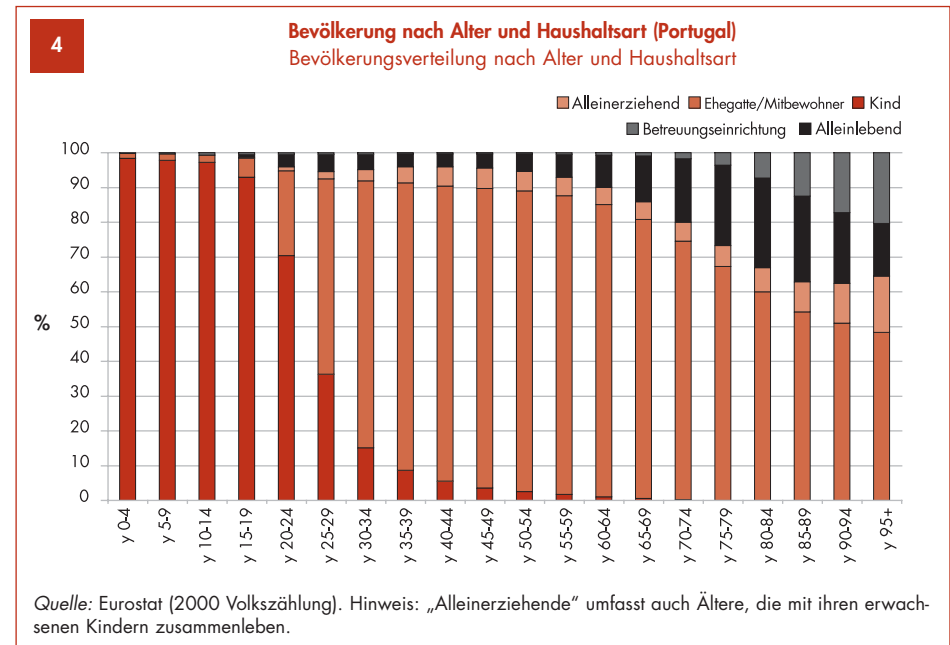
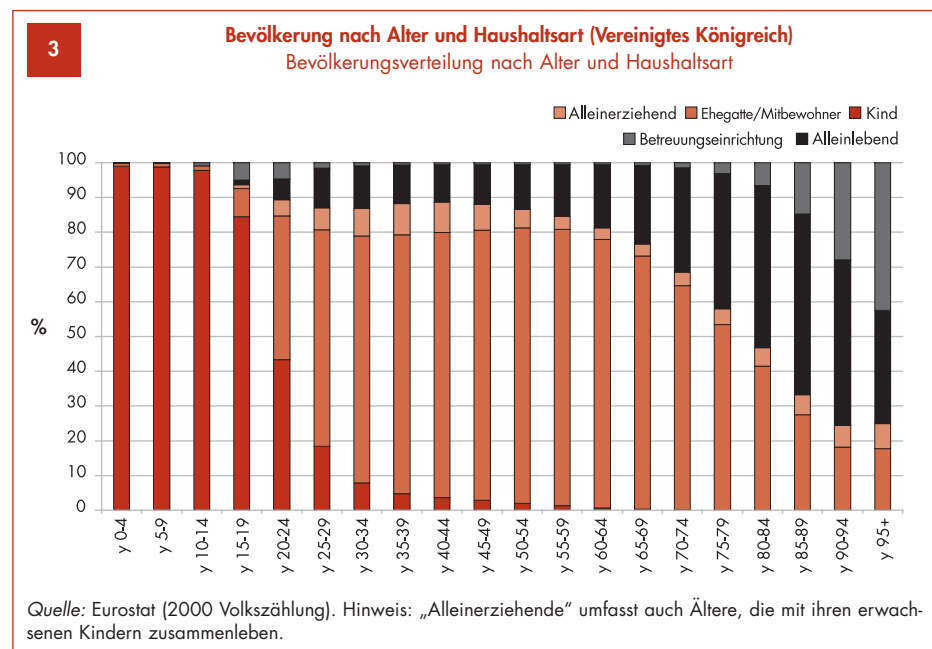
Die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur weist eine bestimmte Trägheit auf und lässt sich nicht so einfach ändern. Sie resultiert aus mehreren Jahren mit hohen Geburtenraten, gefolgt von niedrigen Geburtenraten

verbunden mit einer stetigen Steigerung der Lebenserwartung. Weder eine plötzliche Veränderung der Geburtenraten noch ein deutlicher Anstieg der Zuwanderung könnte die dramatische Verschiebung des Verhältnisses zwischen Jung und Alt verhindern. Dazu trägt auch bei, dass sich die Geburtenraten der Zuwanderer im Laufe der Zeit den Geburtenraten der übrigen Einwohner ihres neuen Heimatlandes in der Regel angleichen. Diese erheblichen Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung werden in den nächsten Jahrzehnten wesentliche Auswirkungen haben und auf unterschiedlichen Politikfeldern konzentrierte und langfristige Maßnahmen erforderlich machen. Dies gilt insbesondere für die Arbeitsmarkt- und die Sozialpolitik und dort unter anderem für die Bereiche soziale Sicherung, Gesundheit, Zuwanderung, Chancengleichheit für Männer und Frauen sowie Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen.

## 2.2. Die Zusammensetzung von Familien und Haushalten werden durch veränderte Verhaltensmuster und Lebensstile beeinflusst

Nicht nur die Altersstruktur der europäischen Bevölkerung ändert sich. Das Ziel der Aktivierung des vollen Arbeitskräftepotenzials in Europa bedarf auch einer Analyse der sich wandelnden Verhaltensmuster bei der Familiengründung und den Haushaltsstrukturen. Die Verhaltensmuster sind aufgrund unterschiedlicher historischer Entwicklungen, sozialer Einstellungen und Traditionen von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschied-

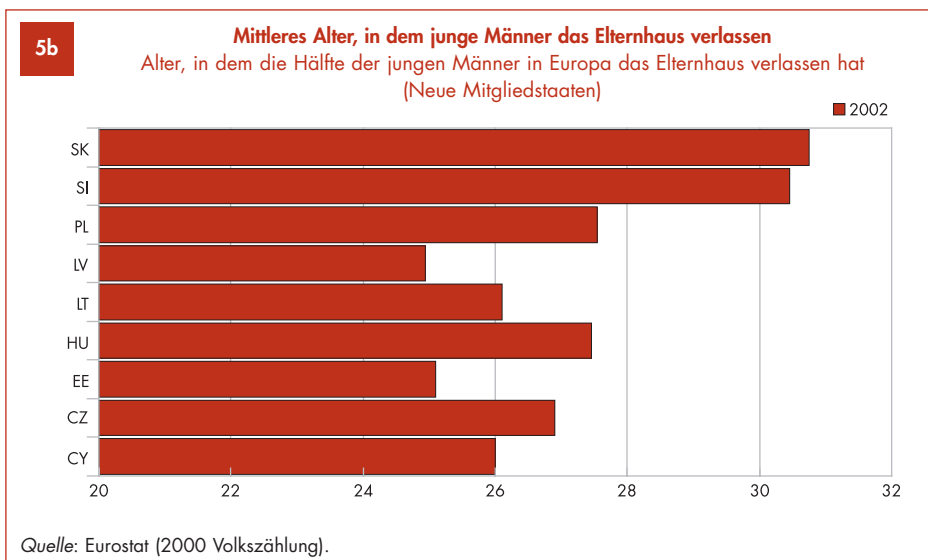
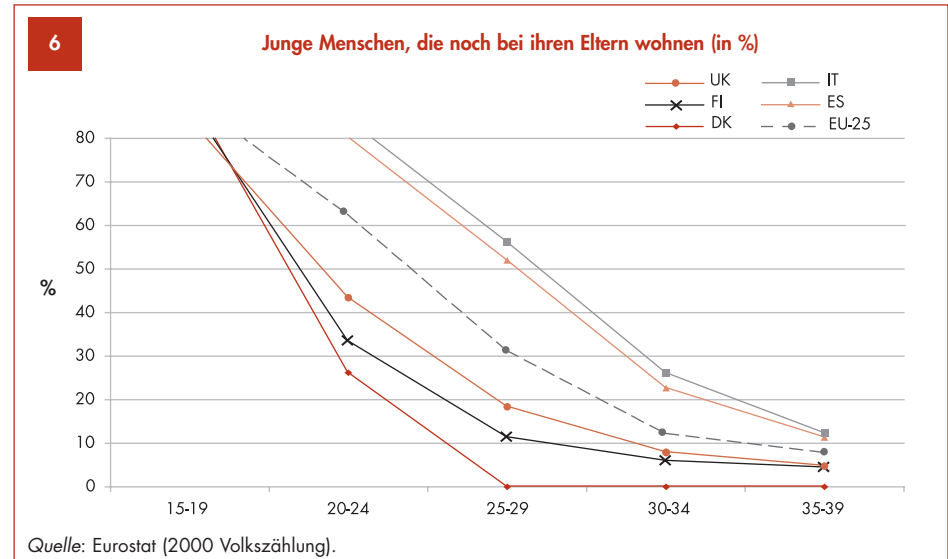
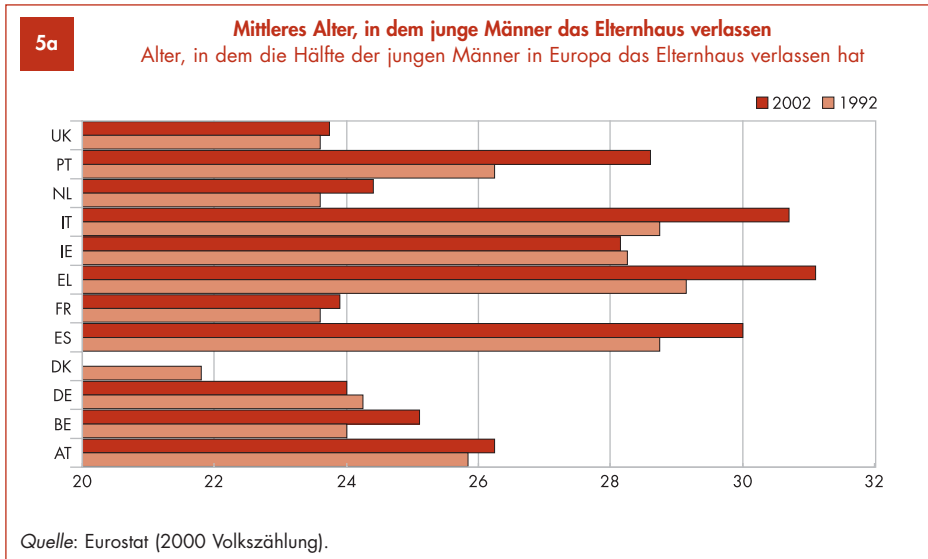
lich. Dennoch lassen sich einige gemeinsame Trends beobachten. So ist die Anzahl der Eheschließungen in den letzten 20 Jahren zurückgegangen, und die Eheschließenden sind älter als früher. Die Anzahl der Scheidungen ist stark gestiegen. Ehepaare bekommen weniger Kinder, und dies zu einem späteren Zeitpunkt. Die Anzahl der Alleinerziehenden nimmt zu, und ein Drittel dieser Einelternhaushalte ist von Armut



und sozialer Ausgrenzung bedroht. An die Stelle des früher üblichen Musters - Aufwachsen im Elternhaus, Suche nach einem Lebenspartner und Familiengründung sowie für viele Frauen Witwenschaft - tritt eine vielfältigere Abfolge von Situationen, die von der Trennung und Neubildung von Paaren gekennzeichnet ist.

Die Anzahl der Alleinlebenden wächst beträchtlich. Heute leben über 12 % der Bevölkerung der EU allein; im Jahr 1981 waren es nur 8 %. Dabei handelt es sich mehrheitlich um ältere Menschen. Den höchsten Anteil der Alleinlebenden verzeichnen die nördlichen Mitgliedstaaten.

Diese familiären Veränderungen hängen eng mit den sich wandelnden sozialen Einstellungen und Lebensstilen innerhalb einer Generation zusammen. Die Diagramme 3 und 4 veranschaulichen für zwei Mitgliedstaaten (Vereinigtes Königreich und Portugal), welche Rolle Einzelpersonen unterschiedlicher Altersstufen in ihrem Haushalt einnehmen. Die größten Unterschiede zwischen diesen beiden Ländern betreffen den Übergang von der Kindheit zum Erwachsensein und den Übergang vom Erwerbsleben ins Rentenalter.



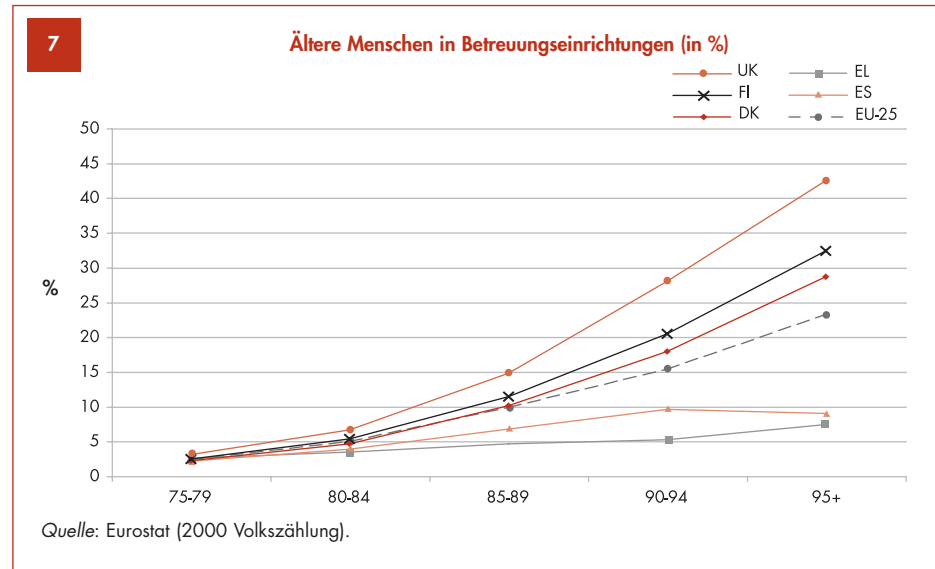
### 2.3. Junge Menschen verlassen das Elternhaus später

In der heutigen Zeit verlassen junge Menschen in ganz Europa ihr Elternhaus meist später als dies bei früheren Kohorten der Fall war. Dabei bleiben die jungen Italiener oder Griechen wesentlich länger bei ihren Eltern wohnen als ihre dänischen oder estnischen Altersgenossen (siehe Diagramme 5). Bis zu 56 % der jungen italienischen Erwachsenen im Alter von 25 bis 29 Jahren - und hier mehr Männer als Frauen - leben noch bei ihren Eltern. Eine ähnliche Entwicklung ist in Spanien und weniger ausgeprägt in Griechenland und Portugal zu beobachten. Im Vereinigten Königreich, in Finnland und Dänemark liegt der Anteil derjenigen in dieser Altersgruppe, die noch bei ihren Eltern wohnen, weit niedriger. Er reicht von 18 % im Vereinigten Königreich bis zu fast 0 % in Dänemark (siehe Diagramm 6). Diese allgemeine Tendenz zum späteren Verlassen des Elternhauses könnte auf längere Studienzeiten und möglicherweise auch auf schlechtere Chancen für junge Menschen auf dem Arbeits- und dem Wohnungsmarkt zurückzuführen sein, durch die ihnen die Gründung eines eigenen Haushalts erschwert wird. Ein Teil der bestehenden Unterschiede zwischen einzelnen Ländern dürfte sich durch kulturelle Unterschiede und andersartige politische Maßnahmen zur Förderung von jungen Menschen erklären lassen.

### 2.4. Bei älteren Menschen ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass sie allein oder in Betreuungseinrichtungen leben

Wie vielfältig die Familienstrukturen in der EU sind, zeigt sich auch in der Lage der älteren Menschen. In einigen Ländern ist es immer noch üblich, dass ältere Menschen mit ihren Kindern unter einem Dach wohnen. In anderen leben Ältere in der Regel allein und die sehr alten Menschen zu einem hohen Prozentsatz in Betreuungseinrichtungen (siehe Diagramme 7 und 8). Es ist davon auszugehen, dass die demografische

Alterung beträchtliche Folgen für das Zusammenleben in der Familie haben wird. Der Anteil der sehr alten Menschen (80 Jahre und älter) an der Gesamtbevölkerung wird sich in der Zeit von 2000 bis 2030 voraus-

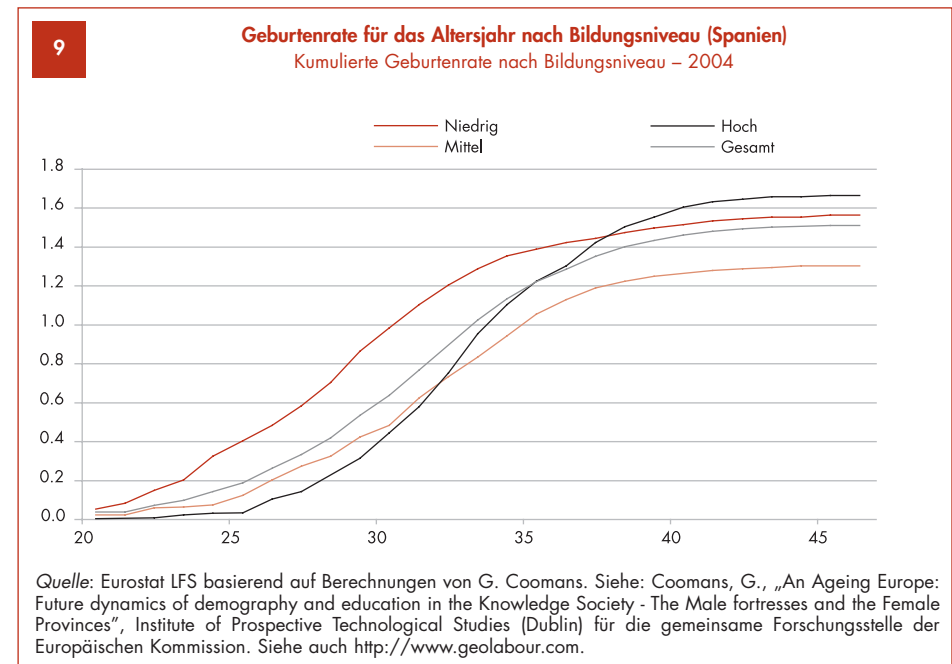
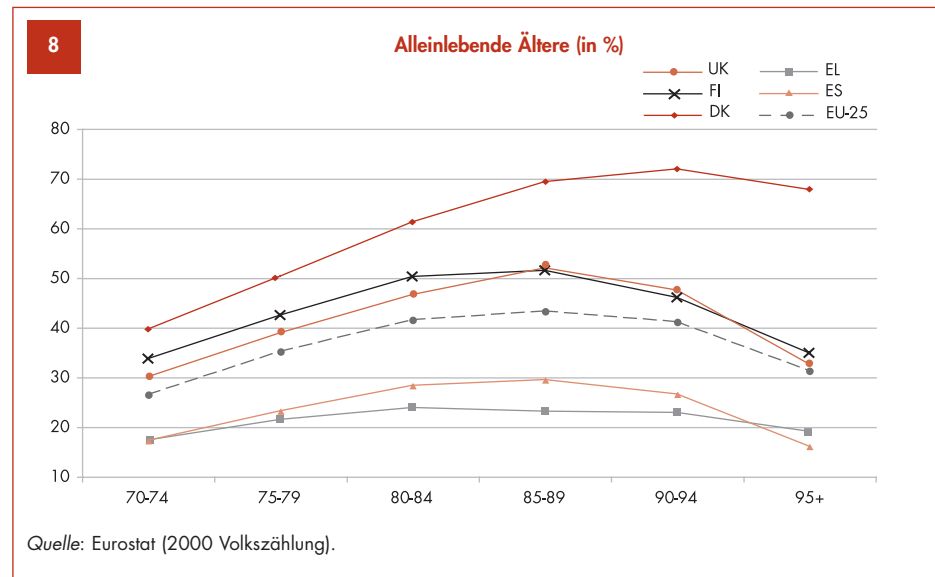


sichtlich verdoppeln, und viele dieser Menschen werden täglicher Pflege bedürfen. Sie werden weniger Kinder haben, die sich um sie kümmern könnten, und diese werden zudem aus beruflichen oder geografischen Gründen dazu möglicherweise nicht in der Lage sein. Folglich dürfte ein starker Ausbau der professionellen Pflegedienste insbesondere in jenen Ländern notwendig werden, in denen sich derzeit noch die Familienmitglieder um die Pflege der älteren Menschen kümmern.

### 2.5. Es besteht offenbar ein Zusammenhang zwischen Geburtenrate und den bestehenden Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie

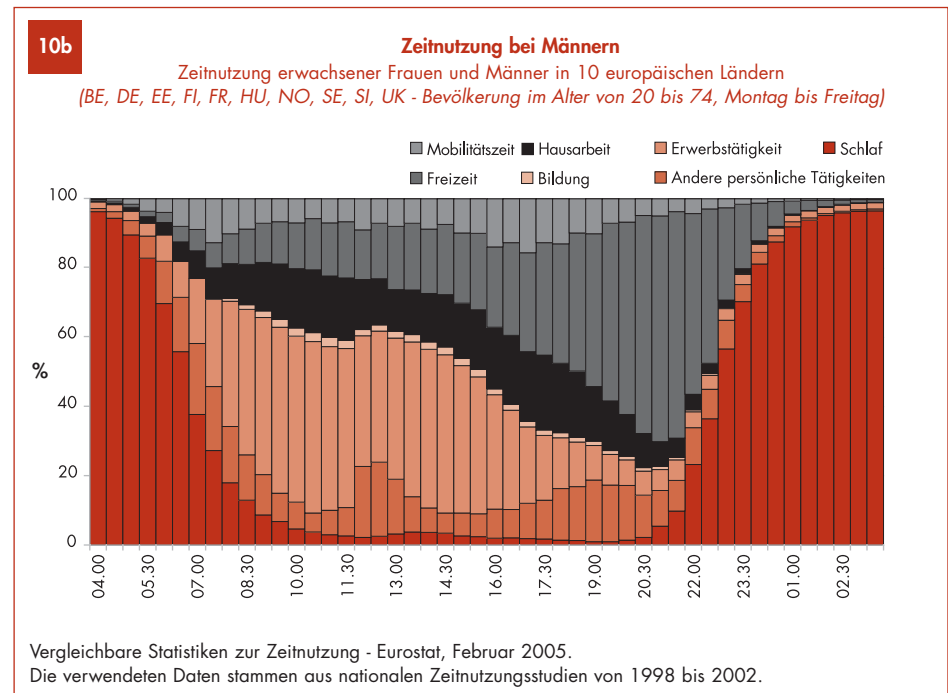
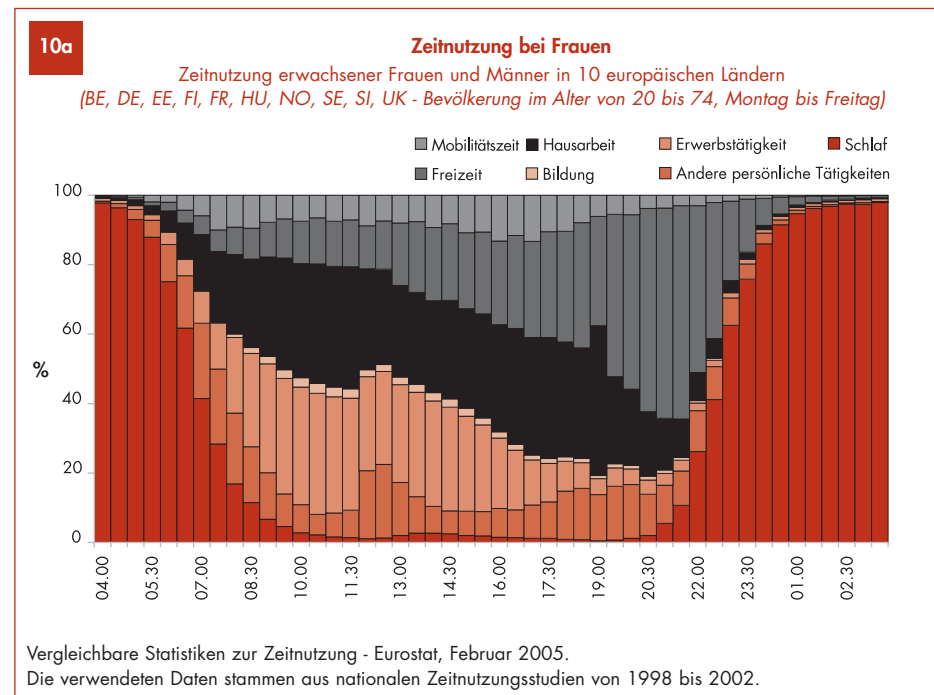
Die demografische Alterung ist unvermeidlich. Ihren ökonomischen und sozialen Folgen begegnet man am besten durch die Erhöhung der Erwerbstätigkeit insbesondere von älteren Arbeitnehmern und Frauen. Allerdings könnte eine stärkere Erwerbstätigkeit von Frauen Auswirkungen auf die Geburtenrate und somit auf die längerfristige demografische Entwicklung in der Europäischen Union haben. Das aktuelle Geburtenniveau wird in vielen Mitgliedstaaten einen spürbaren Rückgang der Bevölkerung nach sich ziehen, was der Politik zunehmend Sorge bereitet. Es stellt sich somit die Frage, wie sich die Frauenerwerbstätigkeit erhöhen und gleichzeitig die Geburtenraten steigern lassen können.

Welche Faktoren die Entwicklung der Geburtenraten bestimmen, ist noch nicht hinreichend geklärt. Früher brachten Frauen mit höherem sozioökonomischen Status in der Regel weniger Kinder zur Welt als weniger



begünstigte Frauen. Das lag möglicherweise an ihrer Entscheidung, zugunsten der beruflichen Karriere auf Kinder zu verzichten. Es spricht jedoch einiges dafür, dass sich hier ein Wandel vollzieht. So tragen in den nordischen Ländern Frauen mit einem hohen Bildungsniveau durchaus zu den relativ hohen Geburtenraten bei. Diese Trendwende findet aber möglicherweise auch schon in anderen Mitgliedstaaten statt. In Spanien beispielsweise hat das Bildungsniveau der Frauen im Laufe der letzten Jahrzehnte auf beeindruckende Weise zugenommen, und jetzt gibt es Anzeichen für ein Wiederanstiegen der Geburtenrate. Eine mögliche Erklärung hierfür liefert die Übergangshypothese: Die Familiengründung könnte infolge längerer Ausbildungszeiten und des Wunsches, Karriere zu machen, schlichtweg verschoben worden sein. Das hätte vorübergehend zu einem Rückgang der Geburtenrate geführt, aber nach dieser Übergangsphase könnten die Geburtenraten wieder steigen (siehe Diagramm 9).

Mit der Verschiebung lassen sich allerdings nicht die über längere Zeiträume niedrigen Geburtenraten erklären. Der Grund hierfür liegt wohl eher an einem Lebensumfeld, das es Paaren erschwert, Kinder in der gewünschten Anzahl zu bekommen und aufzuziehen. Ein maßgeblicher Faktor ist anscheinend die Möglichkeit, Beruf und Privatleben miteinander zu vereinbaren. Besteht ein unzureichendes Angebot an bezahlbaren Kinderbetreuungsplätzen, so sehen sich insbesondere Frauen dazu gezwungen, zwischen Kindern und Karriere zu entscheiden. Jene Mitgliedstaaten, die ein umfassendes Netz von Maßnahmen aufgebaut haben, die Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben erlaubt, verzeichnen in der Regel sowohl mehr berufstätige Frauen als auch höhere Geburtenraten. Die beste Möglichkeit zur Vermeidung des Bevölkerungsrückgangs, der sich aus einem Fortdauern der in vielen Mitgliedstaaten sehr niedrigen aktuel-



len Geburtenraten ergeben würde, besteht daher allem Anschein nach in der Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern insbesondere durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben. Hierzu bedarf lebendes allerdings nicht nur staatlicher Maßnahmen zur Bereitstellung von Kinderbetreuung, sondern auch einer gerechteren Verteilung der Aufgaben in den Haushalten selbst.

### 2.6. Die Verschiebung zum Doppelverdienermodell spiegelt sich in den Zeitnutzungsmustern von Frauen und Männern nicht wider

In den vergangenen Jahrzehnten ist eine Berufstätigkeit für verheiratete Frauen und Mütter zur Norm geworden. Man könnte somit erwarten, dass diese Verschiebung vom Ein- zum Doppelverdienermodell eine Angleichung der Zeitnutzungsmuster bei Männern und Frauen zur Folge hat. Wie jedoch aus den Diagrammen 10 ersichtlich wird, verbringen weibliche Erwachsene (20 bis 74 Jahre) an einem durchschnittlichen Arbeitstag immer noch weit mehr Zeit mit unbezahlter Arbeit - vor allem im Haushalt - als männliche. Berücksichtigt man bezahlte und unbezahlte Arbeit zusammen, so arbeiten Frauen anscheinend geringfügig mehr als Männer (28 % gegenüber 27 % der Zeit). Da Frauen auch etwas mehr schlafen als Männer, haben sie etwas weniger Freizeit als Männer (21 % gegenüber 23 % der Zeit).

In den meisten Mitgliedstaaten arbeiten die Männer im Haushalt und bei der Kindererziehung weiterhin nur eingeschränkt mit. Einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2004 zufolge hatten 84 % der Männer keinen

Erziehungsurlaub genommen oder hatten es - auch nach Aufklärung über ihre Rechte - nicht vor. Die Kluft zwischen Männern und Frauen in Bezug auf die Erwerbsarbeit und die Arbeit im Haushalt ist bei Paaren mit Kindern am größten. Das gilt vor allem für Haushalte mit kleinen Kindern im Alter von bis zu sechs Jahren. Drei Viertel der Kinderbetreuung für ein Kind von unter sechs Jahren (zwischen eineinhalb und zwei Stunden) werden von Frauen geleistet. Mit dem Älterwerden des Kindes geht der Zeitbedarf für die Betreuung zwar zurück, aber die Hausarbeit bleibt weiter größtenteils den Frauen überlassen. Das Zusammenleben als Paar scheint den Zeitaufwand für die Hausarbeit (insbesondere Kochen, Waschen und Putzen) auch dann zu erhöhen, wenn keine Kinder vorhanden sind, und zwar in größerem Maße für Frauen (1 Stunde zusätzlich) als für Männer (eine halbe Stunde zusätzlich).



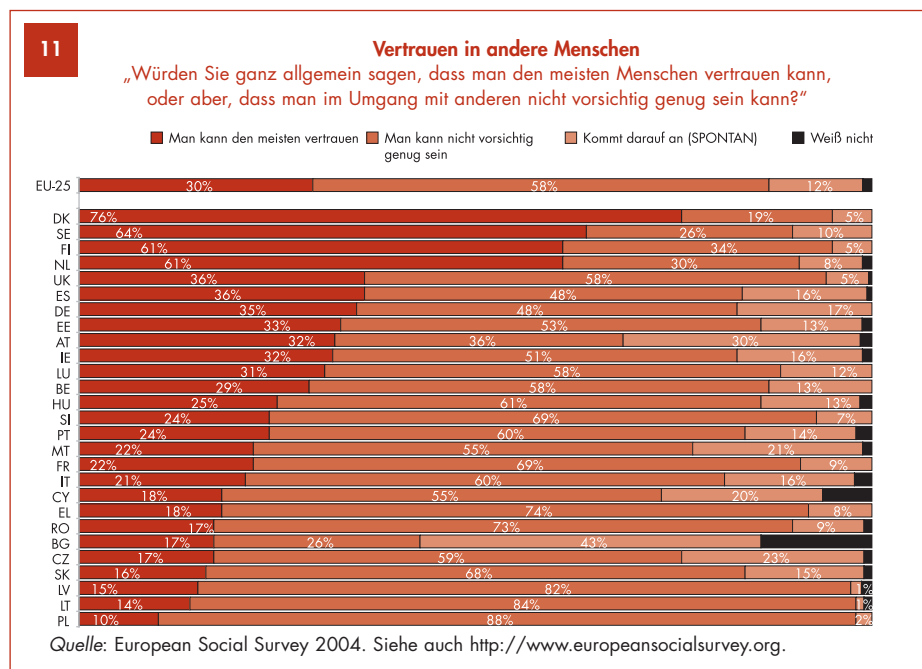
### 3. Einkommens-, Gesundheits- und Lebensbedingungen

Wie sich die demografische Zukunft Europas gestaltet, wird vor allem davon abhängen, ob die Menschen mit ihrem Leben zufrieden sind, und ob sie ihre Zukunft und ihr soziales Umfeld mit Zuversicht betrachten. Der Bericht über die soziale Lage in der Europäischen Union 2005 enthält Daten zu diesen Aspekten und behandelt insbesondere die allgemeine Entwicklung der Lebens- und Einkommensbedingungen der verschiedenen Generationen und Haushaltsarten. Er vermittelt folglich eine Vorstellung davon, in welchem Maße die aktuelle Einkommensverteilung und die aktuellen Lebensbedingungen in der EU mit dem Ziel der Generationengerechtigkeit im Einklang stehen, und ob die Einkommens- und Lebensbedingungen für Familien mit Kindern günstig sind.

#### 3.1. Die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben hängt von der finanziellen Lage ab, wenn auch nicht ausschließlich

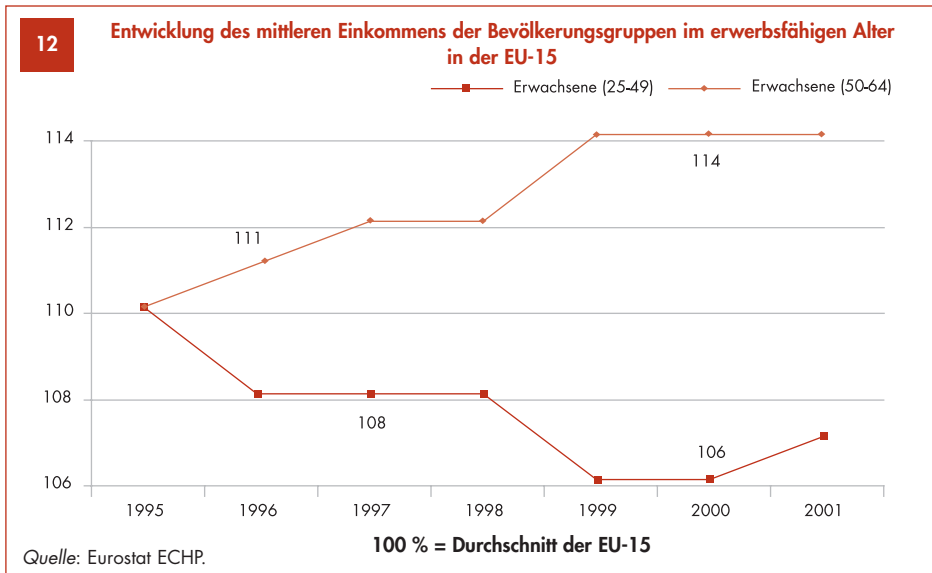
Eigenen Aussagen zufolge sind 87 % der Bürger in der EU mit ihrem Leben zufrieden, 12 % sind es nicht<sup>2</sup>. Die Zufriedenen führen dies am ehesten auf ihre Familie (95 %), ihr Zuhause (92 %), ihre sozialen Kontakte (91 %) und ihre Beziehung zu Kollegen (90 %) zurück. Auch Wohngegend, Gesundheit und Arbeitsplatz tragen zur Zufriedenheit bei (86 % - 89 %). Die wichtigsten Unterscheidungsfaktoren zwischen Zufriedenen und Unzufriedenen scheinen allerdings die finanzielle Lage und die sozialen Kontakte zu sein. Während sich 68 % der Zufriedenen auch über ihre finanzielle Situation zufrieden äußern, sind es bei den mit ihrem Leben Unzufriedenen gerade einmal 17 %. Das ist unter allen Zufriedenheitsfaktoren der größte Abstand überhaupt. Die Unzufriedenheit mit den eigenen Finanzen hindert die Unzufriedenen aber nicht daran, mit anderen Aspekten ihres Lebens zufrieden zu sein. So ist ihre Zufriedenheit mit ihren sozialen Kontakten (46 % Zufriedenheit), ihrer Gesundheit (52 %), ihrem Arbeitsplatz (54 %) und insbesondere ihren Beziehungen zu Kollegen (68 %) wesentlich größer als die mit ihrer finanziellen Lage. Folglich spielt der Arbeitsplatz für die Lebenszufriedenheit eine weit wichtigere Rolle als das mit seiner Hilfe erzielte Einkommen.

Der Politik sollte es zu denken geben, dass anscheinend weniger als die Hälfte der Bürger der EU-25 damit zufrieden ist, wie die Demokratie funktioniert. Das hat mit Vertrauen und Teilhabe an der Gesellschaft zu tun, was bisweilen auch als „soziales Kapital“ bezeichnet wird. Diagramm 11 veranschaulicht die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage zum Vertrauen der Menschen untereinander. Den meisten Europäern fällt es nicht leicht, anderen zu vertrauen: Knapp sechs von zehn Befragten gaben an, man könne im Umgang mit anderen nicht vorsichtig genug sein. Gerade einmal 30 % der Befragten glauben, dass man den meisten



Menschen trauen könne. Es besteht allerdings eine tiefe Kluft zwischen vier Ländern im Norden der EU (Finnland, Schweden, Niederlande und Dänemark) und den übrigen Mitgliedstaaten. Eine große Mehrheit der Einwohner Schwedens (64 %), Finnlands, der Niederlande (jeweils 61 %) und vor allem Dänemarks (76 %) zeigt ein hohes Maß an Vertrauen in andere Mitglieder der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass diese Länder auch gut entwickelte und erfolgreiche Wohlfahrtsstaaten (in Bezug auf sozialen Zusammenhalt und hohe Beschäftigungsquoten) sind. Ein hohes Niveau an sozialem Kapital könnte deshalb darauf hindeuten, dass die Gesellschaft des entsprechenden Landes in hohem Maße zur Bewältigung sozialer Probleme in der Lage ist.

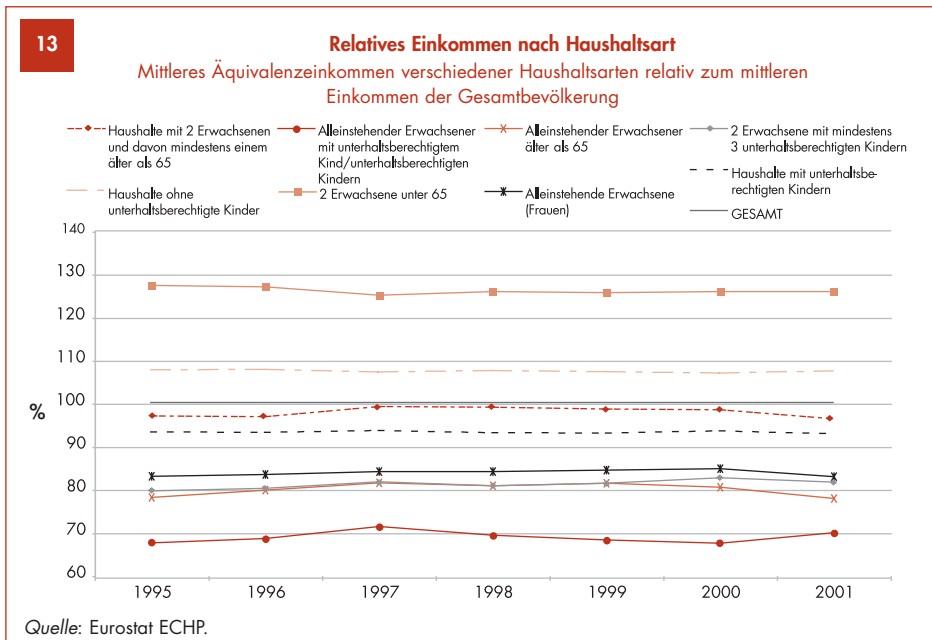
<sup>2</sup> Eurobarometer Spezial, Nr. 223 - Fragereihe 62.2% - Sozialkapital, Februar 2005.



### 3.2. Für Erwachsene im „besten Alter“ und Familien ist die finanzielle Lage schwierig

Die aufeinander folgenden Befragungen des Haushaltspanels der Europäischen Gemeinschaft (ECHP) haben eine Analyse der Einkommensentwicklung nach Altersgruppen und Haushaltsarten ermöglicht, auch wenn die begrenzte Stichprobenanzahl vor allem für kleinere Bevölkerungsgruppen keine sicheren Schlussfolgerungen zulässt. Das mittlere Einkommen von Menschen im erwerbstätigen Alter ist merklich höher als das der Gesamtbevölkerung. Allerdings haben sich die Einkommen in der Altersgruppe der 25- bis 49-jährigen weit weniger günstig entwickelt als die Einkommen in der Gruppe der 50- bis 64-jährigen. Bei den Jüngeren (25 bis 49), die den größten Anteil der Belastung durch Familiengründung und Kindererziehung schultern, haben sich die Einkommen dem Durchschnitt angenähert, während die älteren Menschen (50 bis 64) im Vergleich zur übrigen Bevölkerung deutlich besser abschneiden (siehe Diagramm 12).

Die finanziellen Folgen einer Familiengründung lassen sich auch am relativen Einkommensniveau der verschiedenen Haushaltsarten ablesen. Wie aus Diagramm 13 ersichtlich wird, haben unter der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Haushalte ohne Kinder ein um rund 15 % höheres verfügbares Einkommen als Familien mit Kindern. Diese Lücke ist in dem vom ECHP erfassten Zeitraum von sieben Jahren im Großen und Ganzen konstant geblieben. Darüber hinaus zeigt das Diagramm, dass Alleinerziehende (in der Regel alleinstehende Mütter) über das niedrigste Einkommen verfügen.



### 3.3. In den meisten Mitgliedstaaten haben Familien mit mehreren Kindern ein höheres Armutsrisiko

Die Unterschiede bei den Durchschnittseinkommen kommen auch im Armutsrisiko für die verschiedenen Haushaltstypen zum Ausdruck. In Diagramm 14 (a-d) wird das Armutsrisiko mehrerer Haushaltsarten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung dargestellt. Die Länder oberhalb der Diagonale weisen für die erfasste Gruppe ein geringeres Armutsrisiko auf als für die Gesamtbevölkerung. In allen Mitgliedstaaten sind zwei Erwachsene ohne Kinder in geringerem Maße von Armut bedroht als die Bevölkerung insgesamt. Dagegen ist das Armutsrisiko für Alleinerziehende wesentlich höher als für den Durchschnitt, was häufig daran liegt, dass sich eine Vollzeitbeschäftigung nur schwer mit familiären Pflichten vereinbaren lässt. Interessanterweise liegt das Armutsrisiko von Haushalten mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern in den meisten Mitgliedstaaten unter dem Durchschnitt. Demgegenüber ist es bei Haushalten mit drei Kindern in 22 der 25 Mitgliedstaaten größer als im Durchschnitt (in 10 dieser Länder erreicht das Armutsrisiko über 25 %), was möglicherweise damit zusammenhängt, dass in diesen Haushalten eine Berufstätigkeit beider Elternteile schwieriger wird. Offenbar sind sogar immer häufiger zwei Einkommen nötig, um einer Familie einen angemessenen Lebensstandard zu sichern und sie vor Armut zu schützen.

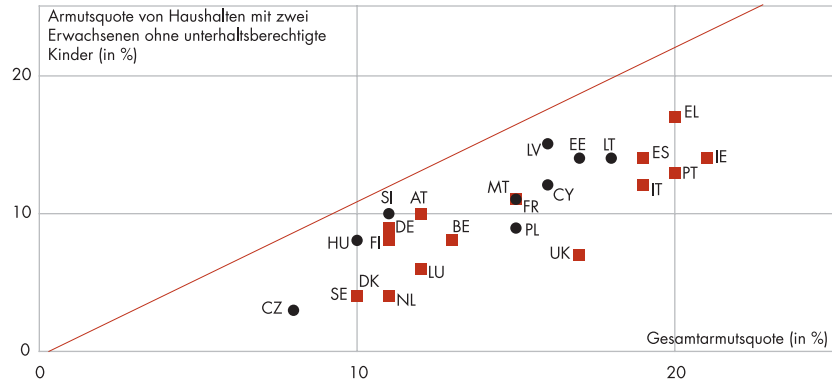
Die Sozialpolitik strebt eine Verringerung der Armutsrisiken besonders zu Beginn und am Ende eines Lebens an, also in der Kindheit (vor allem in Großfamilien oder bei Alleinerziehenden) und im Alter (vor allem bei Witwen). Es ist daher interessant zu vergleichen, inwieweit Kinder und Ältere von Armut bedroht sind. Diagramm 15 zeigt eine breite Streuung unter den Mitgliedstaaten, was darauf schließen lassen könnte, dass bestimmten Armutsrisiken eine höhere Priorität beigemessen wird.

3 Die als Ersatz eingeführte jährliche Datenerhebung gemäß Verordnung EU-SILC (Nr. 1177/2003 ff.) erfasst ab 2005 alle Mitgliedstaaten der EU-25 und enthält viele Qualitätsverbesserungen. In der Übergangszeit stammen die Daten aus nationalen Quellen.

14a

**Relatives Armutsrisiko verschiedener Haushaltstypen**

Armutsquote von Haushalten mit zwei Erwachsenen ohne unterhaltsberechtigten Kindern und Gesamtarmutsquote, 2001

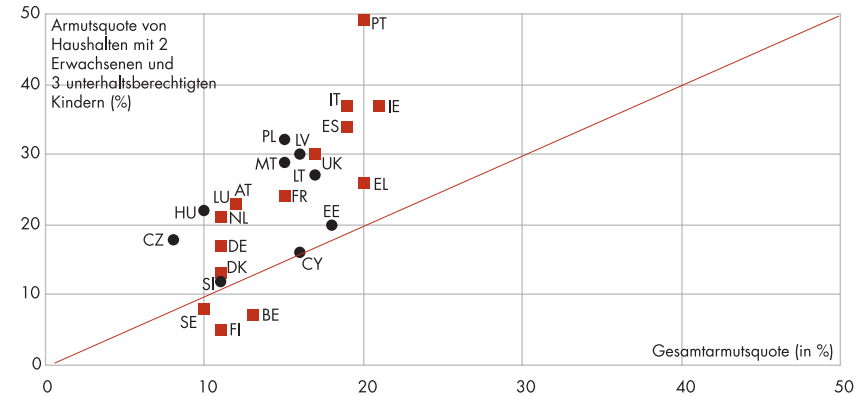


Quelle: Eurostat ECHP.

14c

**Relatives Armutsrisiko verschiedener Haushaltstypen**

Armutsquote von Haushalten mit zwei Erwachsenen und drei unterhaltsberechtigten Kindern und Gesamtarmutsquote, 2001

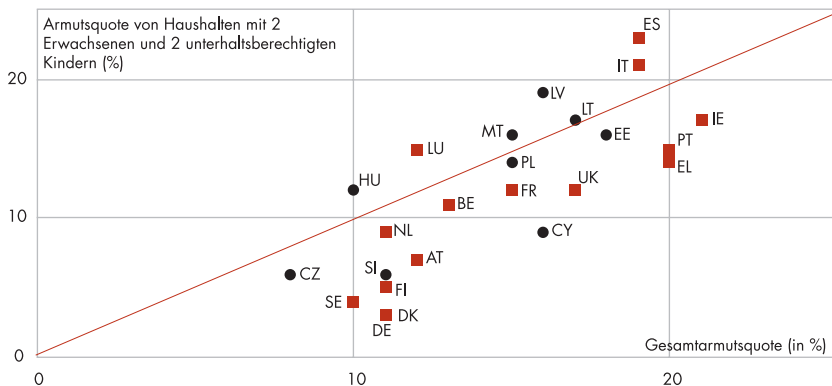


Quelle: Eurostat ECHP.

14b

**Relatives Armutsrisiko verschiedener Haushaltstypen**

Armutsquote von Haushalten mit zwei Erwachsenen und zwei unterhaltsberechtigten Kindern und Gesamtarmutsquote, 2001

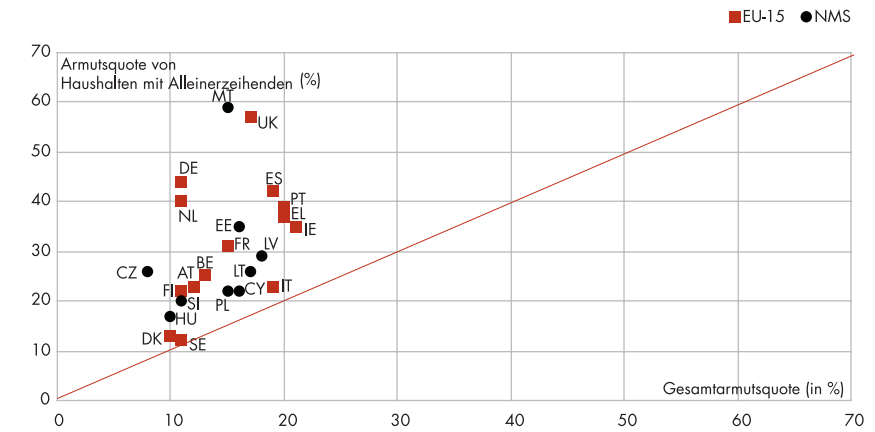


Quelle: Eurostat ECHP.

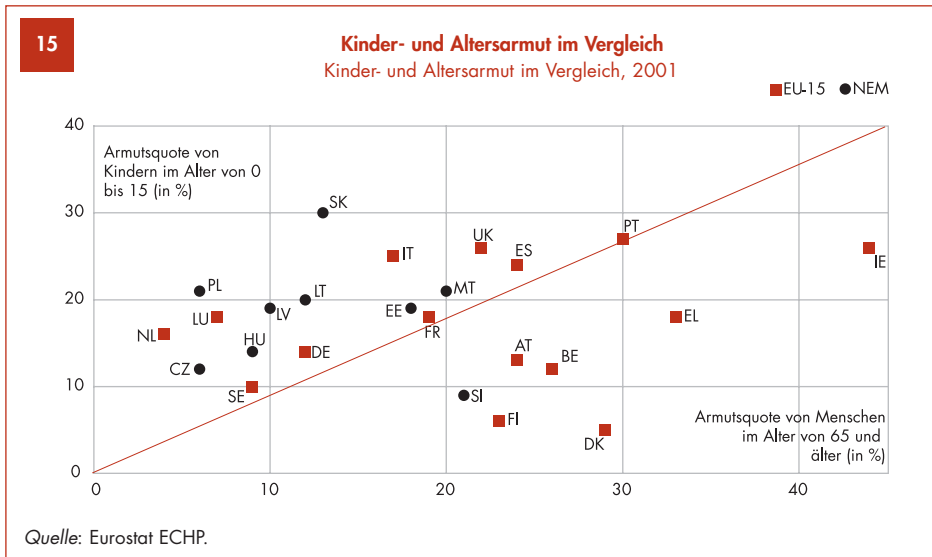
14d

**Relatives Armutsrisiko verschiedener Haushaltstypen**

Armutsquote von Haushalten mit Alleinerziehenden und Gesamtarmutsquote, 2001



Quelle: Eurostat ECHP.

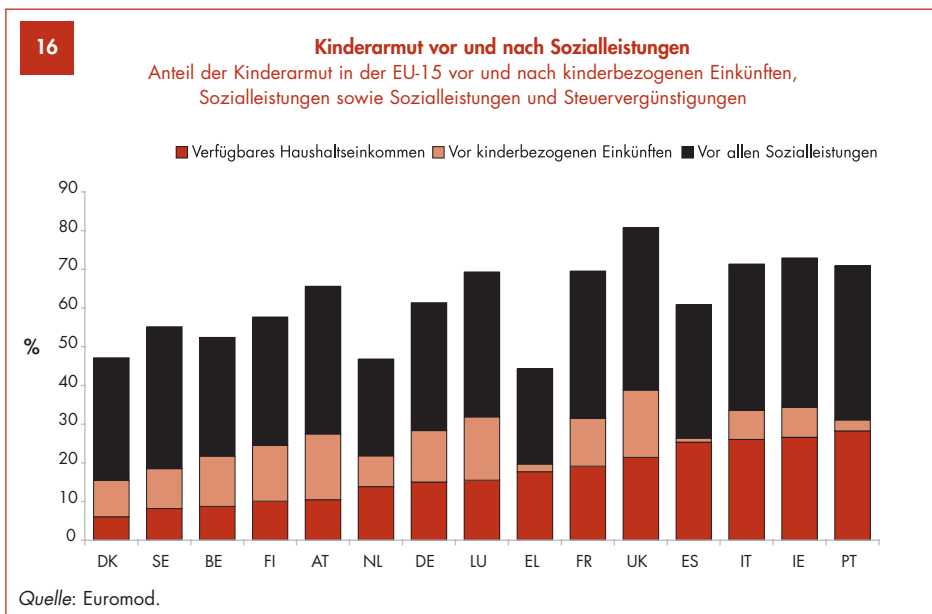


### 3.4. Das Armutsrisiko für Familien mit Kindern wird durch finanzielle Umverteilung wesentlich geringer

Die finanzielle Lage von Familien mit Kindern wird sehr stark von Steuervergünstigungen beeinflusst. Mit Hilfe dieser Vergünstigungen lässt sich in den meisten Mitgliedstaaten die Armut im Allgemeinen und die Kinderarmut im Besonderen spürbar reduzieren. In vielen Fällen ersetzen finanzielle Leistungen an Familien ein zweites Einkommen, das wegen der schwierigen Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben nicht zur Verfügung steht.

Wie sich aus Schätzungen unter Verwendung des europäischen Simulationsmodells für Steuern und Transfers EUROMOD schließen lässt, wäre das Risiko der Kinderarmut ohne kinderbezogene Leistungen wesentlich höher. Diagramm 16 veranschaulicht, wie viele Kinder in der EU-15 prozentual von Armut bedroht sind, und wie viel mehr Kinder von Armut bedroht wären, wenn es keine kinderbezogene Leistungen oder überhaupt keine Sozialleistungen gäbe. Ohne Sozialleistungen wären rund zwei Mal so viele Kinder von Armut bedroht. Darüber hinaus wird aus dem Diagramm ersichtlich, dass es nicht immer die speziell auf Familien mit Kindern ausgerichtete Leistungen sind, mit denen sich die Kinderarmut am wirkungsvollsten verringern lässt. Im Durchschnitt erhalten Haushalte mit Kindern rund 10 bis 15 Prozent ihres Einkommens in Form von Geldzuwendungen; bei Haushalten mit niedrigem Einkommen liegt der Anteil jedoch wesentlich höher.

Die untere Säule in diesem Diagramm steht für die Kinderarmutsrate nach Steuervergünstigungen und Sozialleistungen. Die mittlere Säule steht für die Kinderarmutsrate ohne Berücksichtigung von kinderbezogenen Einkünften. Die obere Säule steht für die Armutsrate vor allen Sozialleistungen.



### 3.5. Ein Mangel an preisgünstigem Wohnraum kann der Familiengründung entgegenstehen

Die Lebensbedingungen hängen in hohem Maße davon ab, wie und wo man wohnt. In einigen Mitgliedstaaten steigt der Anteil jener, die in einem Haus (und nicht in einer Wohnung) leben, mit höherer Einkommensgruppe (so in Dänemark, dem Vereinigten Königreich und Deutschland); in stärker ländlich geprägten Ländern (vor allem in Portugal, Spanien und Griechenland) ist das Gegenteil zu beobachten. Dort sind es Familien mit Kindern, die am ehesten in einem Haus leben. In den neuen Mitgliedstaaten ist ein bemerkenswert hoher Anteil der Bevölkerung Eigentümer der selbst genutzten Wohnung, aber die Qualität des (privatisierten) Wohnbaus kann in Anbetracht der Tatsache, dass eine schlechte Wohnqualität mit schlechter körperlicher oder geistiger Gesundheit in Verbindung gebracht wird, schon Grund zur Sorge sein.

Die Qualität einer Wohnung ist Ausdruck der Einkommenssituation der Bewohner. Wer am stärksten von Armut bedroht ist (Alleinerziehende, Paare mit drei oder mehr Kindern), kann sich nur eine minderwertige Wohnung leisten. Für die Eigentümer einer Immobilie ergibt sich aus der gesparten Miete ein deutlicher Beitrag zum Haushaltseinkommen (kalkulatorische Miete). Die begrenzte Verfügbarkeit von bezahlbarem, hochwertigem Wohnraum stellt in vielen städtischen Gebieten ein Problem dar. Das mag einer der Gründe dafür sein, dass Kinder länger bei ihren Eltern wohnen bleiben, und könnte in der EU eine Hürde auf dem Weg zur Familiengründung darstellen. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt und vor allem die Möglichkeit oder die Notwendigkeit des Wohnens mit Eltern, die schon ein höheres Alter erreicht haben, beeinflussen auch, inwieweit ältere Menschen von den eigenen Angehörigen gepflegt werden.

#### 3.6. In einigen der neuen Mitgliedstaaten wenden die Haushalte über 60 % ihres Einkommens zur Deckung der Grundbedürfnisse aus

Im Durchschnitt geben die Haushalte in der EU 50 % bis 55 % ihres Einkommens für Grundbedürfnisse wie Wohnung, Nahrung und Kleidung aus. Der auf diese Güter entfallende Einkommensanteil lässt sich als Hinweis darauf betrachten, wie dünn die Finanzdecke der Haushalte ist. In einigen der neuen Mitgliedstaaten (LT, LV, EE, PL, SK) geben die Haushalte über 60 % ihres Einkommens für diesen Grundbedarf aus. In der EU sind es ältere Menschen, Alleinstehende und Alleinerziehende, die am ehesten einen hohen Prozentsatz ihres verfügbaren Einkommens (fast 60 %) für die Deckung von Grundbedürfnissen ausgeben.

#### 3.7. Ältere Menschen nehmen Gesundheitsversorgung und soziale Dienste am stärksten in Anspruch

Den größten Bedarf an Gesundheitsversorgung und Hilfe bei den täglichen Verrichtungen haben alte Menschen am Ende ihres Lebens. Es steht daher zu erwarten, dass der künftige Bedarf an ärztlicher Versorgung und sozialer Betreuung nicht in erster Linie von der Anzahl der Menschen oberhalb eines bestimmten Alters (das sich infolge der steigenden Lebenserwartung erhöhen wird) abhängt, sondern von der Anzahl der Menschen, die in die letzte Lebensphase eintreten. Deshalb ist in 20 bis 30 Jahren, wenn die Angehörigen der geburtenstarken Jahrgänge 80 Jahre und älter werden, eine starke Zunahme des Bedarfs an Krankenversorgung und sozialer Betreuung zu erwarten.

Gegenwärtig wird die soziale Betreuung zumeist informell erbracht, d.h. von Familienangehörigen. Unter den über 65-Jährigen werden rund 20 % informell betreut, unter den über 75-Jährigen sind es - je nachdem, wie man „informelle Pflege“ definiert - 30 % bis 60 %. Die Pflegenden erleiden häufig finanzielle Nachteile und erfahren körperliche und psychische Belastungen. Oftmals erhalten informell Pflegenden auch zu wenig Unterstützung in Form von Geld- und Sachleistungen. Es steht zu erwarten, dass künftig eine wachsende Zahl älterer Menschen allein lebt, so dass es in ihrem Haushalt niemanden gibt, der sie betreuen kann. Auch durch die vermehrte Erwerbstätigkeit der weiblichen Bevölkerung wird sich das Angebot an informeller Pflege verringern. Aus diesem Grund muss der Verbesserung der sozialen Betreuung durch Fachkräfte und der Unterstützung für ein selbständig geführtes Leben schnellstens mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die höhere Lebenserwartung und die beschleunigte Alterung der Bevölkerung in Europa lassen einen späteren Eintritt ins Rentenalter unausweichlich werden. Dieser Notwendigkeit muss insbesondere durch die Überprüfung von Beschäftigungsanreizen in der Erwerbsunfähigkeits- und Rentenversicherung Rechnung getragen werden, denn die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern bei den Ausgaben für Erwerbsunfähigkeitsrenten dürften nicht auf tatsächlich vorhandene Unterschiede bei der Häufigkeit von Behinderungen zurückzuführen sein, sondern auf die Ausgestaltung und die Anwendung der Regelungen für Sozialleistungen. Da der Anteil älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie von Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen an der Gesamtheit der Erwerbstätigen wächst, wird es darauf ankommen, dass Arbeitsplätze und Beschäftigungsverhältnisse an die Bedürfnisse dieser Gruppen angepasst werden. Entsprechende Beschäftigungsbedingungen dürften einen wesentlichen Beitrag zu mehr Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz und der Lebenssituation sowie zu einer Verbesserung des Gesundheitszustands leisten.

Der künftige Gesundheitszustand der Bevölkerung wird in hohem Maße vom heutigen Gesundheitsverhalten abhängen. Wie groß das Verbesserungspotenzial ist, lässt sich ermessen, wenn man die Gesundheitssituation von Menschen mit einem höheren sozioökonomischen Status betrachtet, die in der Regel sowohl gesundheitsbewusster leben (d. h. in geringerem Maße unter Übergewicht leiden, das später maßgeblich zu einem schlechteren Gesundheitszustand beiträgt) als auch seelisch gefestigter sind (weniger Fälle von Depression). Darüber hinaus profitieren die Angehörigen höherer sozioökonomischer Schichten für gewöhnlich von besseren Behandlungs- und Pflegemöglichkeiten. Die Ausarbeitung von Konzepten zur Förderung einer gesünderen Lebensweise und zur Vermeidung künftiger Gesundheitsprobleme wird angesichts des Alterns der Bevölkerung eine vorrangige Aufgabe werden.



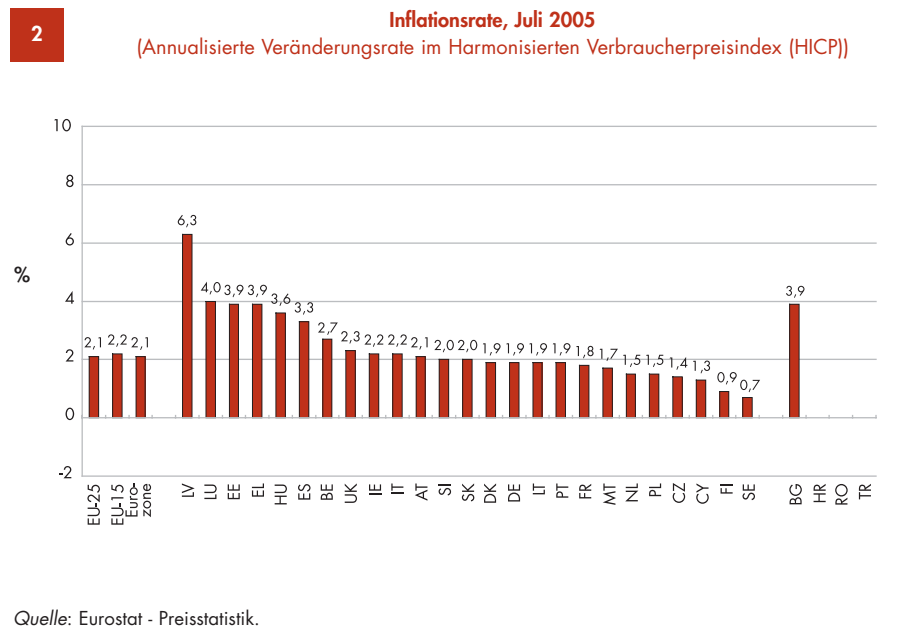
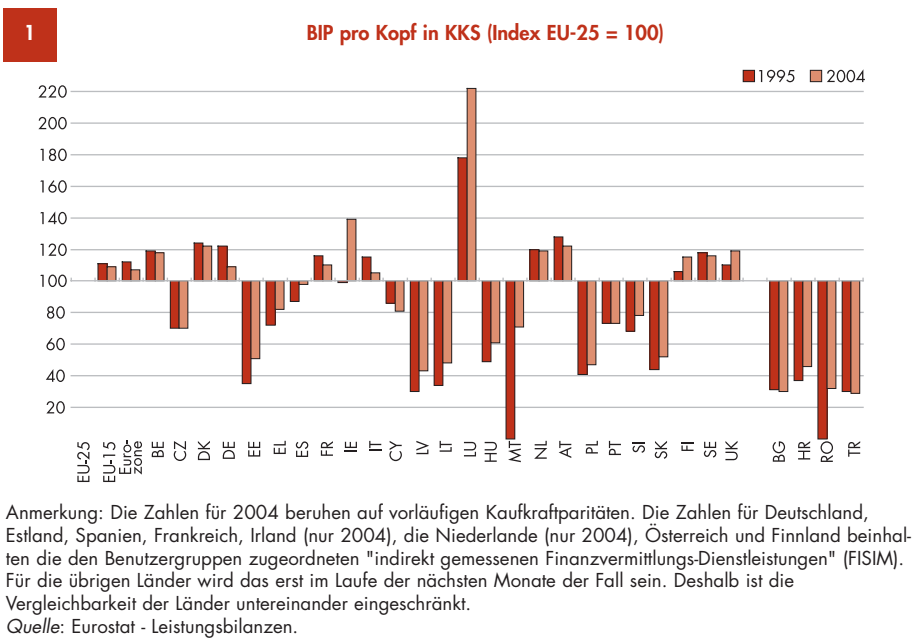
## **Anhang 1:** Statistische Daten

# 1 Wirtschaftliche Lage

Nach mäßigen 1,0 % im Jahr 2003 stieg das Wirtschaftswachstum in den Ländern der EU-25 im Jahr 2004 auf 2,3 %. Im Allgemeinen liegt es in den neuen Mitgliedstaaten und in den Beitrittsländern höher als in den Mitgliedstaaten der EU-15. Das relativ schwache Wachstum des BIP hatte höhere Haushaltsdefizite und höhere Staatsschulden zur Folge. Inflationsraten und Zinsen waren weiterhin niedrig.

## Schlüsselindikator 1 Reales BIP-Wachstum, 2004 (Wachstumsrate zu konstanten Preisen)

UE-25	UE-15	Euro-zone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
2,3	2,2	2,0	2,9	3,9	2,4	1,6	7,8	4,2	3,1	2,3	4,5	1,2	3,8	8,5	6,7	4,5	4,2	1,0	1,4	2,4	5,3	1,0	4,6	5,5	3,6	3,6	3,2	5,6	3,7 f	8,3 f	7,7 f





# 2 Bevölkerungsentwicklung, Haushalte und Familien

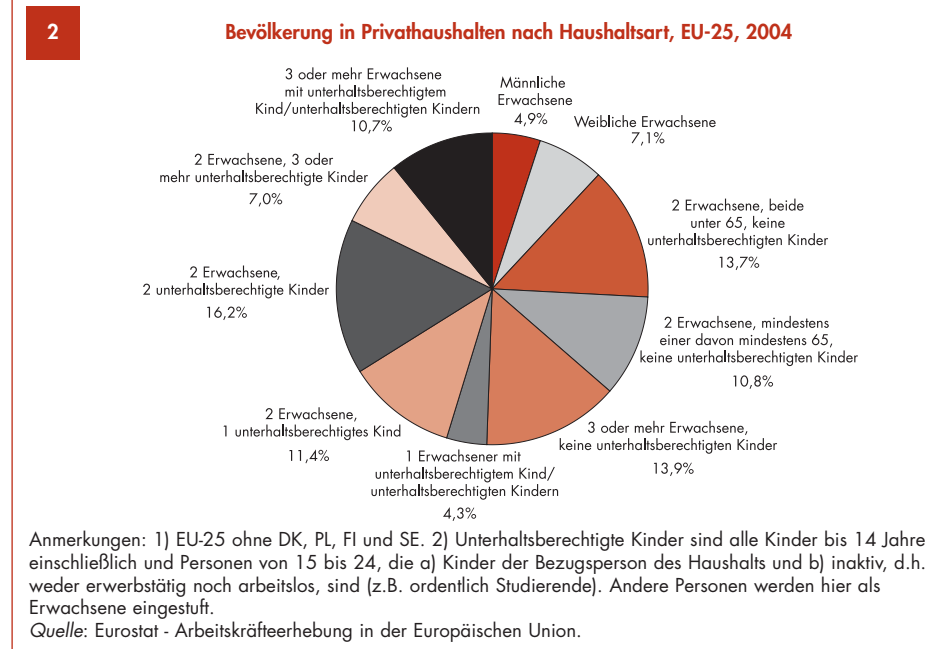
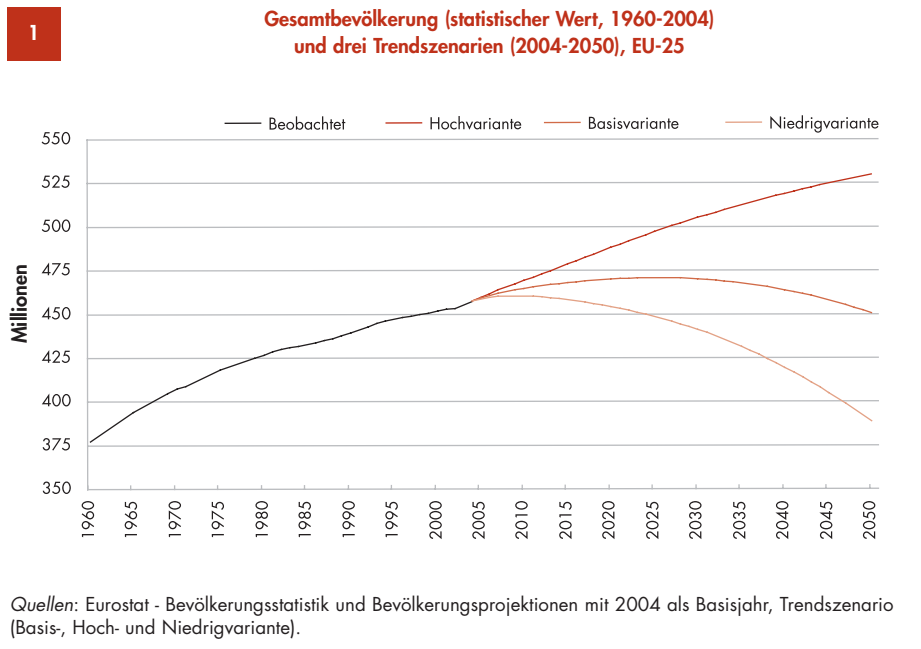
Am 1. Januar 2004 belief sich die Einwohnerzahl der EU-25 auf 457 Millionen. Die Tendenz geht zu weniger Kindern und späterer Geburt, weniger Ehen, späterer Eheschließung sowie zu mehr Scheidungen, mehr außerehelichen Geburten und kleineren Haushalten.

Unter Zugrundelegung der Trends der Bevölkerungsprojektion 2004 wird die Bevölkerung in der EU-25 bis zum Jahr 2025 wachsen und danach zu schrumpfen beginnen. Für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird bis 2050 ein Rückgang um 52 Millionen erwartet.

## Schlüsselindikator 2 Gesamtbevölkerung, 01.01.2004 (Anzahl der Einwohner des Gebiets am 1. Januar (oder 31. Dezember des Vorjahres), in 1000 Einwohnern)

UE-25	UE-15	Euro-zone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
457 162 p	383 021 p	308 974 p	10396	10212	5398	82532	1351	11041	42345	60200	4028	57888	730	2319	3446
LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
452	10117	400	16258	8140	38191	10475	1996	5380	5220	8976	59 673 p	7801	4441	21711	70694

Anmerkungen: 1) De-jure-Bevölkerung mit Ausnahme von DE, EL, IE, HU, SI, FI, BG, HR und TR (de-facto-Bevölkerung); 2) FR: Daten für Frankreich beziehen sich auf städtische Gebiete; 3) CY: Gebiet unter staatlicher Verwaltung; 4) HR: Daten 2003  
 Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik.



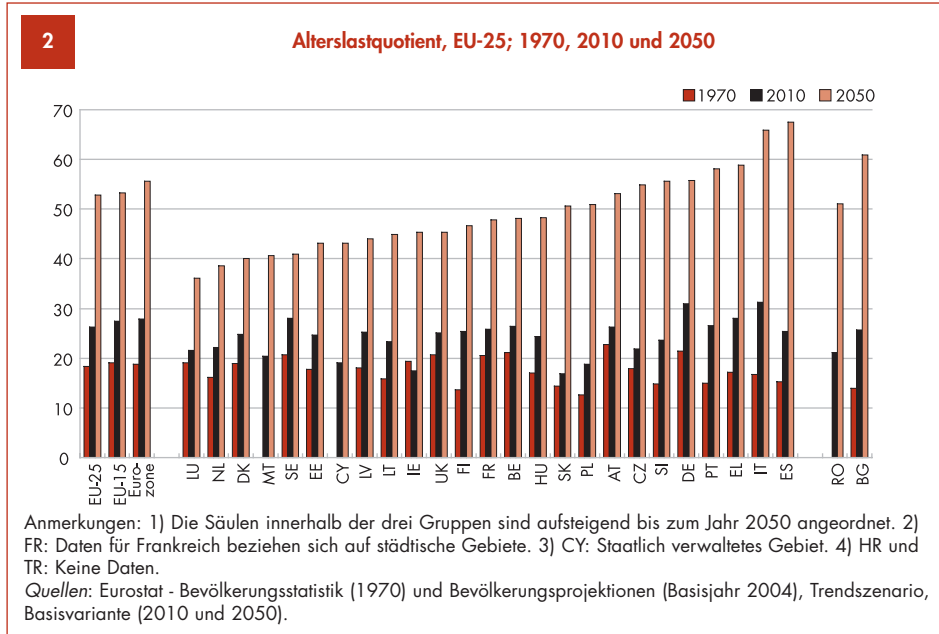
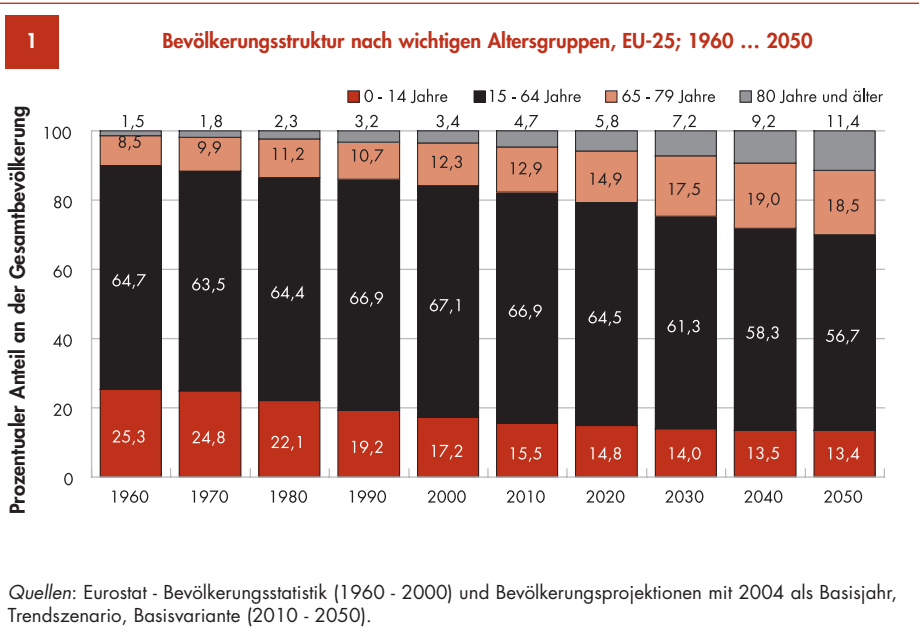
# 3 Alterung der Bevölkerung

Im Jahr 2004 lebten in der EU-25 rund 75 Millionen Menschen im Alter von 65 Jahren und darüber. Im Jahr 1960 waren es nur 38 Millionen. Ältere stellen heute fast 17 % der Gesamtbevölkerung. Auf 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) kommen heute 25 im Alter von 65 oder darüber. Dieser Anteil wird sich bis 2030 voraussichtlich auf 40 erhöhen. Der Anteil der sehr alten Menschen (80 Jahre und mehr) in der EU-25 soll von 4 % im Jahr 2004 auf 11 % im Jahr 2050 steigen.

## Schlüsselindikator 3 Alterslastquotient, 2004 (Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber in Prozent der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter [15 - 64] am 1. Januar)

UE-25	UE-15	Euro-zone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
24,5	25,5	25,8	26,1	19,7	22,5	26,8	23,5	25,8	24,5	25,2	16,4	28,9	17,5	23,6	22,3	21	22,6	19	20,5	22,8	18,6	24,9	21,4	16,3	23,3	26,4	24,3	24,9	:	20,9	8,7

Anmerkungen: 1) FR: Daten beziehen sich auf städtische Gebiete. 2) CY: Gebiet unter staatlicher Verwaltung. 3) HR: Daten 2003.  
Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik, Trendszenario Bevölkerungsprojektionen (Basisjahr 2004), Basisvariante.



# 4 Wanderungsbewegungen und Asylträge

Die Nettozuwanderung stellt die wichtigste Komponente der jährlichen Bevölkerungsentwicklung in der EU-25 dar. Im Jahr 2004 betrug die jährliche Nettozuwanderungsrate 4,0 % je 1000 Einwohner in der EU-25, was rund 80 % des gesamten Bevölkerungswachstums entspricht. Im Jahr 2004 gab es in den 25 Mitgliedstaaten 1.661.252 anerkannte Flüchtlinge und andere Personen mit subsidiärem Schutz.

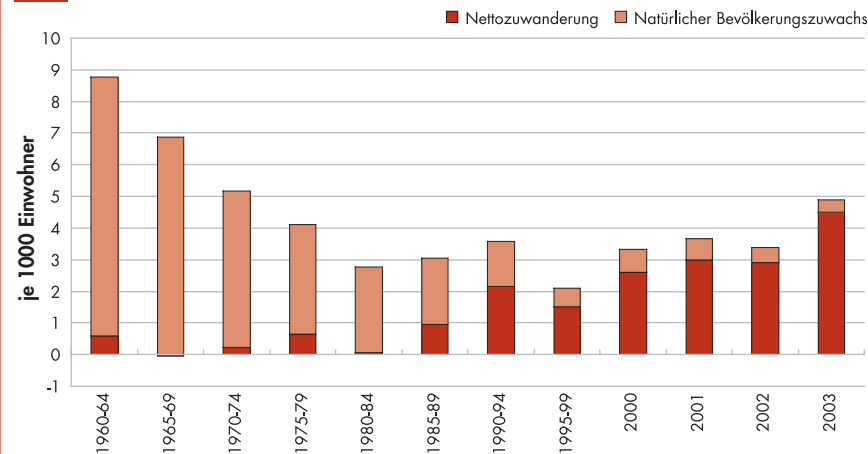
## Schlüsselindikator 4 Allgemeine Nettozuwanderungsrate einschließlich Berichtigungen, 2003 (Differenz zwischen Bevölkerungsentwicklung und natürlichem Bevölkerungswachstum (Letzteres ist der Überschuss bzw. der Mangel an Lebendgeburten gegenüber Todesfällen) im Jahr pro 1000 Einwohner. Liegt die Anzahl der Einwanderer höher als die der Auswanderer, ist der Wert positiv; im umgekehrten Fall ist er negativ.)

UE-25	UE-15	Euro-zone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
4,6	5,4	5,7	3,4	2,5	1,3	1,7	0,0	3,2	17,6	0,9	7,8	10,4	17,2	-0,4	-1,8	4,7	1,5	4,5	0,4	4,7	-0,4	6,1	1,8	0,3	1,1	3,2	4,4	0,0	:	-0,3	:

Anmerkung: 1) Begrifflich bezeichnet "Nettozuwanderung" den Überschuss oder den Mangel an Zuwanderung in ein Gebiet im Vergleich zur Abwanderung aus dem Gebiet im Laufe eines Jahres; die allgemeine Nettozuwanderungsrate entspricht der Nettozuwanderung pro 1000 Einwohner. Da viele Länder entweder keine genauen oder aber gar keine Zahlen über Zu- und Abwanderung haben, berechnet man die Nettozuwanderung indirekt als Differenz zwischen der Gesamtbevölkerungsentwicklung und dem natürlichen Bevölkerungswachstum (Überschuss oder Mangel an Lebendgeburten gegenüber den Todesfällen) zwischen zwei Terminen. Dieser Wert enthält dann Berichtigungen, d.h. alle Veränderungen in der Bevölkerungsgröße, die nicht als Geburt, Todesfall, Zuwanderung oder Abwanderung eingestuft werden können. Anschließend dient er zur Berechnung der Nettozuwanderungsrate, in der die Berichtigungen folglich auch berücksichtigt sind.

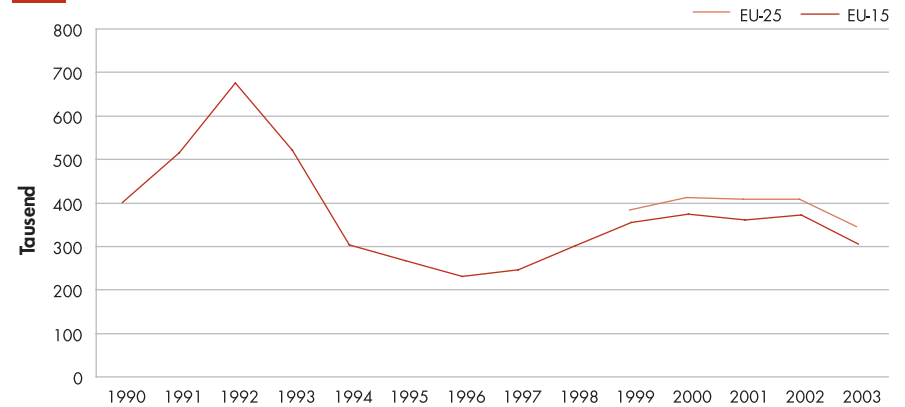
Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik

1 Durchschnittliche jährliche Bevölkerungsentwicklung nach Komponenten, EU-25, 1960-2002



Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik.

2 Asylträge, EU-25 und EU-15, 1990-2003



Quelle: Eurostat - Migrationsstatistik.

# 5 Bildung

Das Bildungsniveau der Bevölkerung, insbesondere der Frauen, ist in den letzten dreißig Jahren beträchtlich gestiegen. Im Jahr 2004 besaßen 77 % der jungen Menschen im Alter von 20 bis 24 Jahren in der EU-25 einen Abschluss der Sekundarstufe II. Gleichzeitig verließen jedoch 16 % der 18- bis 24jährigen das Bildungssystem bestenfalls mit einem Abschluss der Sekundarstufe I.

## Schlüsselindikator 5 Bildungsniveau Jugendlicher, 2004 (Bevölkerungsanteil im Alter von 20 bis 24, der zumindest die Sekundarstufe II abgeschlossen hat)

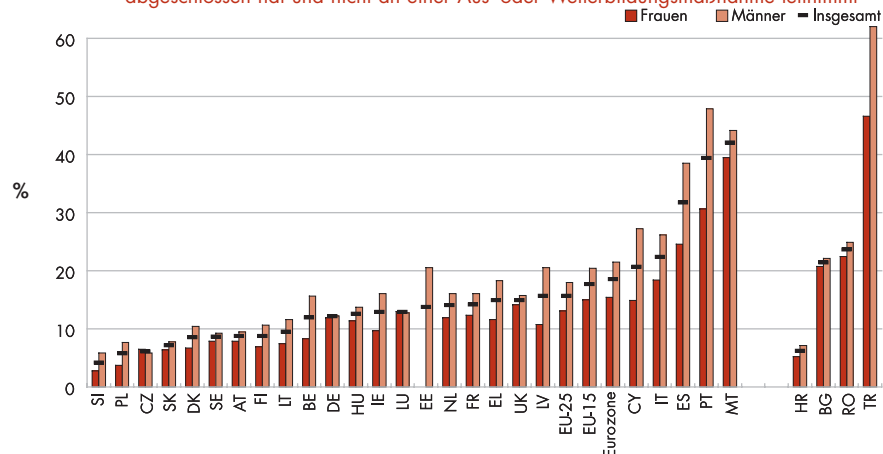
	UE-25	UE-15	Eurozone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
Insgesamt	76,6	73,7	72,9	82,1	90,9	74,8	72,8	82,3	81,9	61,1	79,8	85,3p	72,9	77,6	76,9	86,1
Frauen	79,6	76,9	76,7	86,8	91,2	76,3	74,2	92,3	85,6	68,6	81,3	88,5p	78,2	83,8	83,4	90,1
Männer	73,7	70,6	69,1	77,4	90,5	73,2	71,5	72,5	78,2	53,9	78,2	82,1p	67,6	70,7	70,7	82,2
	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
Insgesamt	71,1	83,4	51,4	74,2	86,3i	89,5	49,0	89,7	91,3	84,6	86,3	76,4	76,0	92,5	74,8	41,8
Frauen	71,7	84,9	54,1	77,4	86,3i	91,6	58,8	93,7	91,5	87,9	87,6	76,6	77,2	93,7	75,8	49,6
Männer	70,4	81,9	48,8	71,0	86,2i	87,4	39,4	86,0	91,1	81,2	85,1	76,2	74,8	91,5	73,8	35,1

Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union

1

### Schulabbrecher nach Geschlecht, 2004

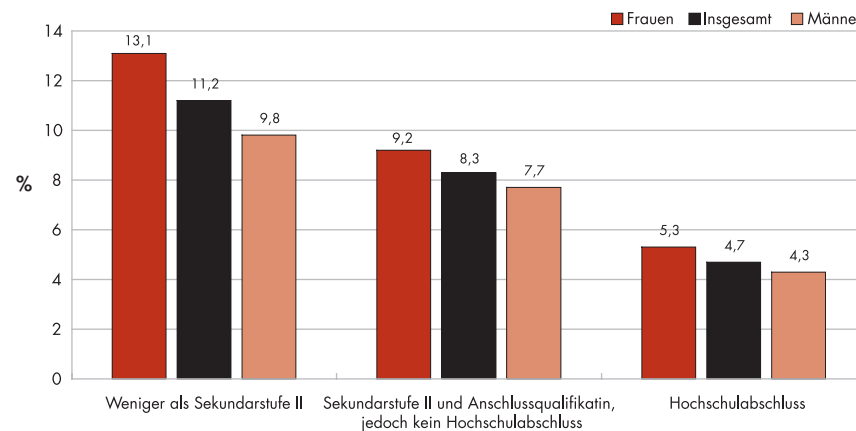
Bevölkerungsanteil im Alter von 18 bis 24 Jahren, der höchstens die Sekundarstufe I abgeschlossen hat und nicht an einer Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme teilnimmt



Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union; L: 2003.

2

### Arbeitslosenquote bei Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren nach Bildungsabschluss und Geschlecht, EU-25, 2004. Anteil der Arbeitslosen in dieser Arbeitsgruppe an der gesamten Erwerbsbevölkerung



Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union.

# Lebenslanges Lernen

Im Jahr 2004 nahmen in der EU-25 (in den vier Wochen vor dem Umfrage-Stichtag) 10,3 % der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren an Bildungs-/Weiterbildungsmaßnahmen teil. Den größten Anteil an Teilnehmern (25 % bis 33 %) verzeichneten Dänemark, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich, während Griechenland, Portugal, Ungarn, die Slowakei und Malta den niedrigsten Anteil aufwiesen (weniger als 5 %).

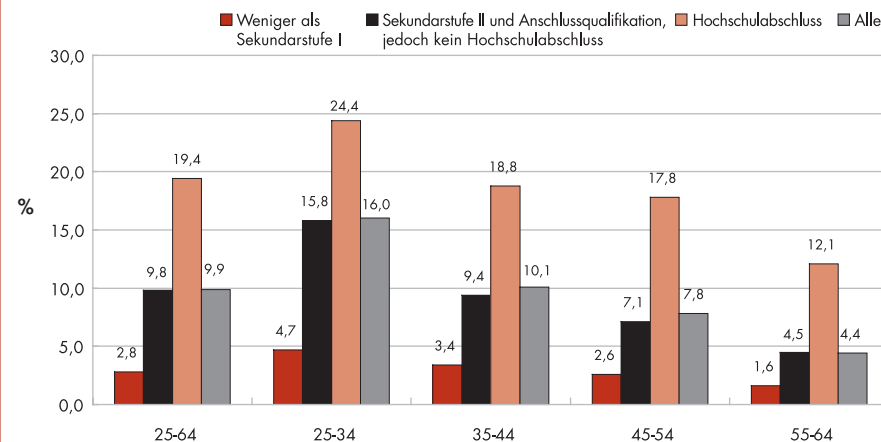
## Schlüsselindikator 6 Lebenslanges Lernen (Teilnahme Erwachsener an Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen), 2004 (Anteil der 25- bis 64jährigen, die in den 4 Wochen vor der Erhebung an Maßnahmen der schulischen oder beruflichen Bildung teilgenommen haben)

	UE-25	UE-15	Eurozone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
Insgesamt	10,3i	11,1i	7,8i	9,5 b	6,3	27,6	7,4	6,7	2,0	5,1	7,8	7,2	6,8b	9,3	9,1	6,5 b
Frauen	11,1i	12,0i	8,0i	9,3 b	6,5	31,9	7,0	7,6	2,1	5,6	7,9	8,4	7,2b	9,6	11,8	7,9 b
Männer	9,4i	10,3i	7,6i	9,7 b	6,0	23,4	7,8	5,8	2,0	4,7	7,6	6,1	6,5b	9,0	6,1	5,0 b
	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
Insgesamt	9,4	4,6	4,8b	17,3	12,0i	5,5 b	4,8 b	17,9	4,6	24,6	33,3	29,1i	1,3	2,0	1,6 b	1,3
Frauen	9,5	5,3	4,2b	17,7	12,5i	6,3 b	5,1 b	19,8	5,2	28,2	37,7	33,9i	1,4	2,3	1,6 b	1,6
Männer	9,3	3,9	5,5 b	17,0	11,5i	4,7 b	4,4 b	16,1	3,9	20,9	29,2	24,2i	1,1	1,8u	1,6 b	0,9

Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union.

1

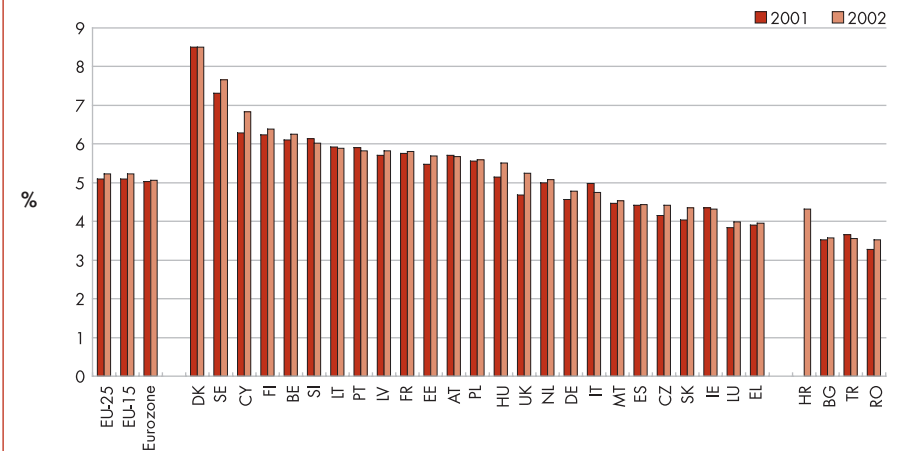
### Lebenslanges Lernen nach Altersgruppe und Bildungsabschluss, EU-25, 2004 Anteil der 25- bis 64jährigen, die in den 4 Wochen vor der Erhebung an Maßnahmen der schulischen oder beruflichen Bildung teilgenommen haben



Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union.

2

### Ausgaben für Humanressourcen, 2001 und 2002 Öffentliche Bildungsausgaben in Prozent des BIP



Quelle: Eurostat - Bildungsstatistik.

# Beschäftigung

Im Jahr 2004 war das Beschäftigungswachstum in der EU-25 geringfügig größer als in den zwei Jahren zuvor, lag aber immer noch wesentlich niedriger als in den Jahren 1997 bis 2001. Die durchschnittliche Beschäftigungsquote, die sich von 2001 bis 2003 kaum verändert hatte, stieg 2004 um 0,4 Prozentpunkte auf 63,3 %. Das waren 3,7 Prozentpunkte weniger als im Zwischenziel für Lissabon 2005 festgelegt. Die Beschäftigungsquote bei den Frauen entwickelt sich zwar positiv, aber die Wahrscheinlichkeit, dass sie in Teilzeit arbeiten, nimmt immer mehr zu.

## Schlüsselindikator 7a Beschäftigungsquote, 2004 (Beschäftigte im Alter von 15 bis 64 Jahren in Prozent der Bevölkerung derselben Altersgruppe)

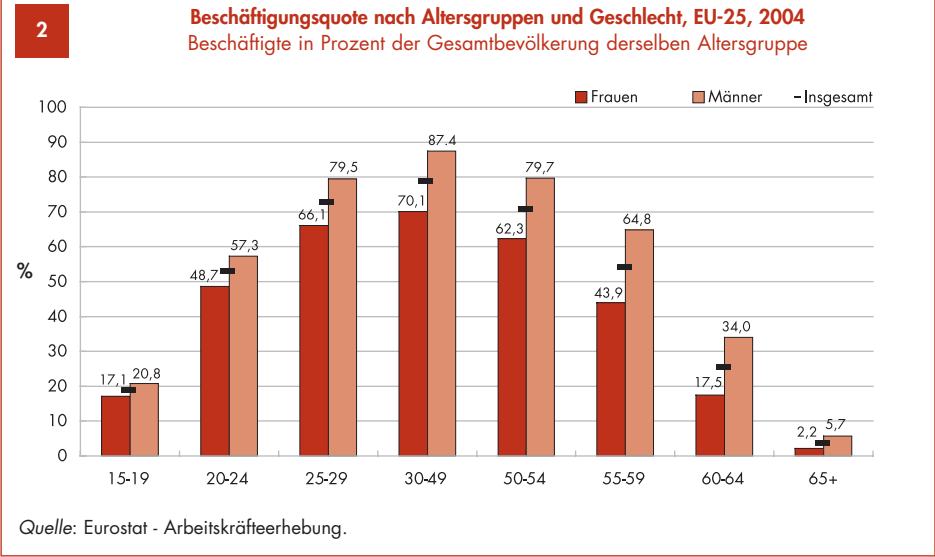
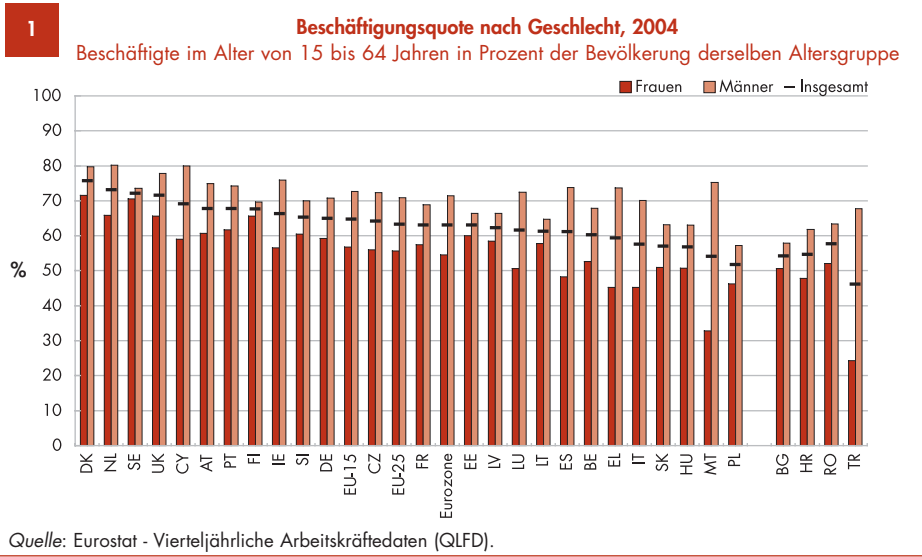
	UE-25	UE-15	Euro-zone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
Insgesamt	63,3	64,7	63,0	60,3	64,2	75,7	65,0	63,0	59,4	61,1	63,1	66,3	57,6	69,1	62,3	61,2
Frauen	55,7	56,8	54,5	52,6	56,0	71,6	59,2	60,0	45,2	48,3	57,4	56,5	45,2	59,0	58,5	57,8
Männer	70,9	72,7	71,5	67,9	72,3	79,7	70,8	66,4	73,7	73,8	68,9	75,9	70,1	80,0	66,4	64,7
	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
Insgesamt	61,6	56,8	54,1	73,1	67,8	51,7	67,8	65,3	57,0	67,6	72,1	71,6	54,2	54,7	57,7	46,1
Frauen	50,6	50,7	32,8	65,8	60,7	46,2	61,7	60,5	50,9	65,6	70,5	65,6	50,6	47,8	52,1	24,3
Männer	72,4	63,1	75,2	80,2	74,9	57,2	74,2	70,0	63,2	69,7	73,6	77,8	57,9	61,8	63,4	67,8

Quelle: Eurostat - Vierteljährliche Arbeitskräfte-daten (QLFD).

## Schlüsselindikator 7b Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer, 2004 (Beschäftigte im Alter von 55 bis 64 Jahren in Prozent der Bevölkerung derselben Altersgruppe)

	UE-25	UE-15	Euro-zone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
Insgesamt	41,0	42,5	38,6	30,0	42,7	60,3	41,8	52,4	39,4	41,3	37,3	49,5	30,5	50,1	47,9	47,1
Females	31,7	33,2	29,0	21,1	29,4	53,3	33,0	49,4	24,0	24,6	33,8	33,7	19,6	30,4	41,9	39,3
Males	50,7	52,2	48,6	39,1	57,2	67,3	50,7	56,4	56,4	58,9	41,0	65,0	42,2	70,9	55,8	57,6
	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
Insgesamt	30,8	31,1	30,9	45,2	28,8	26,2	50,3	29,0	26,8	50,9	69,1	56,2	32,5	30,1	36,9	33,2
Females	22,9	25,0	11,4	33,4	19,3	19,4	42,5	17,8	12,6	50,4	67,0	47,0	24,2	21,0	31,4	20,0
Males	38,5	38,4	52,2	56,9	38,9	34,1	59,1	40,9	43,8	51,4	71,2	65,7	42,2	40,9	43,1	46,9

Quelle: Eurostat - Vierteljährliche Arbeitskräfte-daten (QLFD).





Im Jahr 2004 kam der Anstieg der Arbeitslosenquote in der EU-25, der 2001 begonnen hatte, bei 9,0 % zum Stillstand. Allerdings ist die Europäische Union als Ganzes noch weit von der neuesten Entwicklung in Japan und den USA entfernt; dort ging die Arbeitslosigkeit 2004 erheblich zurück.

**Schlüsselindikator 8a Arbeitslosenquote, 2004 (Arbeitslose in Prozent der Erwerbsbevölkerung)**

	UE-25	UE-15	Euro-zone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
Insgesamt	9,0	8,1	8,9	7,8	8,3	5,4	9,5	9,2	10,5	11,0	9,7	4,5	8,0	5,0	9,8	10,8
Frauen	10,2	9,3	10,5	8,8	9,9	5,6	10,5	8,1	16,2	15,0	10,7	3,9	10,5	6,3	10,3	11,3
Männer	8,1	7,1	7,6	7,0	7,1	5,1	8,7	10,3	6,6	8,1	8,8	4,9	6,4	4,0	9,2	10,3
	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
Insgesamt	4,8	5,9	7,3	4,6	4,8	18,8	6,7	6,0	18,0	8,8	6,3	4,7	11,9	:	7,1	10,3
Frauen	6,8	6,0	8,3	4,8	5,4	19,7	7,6	6,5	19,3	8,9	6,1	4,2	11,5	:	5,9	9,7
Männer	3,3	5,8	6,9	4,3	4,4	18,0	5,9	5,6	17,0	8,7	6,5	5,1	12,2	:	8,2	10,5

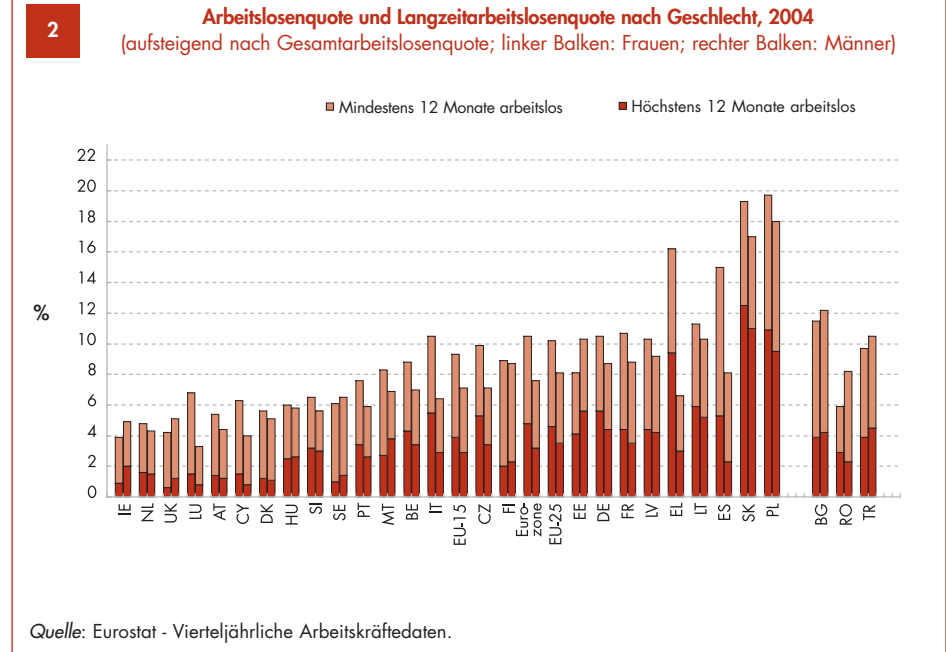
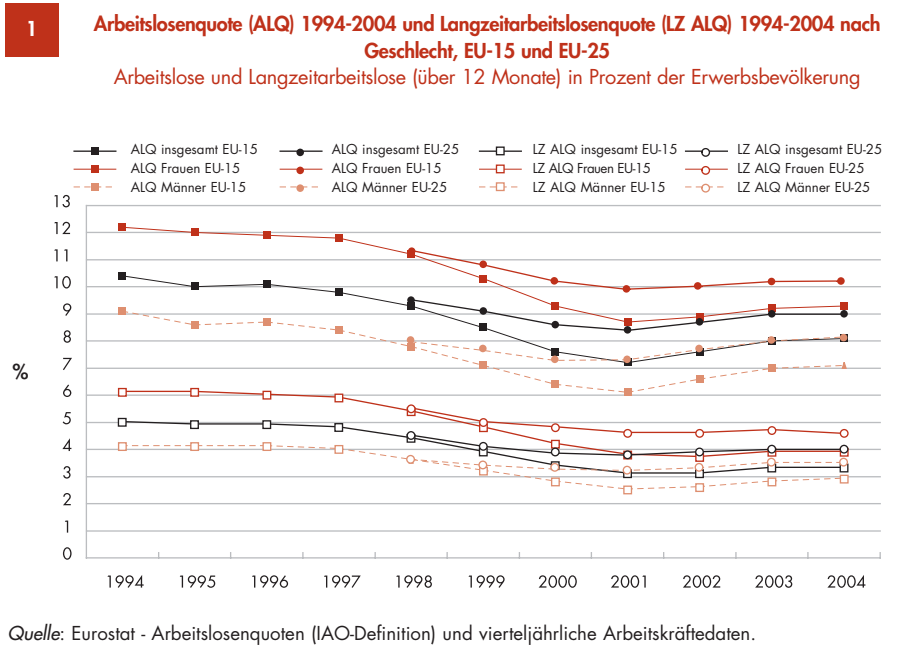
Quelle: Eurostat - Arbeitslosenquoten (IAO-Definition).

**Schlüsselindikator 8b Langzeitarbeitslosenquote, 2004 (Langzeitarbeitslose (über 12 Monate) in Prozent der Erwerbsbevölkerung)**

	UE-25	UE-15	Euro-zone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
Insgesamt	4,0	3,3	3,9	3,8	4,2	1,2	4,9	4,8	5,6	3,5	3,9	1,6	4,0	:	4,3	5,5
Frauen	4,6	3,9	4,8	4,3	5,3	1,2	5,6	4,1	9,4	5,3	4,4	0,9	5,5	:	4,4	5,9
Männer	3,5	2,9	3,2	3,4	3,4	1,1	4,4	5,6	3,0	2,3	3,5	2,0	2,9	:	4,2	5,2
	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
Insgesamt	1,1	2,6	3,4	1,6	1,3	10,2	3,0	3,1	11,7	2,1	1,2	1,0	7,1	:	4,2	4,0
Frauen	1,5	2,5	2,7	1,6	1,4	10,9	3,4	3,2	12,5	2,0	1,0	0,6	7,1	:	3,3	4,5
Männer	0,8	2,6	3,8	1,5	1,2	9,5	2,6	3,0	11,0	2,3	1,4	1,2	7,1	:	5,0	3,9

Quelle: Eurostat - Vierteljährliche Arbeitskräfte Daten.





## Sozialschutzausgaben und -einnahmen

Bei den Sozialschutzausgaben bestehen zwischen den Mitgliedstaaten deutliche Unterschiede. Dies gilt für den Anteil der Ausgaben am BIP und in noch höherem Maße für die Pro-Kopf-Ausgaben in KKS. Auch bei der Finanzierung des Sozialschutzes sind die Unterschiede - je nachdem, ob die Finanzierung über Sozialbeiträge oder staatliche Zuschüsse erfolgt - erheblich.

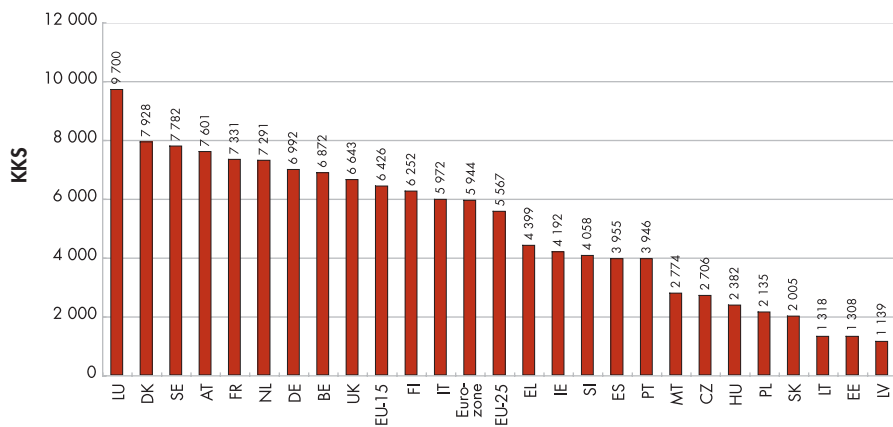
### Schlüsselindikator 9 Sozialschutzausgaben in Prozent des BIP, 2001 und 2002

	UE-25	UE-15	Eurozone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
2001	27,3	27,6	27,4	27,5	19,2	29,5	29,8	14,3	27,1	20,1	30,0	15,3	25,6	:	14,3	15,2
2002	:	28,0	27,9	27,8	19,9	30,0	30,5	:	26,6	20,2	30,6	16,0	26,1	:	:	:
	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
2001	21,3	19,8	17,3	27,5	28,7	22,1	24,0	25,5	19,1	25,7	31,4	27,6	:	:	:	:
2002	22,7	20,9	17,7	28,5	29,1	:	25,4	25,4	19,2	26,4	32,5	27,6	:	:	:	:

Quelle: Eurostat - Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSPROS).

1

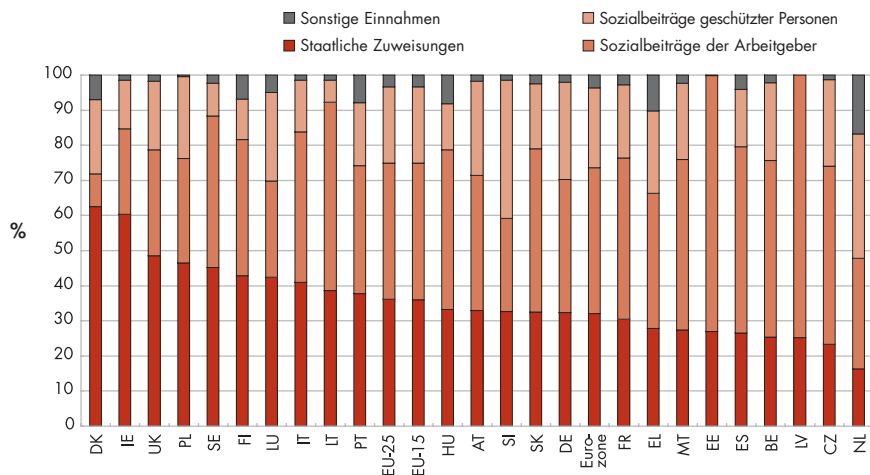
#### Sozialschutzausgaben pro Kopf der Bevölkerung, 2001



Quelle: Eurostat - Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSPROS).

2

#### Sozialschutzeinnahmen in Prozent der Gesamteinnahmen, 2001



Anmerkung: CY, BG, RO und TR: keine Daten.

Quelle: Eurostat - Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSPROS).

# 10 Sozialleistungen

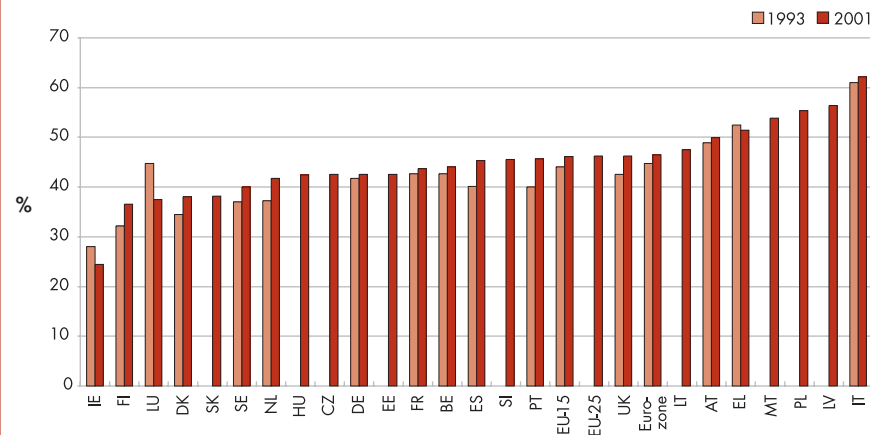
Den größten Anteil an den Sozialschutzausgaben hatten in den meisten Mitgliedstaaten (in dieser Reihenfolge) die Bereiche Altersrenten, Hinterbliebenenversorgung und Gesundheitsversorgung. Auf die übrigen Bereiche entfielen weniger als 30 % der Gesamtausgaben. Die Leistungsstruktur ist in den vergangenen Jahren weitgehend unverändert geblieben.

## Schlüsselindikator 10 Alters- und Hinterbliebenenversorgung in Prozent aller Sozialleistungen, 2001 und 2002

	UE-25	UE-15	Euro-zone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
1993	:	44,0	44,8	42,7	:	34,5	41,7	:	52,5	40,1	42,7	28,0	61,0	:	:	:
2001	46,2	46,1	46,5	44,1	42,5	38,0	42,5	42,6	51,4	45,3	43,7	24,4	62,2	:	56,4	47,5
2002	:	45,8	46,1	43,8	41,6	37,6	42,5	:	50,6	44,8	43,2	23,4	61,9	:	:	:
	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
1993	44,8	:	:	37,3	48,9	:	40,0	:	:	32,2	37,0	42,6	:	:	:	:
2001	37,5	42,4	53,9	41,8	49,9	55,3	45,7	45,5	38,2	36,6	40,0	46,3	:	:	:	:
2002	37,4	43,0	52,8	41,1	49,6	:	44,3	46,5	38,4	36,9	39,5	46,4	:	:	:	:

Quelle: Eurostat - Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSPROS).

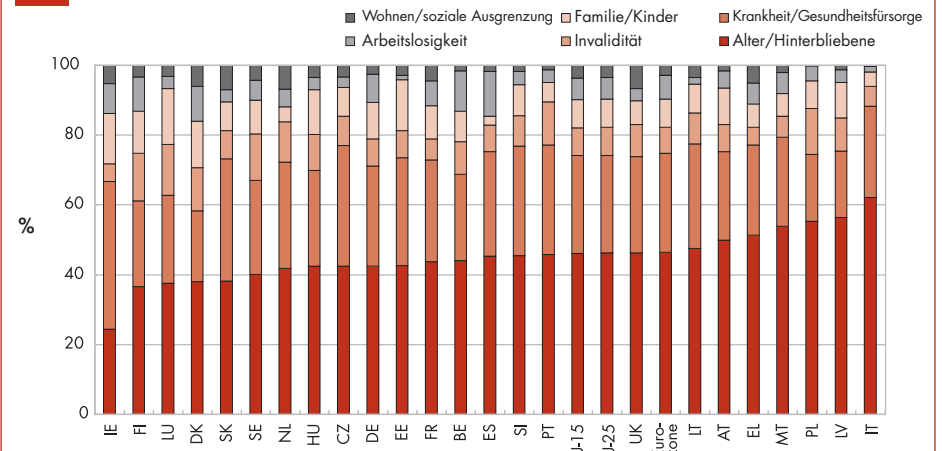
### 1 Alters- und Hinterbliebenenversorgung in Prozent aller Sozialleistungen, 1993 und 2001



Anmerkung: CY, BG, HR, RO und TR: keine Daten.

Quelle: Eurostat - Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSPROS).

### 2 Sozialleistungen nach Funktionsgruppen in Prozent der Gesamtleistungen, 2001



Anmerkung: CY, BG, HR, RO und TR: keine Daten.

Quelle: Eurostat - Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSPROS).

# 11

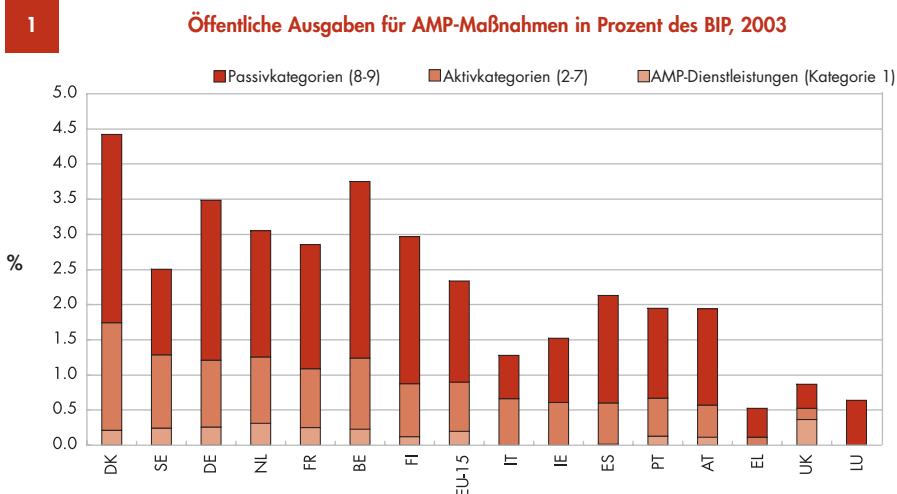
## Arbeitsmarktpolitische Ausgaben

Im Jahr 2003 beliefen sich die arbeitsmarktpolitischen Ausgaben der vierzehn Länder, die Daten übermittelt hatten, auf durchschnittlich 2,3 % des BIP. Im Einzelnen entfielen 0,7 % auf aktive Arbeitsmarktmaßnahmen, 1,4 % auf passive Maßnahmen und 0,2 % auf Arbeitsvermittlung (PES). Dabei traten die gleichen erheblichen Unterschiede zu Tage wie in den Vorjahren. Die arbeitsmarktpolitischen Ausgaben reichten von 4,4 % des BIP in Dänemark über 0,8 % in Großbritannien bis 0,5 % in Griechenland. Diese Differenzen sind auf den Umfang jener unspezifischen Unterstützungsleistungen in einigen Ländern zurückzuführen, die auch Arbeitslosen und anderen Zielgruppen zugute kommen. Da diese Hilfsleistungen aber nicht konkret auf diese Gruppen zugeschnitten sind, werden sie bei der AMP-Datenerhebung auch nicht erfasst.

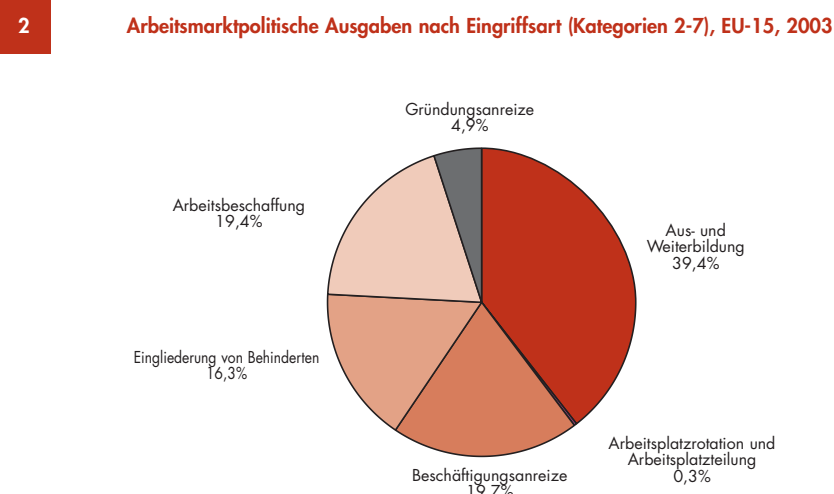
### Schlüsselindikator 11 Öffentliche Ausgaben für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Kategorien 2 - 7) in Prozent des BIP, 2003

UE-25	UE-15	Eurozone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
:	0,701	:	1,006	:	1,529	0,948	:	0,113	0,589	0,836	0,607	0,663	:	:	:
LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
:	:	:	0,947	0,461	:	0,542	:	:	0,748	1042	0,154	:	:	:	:

Anmerkung: Kategorie 1: Arbeitsmarktdienstleistungen; Kategorien 2-7: Aus- und Weiterbildung, Arbeitsplatzrotation und -teilung, Beschäftigungsanreize, Eingliederung von Behinderten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Gründungsanreize; Kategorien 8-9: Einkommensunterstützung für Arbeitslose, Vorruhestand.  
Quelle: Eurostat - Datenbank zur Arbeitsmarktpolitik (AMP).



Anmerkungen: 1) Keine Daten für die neuen Mitgliedsländer und die Beitrittsländer; 2) DE: Teildaten für Kategorie 1; 3) EL, IE, IT und LU: Für Kategorie 1 keine Ausgabendaten verfügbar.  
Quelle: Eurostat - Datenbank zur Arbeitsmarktpolitik (AMP).



Anmerkung: Ohne LU.  
Quelle: Eurostat - Datenbank zur Arbeitsmarktpolitik (AMP).

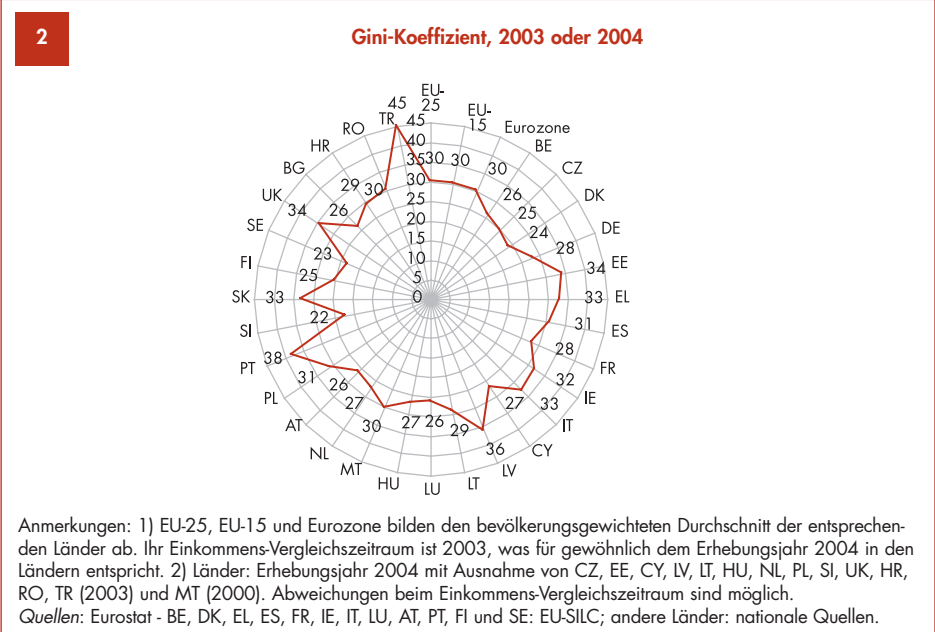
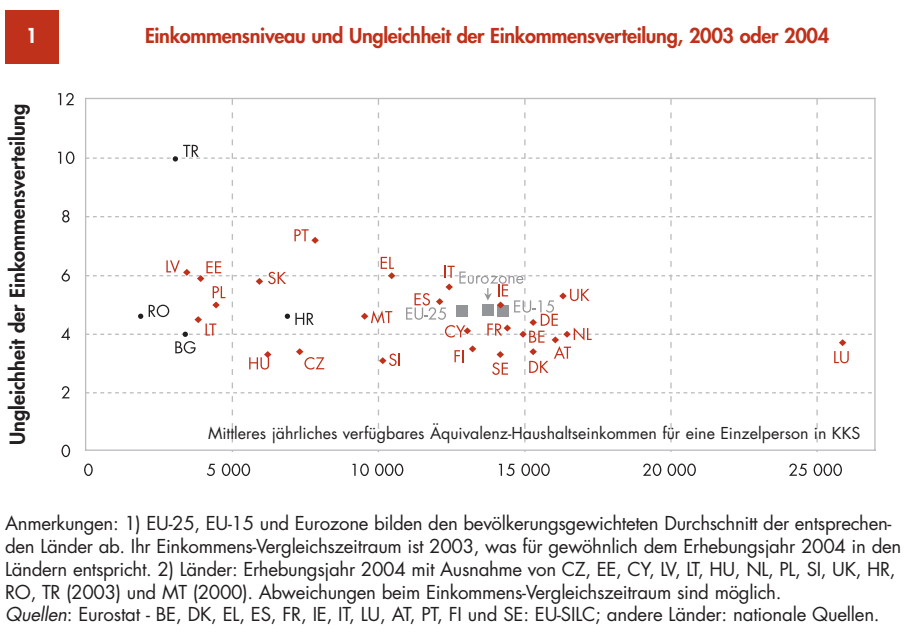
# 12 Einkommensverteilung

Im nach der Bevölkerung gewichteten Durchschnitt der Mitgliedstaaten der EU-25 hatten die 20 % der Bevölkerung eines Mitgliedstaates mit dem höchsten Einkommen im Umfragejahr 2004 (Bezugsjahr 2003) einen 4,8-mal größeren Anteil am Gesamteinkommen des Landes als die ärmsten 20 % der Bevölkerung. Am kleinsten ist der Unterschied zwischen den Reichsten und den Ärmsten in Slowenien (3,1), Ungarn (3,3), der Tschechischen Republik (3,4) und den nordischen Ländern (3,3 bis 3,5). Am größten ist er in Portugal (7,2), Lettland (6,1), Griechenland (6,0), Estland (5,9) und der Slowakei (5,8).

## Schlüsselindikator 12 Ungleichheit der Einkommensverteilung (Einkommensquintil-Anteilsverhältnis), 2003 und 2004 (das Verhältnis des gesamten Einkommens, das von 20% der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen (oberstes Quintil) erzielt wird, zu demjenigen Einkommen, das von 20% der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen erzielt wird. Unter Einkommen ist hier das verfügbare Äquivalenzeinkommen zu verstehen.)

UE-25	UE-15	Eurozone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
4,8 s	4,8 s	4,8 s	4,0	3,4 i	3,4	4,4 i	5,9 i	6,0	5,1 b	4,2 b	5,0	5,6 b	4,1 i	6,1 i	4,5 i
LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
3,7	3,3 i	4,6 i	4,0 pi	3,8	5,0 i	7,2 b	3,1 i	5,8 pi	3,5 b	3,3 b	5,3 i	4,0 i	4,6 i	4,6 i	9,9 i

Anmerkungen: 1) EU-25, EU-15 und Eurozone bilden den bevölkerungsgewichteten Durchschnitt der entsprechenden Länder ab. Ihr Einkommens-Vergleichszeitraum ist 2003, was für gewöhnlich dem Erhebungsjahr 2004 in den Ländern entspricht. 2) Länder: Erhebungsjahr 2004 mit Ausnahme von CZ, EE, CY, LV, LT, HU, NL, PL, SI, UK, HR, RO, TR (2003) und MT (2000). Abweichungen beim Einkommens-Vergleichszeitraum sind möglich. Quellen: Eurostat - BE, DK, EL, ES, FR, IE, IT, LU, AT, PT, FI und SE: EU-SILC; andere Länder: nationale Quellen.



# 13

## Haushalte mit niedrigem Einkommen

Bei Betrachtung der Gesamtbevölkerung verfügten 2004 rund 16 % der Bürger in der EU-25 über ein Äquivalenzeinkommen, das weniger als 60 % des jeweiligen nationalen Medianwerts betrug. Das entspricht etwa 72 Millionen Menschen. Nimmt man 60 % des nationalen Medianwerts als Schwellenwert, dann lag der Anteil der von Armut bedrohten Menschen in Irland, Portugal und der Slowakei (21 %), den Mittelmeerländern, den baltischen Staaten und dem Vereinigten Königreich relativ hoch. In den Beneluxländern, Deutschland, Österreich, den nordischen Staaten sowie den mittel- und osteuropäischen Ländern war er vergleichsweise niedrig. Den niedrigsten Anteil verzeichnete die Tschechische Republik (8 %). In diesem Zusammenhang sollte bedacht werden, dass in diesem Bericht die relative Armut innerhalb eines jeden Landes und nicht die an einem unabhängigen Schwellenwert gemessene absolute Armut untersucht wird. Durch Sozialleistungen (Renten und andere Transferleistungen) verringert sich der Anteil der von Armut bedrohten Menschen in allen Mitgliedstaaten, wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße. Der Rückgang reicht von höchstens 50 % in Griechenland, Irland, Portugal, Zypern und Malta bis über 70 % in Dänemark, Luxemburg, Finnland, Schweden, der Tschechischen Republik und der Slowakei.

### Schlüsselindikator 13a Prozensatz der Bevölkerung, die von Armut bedroht ist, vor Sozialtransfers, 2003 oder 2004 (Anteil der Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen vor Sozialtransfers, das unter der Armutsgrenze liegt, die auf 60% des mittleren nationalen verfügbaren Äquivalenzeinkommens nach Sozialtransfers festgelegt ist. Alters- und Hinterbliebenenrenten zählen als Einkommen vor Sozialtransfers und nicht als Sozialtransfers).

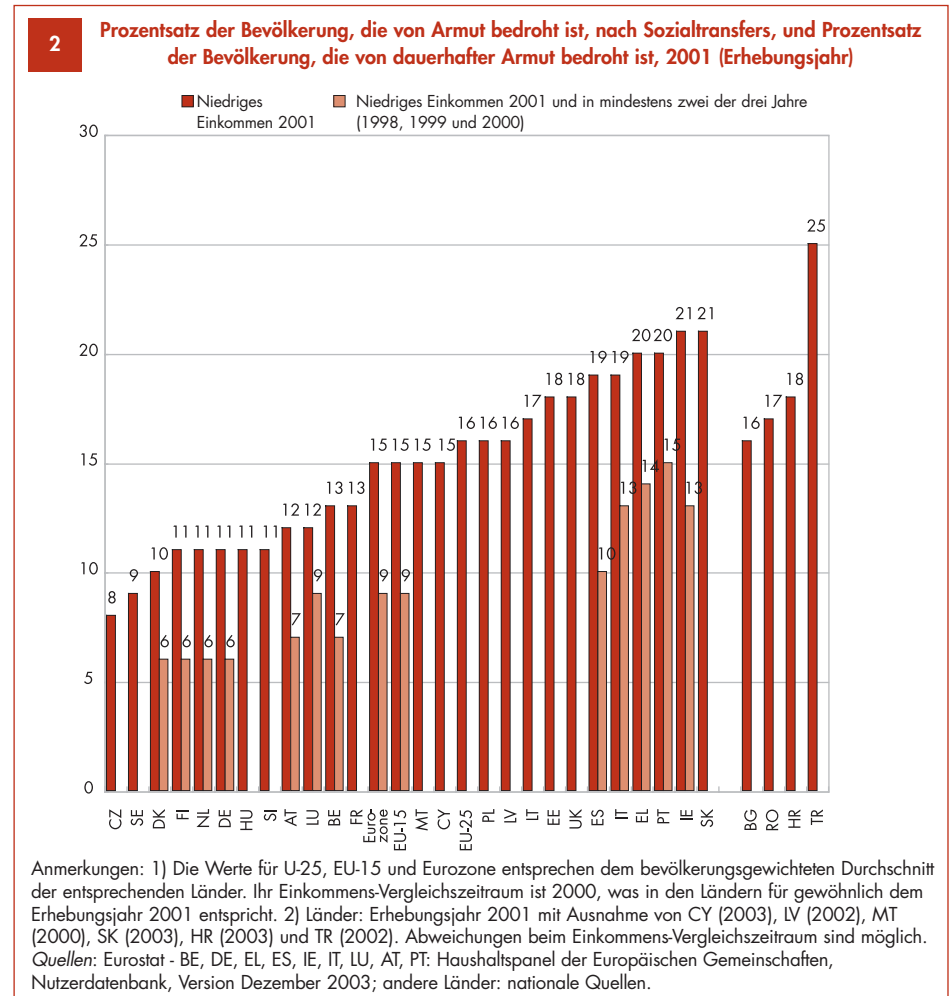
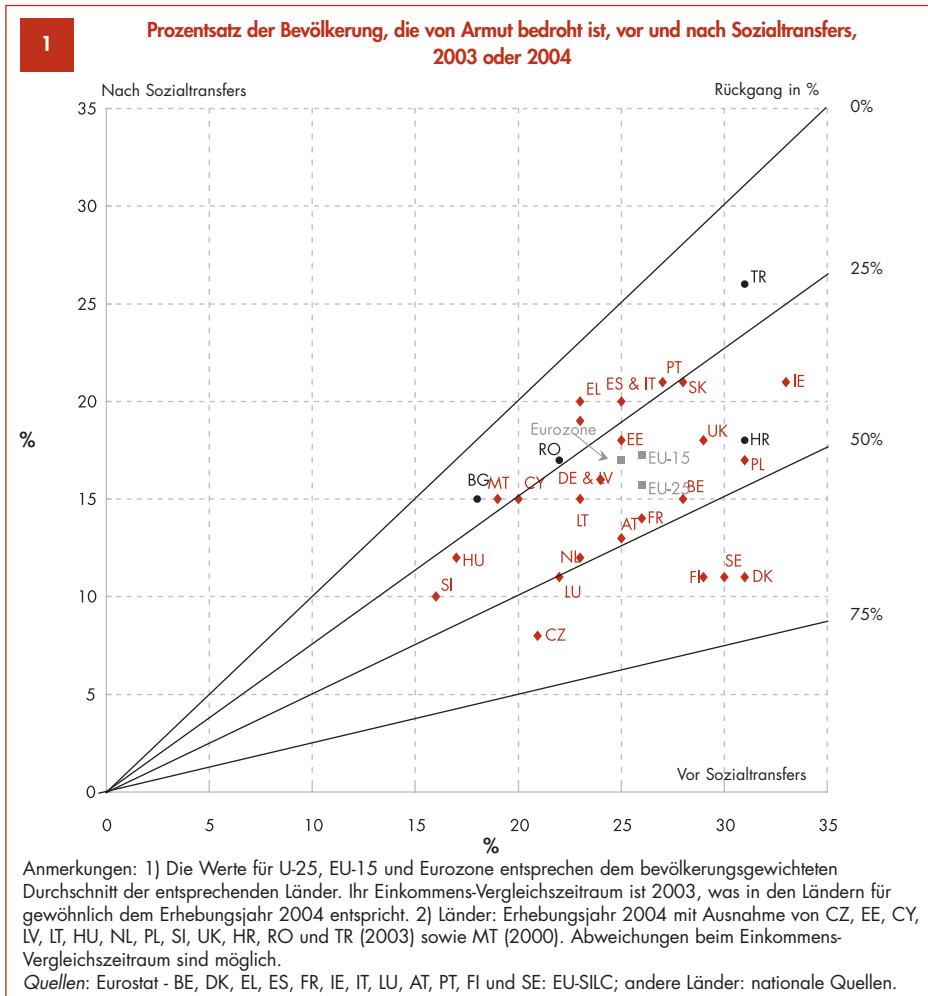
	UE-25	UE-15	Eurozone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
Insgesamt	26 s	26 s	25 s	28	21 i	31	24 i	25 i	23	25 b	26 b	33	23 b	20 i	24 i	23 i
Frauen	26 s	27 s	26 s	28	22 i	32	26 i	26 i	24	26 b	27 b	35	24 b	21 i	25 i	23 i
Männer	24 s	24 s	23 s	27	19 i	30	21 i	23 i	21	24 b	25 b	31	22 b	18 i	23 i	22 i
	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
Insgesamt	22	17 i	19 i	23 pi	25	31 i	27 b	16 i	28 pi	29 b	30 b	29 i	18 i	31 i	22 i	31 i
Frauen	23	17 i	20 i	24 pi	27	31 i	28 b	18 i	27 pi	29 b	33 b	30 i	20 i	33 i	23 i	32 i
Männer	22	17 i	18 i	22 pi	24	32 i	26 b	15 i	29 pi	28 b	28 b	28 i	15 i	29 i	22 i	29 i

Anmerkungen: 1) Die Werte für U-25, EU-15 und Eurozone entsprechen dem bevölkerungsgewichteten Durchschnitt der entsprechenden Länder. Ihr Einkommens-Vergleichszeitraum ist 2003, was in den Ländern für gewöhnlich dem Erhebungsjahr 2004 entspricht. 2) Länder: Erhebungsjahr 2004 mit Ausnahme von CZ, EE, CY, LV, IT, HU, NL, PL, SI, UK, HR, RO und TR (2003) sowie MT (2000). Abweichungen beim Einkommens-Vergleichszeitraum sind möglich. Quellen: Eurostat - BE, DK, EL, ES, FR, IE, IT, LU, AT, PT, FI und SE: EU-SILC; andere Länder: nationale Quellen.

### Schlüsselindikator 13b Prozensatz der Bevölkerung, die von Armut bedroht ist, nach Sozialtransfers, 2003 oder 2004 (Anteil der Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen, das unter der Armutsgrenze liegt, die auf 60% des mittleren nationalen verfügbaren Äquivalenzeinkommens nach Sozialtransfers festgelegt ist).

	UE-25	UE-15	Eurozone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
Insgesamt	16 s	17 s	17 s	15	8 i	11	16 i	18 i	20	20 b	14 b	21	19 b	15 i	16 i	15 i
Frauen	17 s	18 s	18 s	16	9 i	11	18 i	20 i	21	21 b	14 b	23	20 b	17 i	17 i	15 i
Männer	15 s	15 s	15 s	14	7 i	11	13 i	17 i	19	19 b	13 b	19	18 b	14 i	16 i	14 i
	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
Insgesamt	11	12 i	15 i	12 pi	13	17 i	21 b	10 i	21 pi	11 b	11 b	18 i	15 i	18 i	17 i	26 i
Frauen	11	12 i	15 i	12 pi	14	16 i	22 b	11 i	21 pi	11 b	12 b	19 i	17 i	19 i	18 i	26 i
Männer	11	12 i	15 i	12 pi	11	17 i	20 b	9 i	22 pi	11 b	10 b	17 i	13 i	17 i	17 i	25 i

Anmerkungen: 1) Die Werte für U-25, EU-15 und Eurozone entsprechen dem bevölkerungsgewichteten Durchschnitt der entsprechenden Länder. Ihr Einkommens-Vergleichszeitraum ist 2003, was in den Ländern für gewöhnlich dem Erhebungsjahr 2004 entspricht. 2) Länder: Erhebungsjahr 2004 mit Ausnahme von CZ, EE, CY, LV, IT, HU, NL, PL, SI, UK, HR, RO und TR (2003) sowie MT (2000). Abweichungen beim Einkommens-Vergleichszeitraum sind möglich. Quellen: Eurostat - BE, DK, EL, ES, FR, IE, IT, LU, AT, PT, FI und SE: EU-SILC; andere Länder: nationale Quellen.



# 14

## Erwerbslose Haushalte und niedriges Arbeitseinkommen

Zwei wichtige Ursachen für Armut und soziale Ausgrenzung sind Arbeitslosigkeit und niedriges Arbeitseinkommen. Im Jahr 2004 lebten 10,3 % der 18- bis 59jährigen in der EU-25 in erwerbslosen Haushalten (9,8 % in der EU-15). Für Kinder im Alter von 0 bis 17 Jahren lagen diese Werte sowohl in der EU-25 als auch in der EU-15 bei 9,8 %.

### Schlüsselindikator 14a Bevölkerung im Alter von 18 bis 59 in erwerbslosen Haushalten, 2004 (Anteil der Bevölkerung/Frauen/Männer im Alter von 18 bis 59 in Haushalten, in denen niemand erwerbstätig ist. Studenten im Alter von 18 bis 24 Jahren, die in Haushalten leben, die nur aus Studenten derselben Altersgruppe bestehen, werden weder im Zähler noch im Nenner gezählt.)

	UE-25	UE-15	Euro-zone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
Insgesamt	10,3 i	9,8 i	9,6 i	13,7	8,0	8,5	11,1	9,5	8,5	7,3	10,8	8,6	9,1	5,0	7,8	8,1
Frauen	11,4i	10,9i	10,6 i	16,0	9,6	8,8	11,4	8,7	10,7	7,9	12,1	10,1	10,4	6,1	8,4	8,0
Männer	9,3i	8,8i	8,7i	11,3	6,4	8,3	10,8	10,2	6,2	6,7	9,5	7,2	7,9	3,8	7,1	8,3
	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
Insgesamt	6,5	11,9	8,8	8,0i	8,8i	15,8	5,3	7,5	10,8	11,0	:	11,0	13,7	11,2	11,1	:
Frauen	8,1	12,7	10,8	9,3i	10,0i	16,8	5,7	8,0	11,6	10,9	:	13,0	14,2	12,0	11,7	:
Männer	5,0	11,1	6,9	6,7i	7,6i	14,8	5,0	7,0	10,0	11,2	:	9,0	13,2	10,3	10,4	:

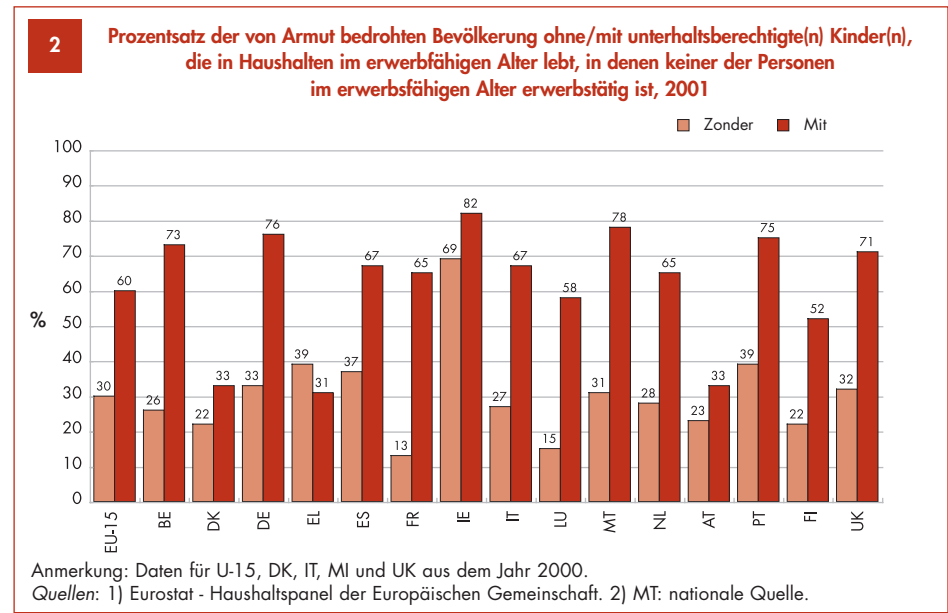
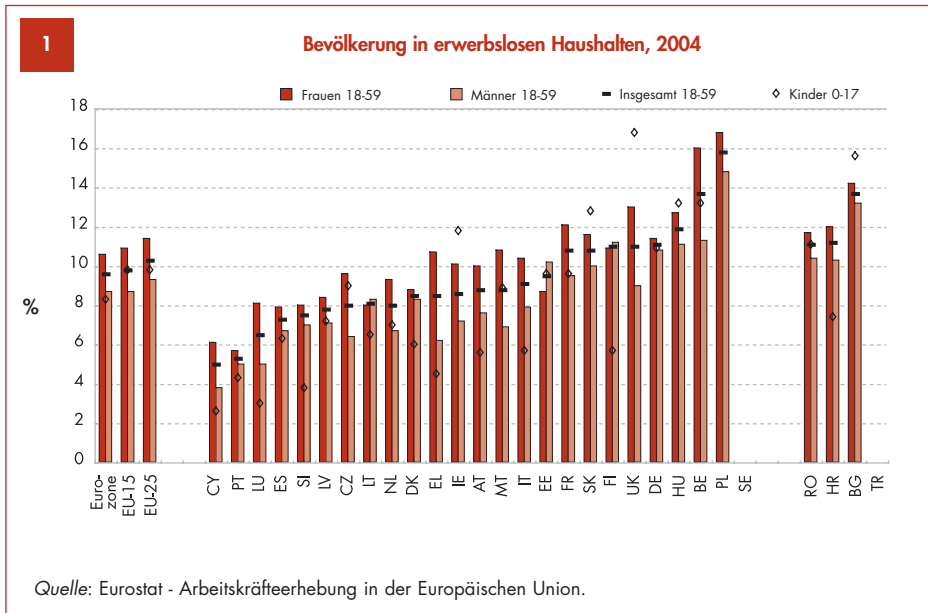
Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union.

### Schlüsselindikator 14b Kinder im Alter von 0 bis 17 Jahren in erwerbslosen Haushalten (Anteil der Kinder im Alter von 0 bis 17 Jahren in erwerbslosen Haushalten)

UE-25	UE-15	Euro-zone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
9,8i	9,8i	8,3i	13,2	9,0	6,0	10,9	9,6	4,5	6,3	9,6	11,8	5,7	2,6	7,2	6,5
LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
3,0	13,2	8,9	7,0i	5,6i	:	4,3	3,8	12,8	5,7	:	16,8	15,6	7,4	11,1	:

Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union.





# 15

## Frauen und Männer in Entscheidungspositionen

In den Einkammerparlamenten und in den Unterhäusern der Mehrkammerparlamente der Mitgliedstaaten sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert. Im November 2004 reichte ihr Anteil von 9,2 % in Malta bis 45,3 % in Schweden. Der Durchschnitt der 25 Mitgliedstaaten lag bei 22,4 %. Im Europäischen Parlament schwankte der Frauenanteil (Stand Januar 2005) pro Land zwischen null (Zypern und Malta) und 57,9 % (Schweden). Das entspricht insgesamt einem Frauenanteil von 30,3 %.

### Schlüsselindikator 15a Anteil von Frauen in den nationalen/föderalen Parlamenten, November 2004

UE-25	UE-15	Eurozone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
22,4i	26,8i	25,1i	34,7	17,0	38,0	32,8	18,8	14,0	36,0	12,2	13,3	11,5	10,7	21,0	20,6
LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
20,0	9,8	9,2	36,7	33,9	20,2	19,1	12,2	16,7	37,5	45,3	17,9	26,3	17,8	11,4	4,4

Anmerkungen: 1) Die Daten werden von den nationalen Parlamenten (nP/fP) bis 30. November 2004 und vom Europäischen Parlament (EP) im Januar 2005 übermittelt. 2) Die zweckdienlichsten Durchschnittswerte für EU-25, EU-15 und Eurozone weisen einen konzeptionellen Unterschied zwischen nP/fP und EP auf, weil das EP einen anderen Status innehat. Während es sich bei den Angaben für nP/fP um Durchschnitts-Prozentzahlen der entsprechenden Mitgliedsländer handelt, ist es für das EP der prozentuale Anteil von Frauen unter allen MEP der entsprechenden Mitgliedsländer. Der Vollständigkeit halber seien die übrigen, weniger zweckdienlichen Durchschnittswerte im Folgenden genannt: Der Frauenanteil in allen nP/fP zusammen liegt für die EU-25 bei 22,3%, für die EU-15 bei 24,6% und für die Eurozone bei 23,1%. Für das EP liegt der Durchschnitt der Anteile der entsprechenden Mitgliedsländer bei 31,2% in der EU-25, bei 35,7% in der EU-15 und bei 34,8% in der Eurozone.

Quellen: Interparlamentarische Union (<http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm>).

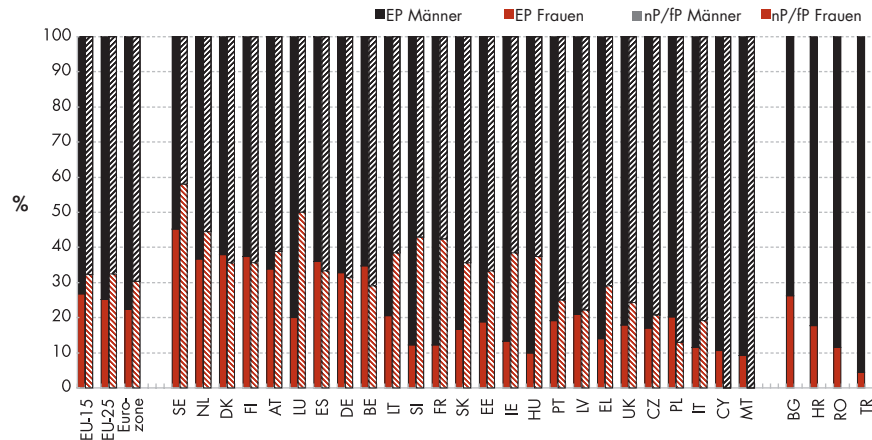
### Schlüsselindikator 15b Anteil von Frauen im Europäischen Parlament, Januar 2005

UE-25	UE-15	Eurozone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
30,3 i	32,3 i	32,5 i	29,2	20,8	35,7	31,3	33,3	29,2	33,3	42,3	38,5	19,2	0,0	22,2	38,5
LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
50,0	37,5	0,0	44,4	38,9	13,0	25,0	42,9	35,7	35,7	57,9	24,4	.	.	.	.

Anmerkungen: 1) Die Daten werden von den nationalen Parlamenten (nP/fP) bis 30. November 2004 und vom Europäischen Parlament (EP) im Januar 2005 übermittelt. 2) Die zweckdienlichsten Durchschnittswerte für EU-25, EU-15 und Eurozone weisen einen konzeptionellen Unterschied zwischen nP/fP und EP auf, weil das EP einen anderen Status innehat. Während es sich bei den Angaben für nP/fP um Durchschnitts-Prozentzahlen der entsprechenden Mitgliedsländer handelt, ist es für das EP der prozentuale Anteil von Frauen unter allen MEP der entsprechenden Mitgliedsländer. Der Vollständigkeit halber seien die übrigen, weniger zweckdienlichen Durchschnittswerte im Folgenden genannt: Der Frauenanteil in allen nP/fP zusammen liegt für die EU-25 bei 22,3%, für die EU-15 bei 24,6% und für die Eurozone bei 23,1%. Für das EP liegt der Durchschnitt der Anteile der entsprechenden Mitgliedsländer bei 31,2% in der EU-25, bei 35,7% in der EU-15 und bei 34,8% in der Eurozone.

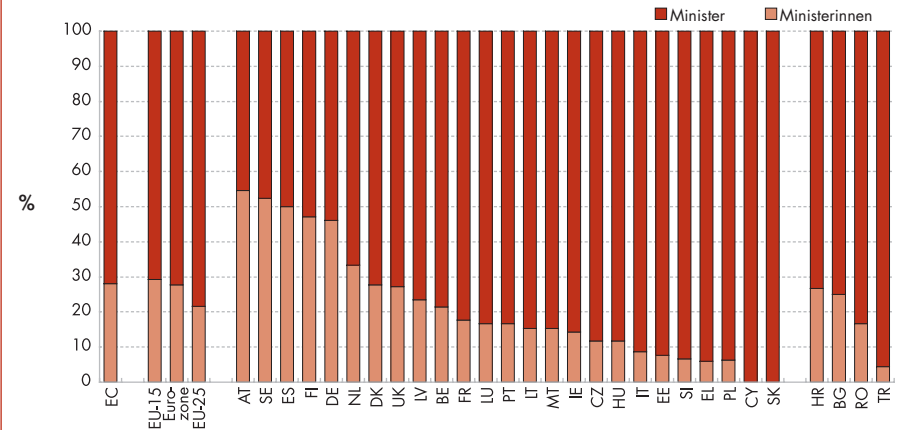
Quellen: Europäisches Parlament (<http://www.europarl.europa.eu/whoswho/default/htm>).

**1 Anteil von Frauen und Männern in den nationalen/föderalen Parlamenten und im Europäischen Parlament, November 2004 (nP/fP) und Januar 2005 (EP)**



Anmerkung: Die Balken in den ersten zwei Gruppen sind nach dem Durchschnitt des prozentualen Frauenanteils in den nP/fP und im EP und in der dritten Gruppe (Beitrittsländer) nach dem prozentualen Frauenanteil in den nP/fP angeordnet.  
 Quellen: Interparlamentarische Union (<http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm>) und Europäisches Parlament (<http://www.europarl.europa.eu/members/expert.do?language=en>)

**2 Anteil von Frauen und Männern unter den Ministerinnen und Ministern der nationalen Regierungen und den Kommissaren der Europäischen Kommission (EK), 2005**



Quellen: 1) Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, Datenbank für Frauen und Männer in Entscheidungspositionen ([http://ec.europa.eu/employment\\_social/women\\_men\\_stats/out/measures\\_out416\\_en.htm](http://ec.europa.eu/employment_social/women_men_stats/out/measures_out416_en.htm)).  
 2) Europäische Kommission ([http://ec.europa.eu/commission\\_barroso/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/commission_barroso/index_en.htm)).  
 3) HR und TR: nationale Quellen (<http://www.vlada.hr/default.asp?ru=196&sid=&jezik=2> und <http://www.byegm.gov.tr/hukumetler/59hukumet/biographies.htm>).

# 16

## Arbeitseinkommen von Frauen und Männern

In der EU-15 - den alten Mitgliedstaaten - lag der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen im Jahr 2003 um schätzungsweise 16 % unter dem der Männer. Die statistischen Daten für die neuen Mitgliedstaaten sind zwar noch nicht uneingeschränkt vergleichbar, aber sie werden in den Darstellungen berücksichtigt<sup>4</sup>. Die kleinsten Unterschiede finden sich in Italien, Malta, Portugal und Slowenien, die größten in Estland, Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Zypern und der Slowakei. Auf Ebene der EU ist das Lohngefälle seit 1994, als erstmals Daten vorlagen, weitgehend unverändert. Um hier Abhilfe zu schaffen, muss sowohl bei der unmittelbaren entgeltbezogenen Benachteiligung der Frauen als auch bei ihrer mittelbaren Diskriminierung in Fragen des Zugangs zum Arbeitsmarkt, der Berufswahl und der Aufstiegschancen angesetzt werden.

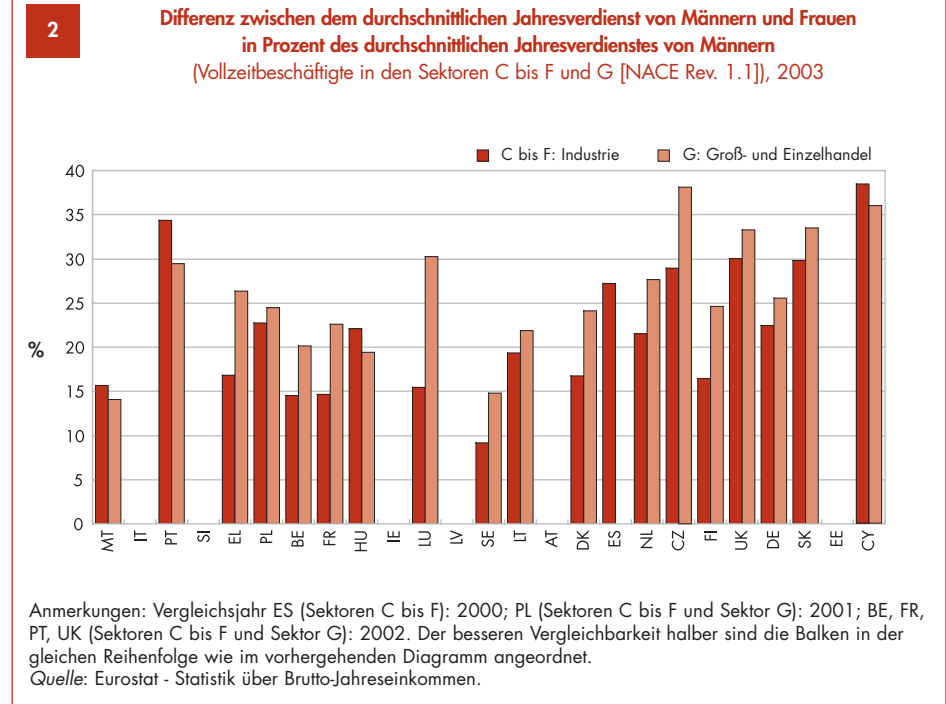
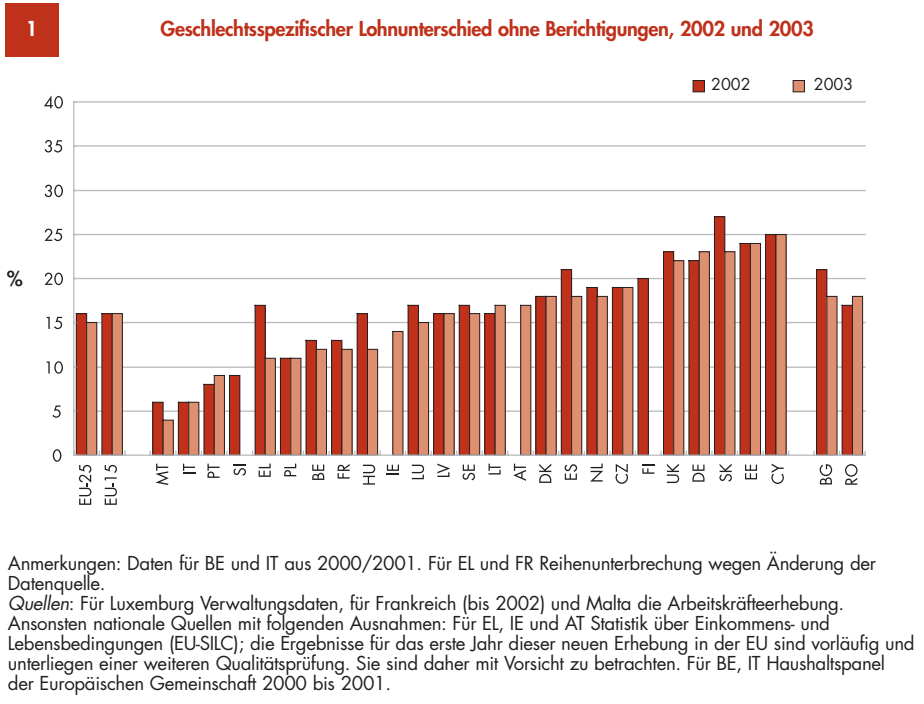
### Schlüsselindikator 16 Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied ohne Berichtigungen, 2003 (Differenz zwischen dem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Männern und Frauen in Prozent des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes der Männer. Die Bevölkerung umfasst alle Erwerbstätigen im Alter von 16 bis 64 Jahren, die mindestens 15 Stunden pro Woche bezahlte Arbeit leisten)

UE-25	UE-15	Eurozone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
15s	16s	:	12	19	18	23	24	11b	18	12b	14b	6	25	16	17
LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
15	12 r	4	18	17b	11	9	9	23	20	16	22	18	:	18	:

Anmerkungen: EU-15: geschätzter gewichteter Durchschnitt der nationalen Wertangaben für die alten Mitgliedsländer ohne die fehlenden Länder. BE, IT: Daten aus 2001. CZ: Es sind nur Vollzeitbeschäftigte in Unternehmen mit über 9 Beschäftigten berücksichtigt. CY, BG: Es sind nur Vollzeitbeschäftigte berücksichtigt. HU: Es sind nur Vollzeitbeschäftigte in Unternehmen mit über 5 Beschäftigten berücksichtigt. NL: Datengrundlage ist der Jahresverdienst einschließlich Überstundenzuschlägen und Einmalzahlungen. PL: Es sind nur Beschäftigte in Unternehmen mit über 9 Beschäftigten berücksichtigt. SI: Daten aus 2002; berücksichtigt sind Beschäftigte in staatlichen Unternehmen und Beschäftigte in Privatunternehmen mit über 2 Beschäftigten. FI: Daten aus 2002; SE: Datengrundlage sind die monatlichen Äquivalenzverdienste von Vollzeitbeschäftigten, keine Stundenverdienste.

Quellen: Für Luxemburg Verwaltungsdaten, für Frankreich (bis 2002) und Malta die Arbeitskräfteerhebung. Ansonsten nationale Quellen mit folgenden Ausnahmen: Für EL, IE und AT Statistik über Einkommens- und Lebensbedingungen (EU-SILC); die Ergebnisse für das erste Jahr dieser neuen Erhebung in der EU sind vorläufig und unterliegen einer weiteren Qualitätsprüfung. Für BE, IT Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft 2001.

<sup>4</sup> Quellen: Die Daten zu Entgeltunterschieden zwischen Männern und Frauen für CZ, EE, FR, CY, LV, IT, LU, HU, MT, NL, PL, SI, SK und SE stammen aus nationalen Quellen, die Daten für BE, DK, DE, EL, ES, IE, IT, AT, PT, FI und UK bis zum Jahr 2001 aus dem Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP). An die Stelle des ECHP traten im Jahr 2002 nationale Quellen oder die Europäische Umfrage zu Einkommens- und Lebensbedingungen (European Survey on Income and Living Conditions/EU-SILC).



# 17

## Lebenserwartung und Gesundheitsaussichten

Die Lebenserwartung steigt weiter und lag 2002 in der EU-25 bei 81,1 Jahren für Frauen und 74,8 Jahren für Männer. In allen 25 Mitgliedstaaten und den drei Beitrittsländern leben Frauen länger als Männer. Im Jahr 2003 konnten Frauen in der EU-15 davon ausgehen, bis zu einem Alter von 66 Jahren ohne Behinderung leben zu können. Für Männer lag die Grenze bei 64,5 Jahren.

### Schlüsselindikator 17a Lebenserwartung bei der Geburt, 2003 (das Lebensalter, das ein Neugeborenes unter der Annahme, dass die aktuellen Mortalitätsbedingungen sein Leben lang unverändert bleiben, durchschnittlich erreichen kann [altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeit]).

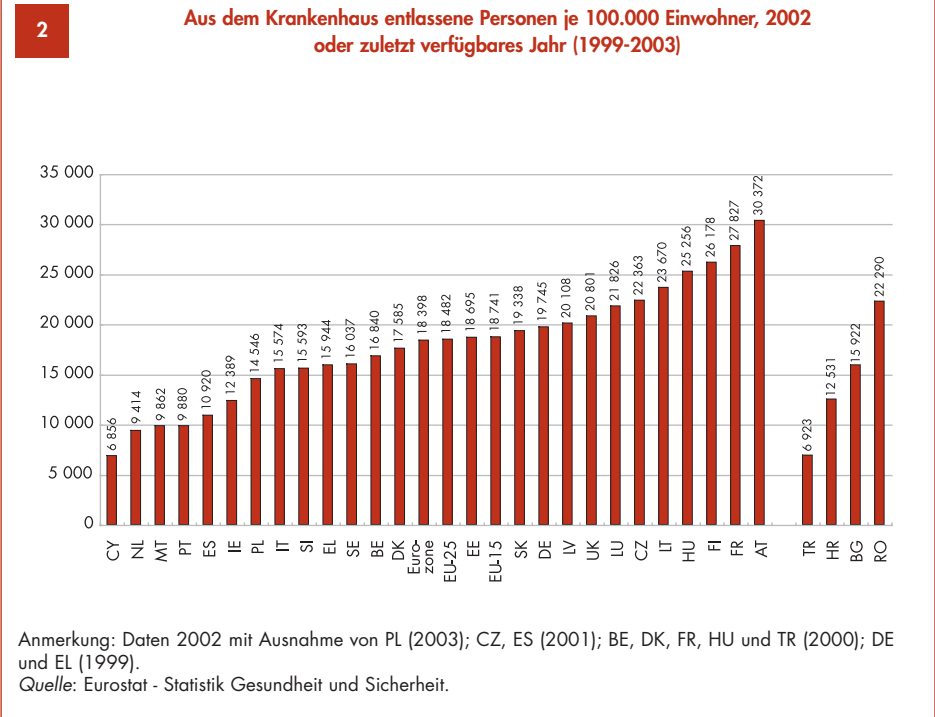
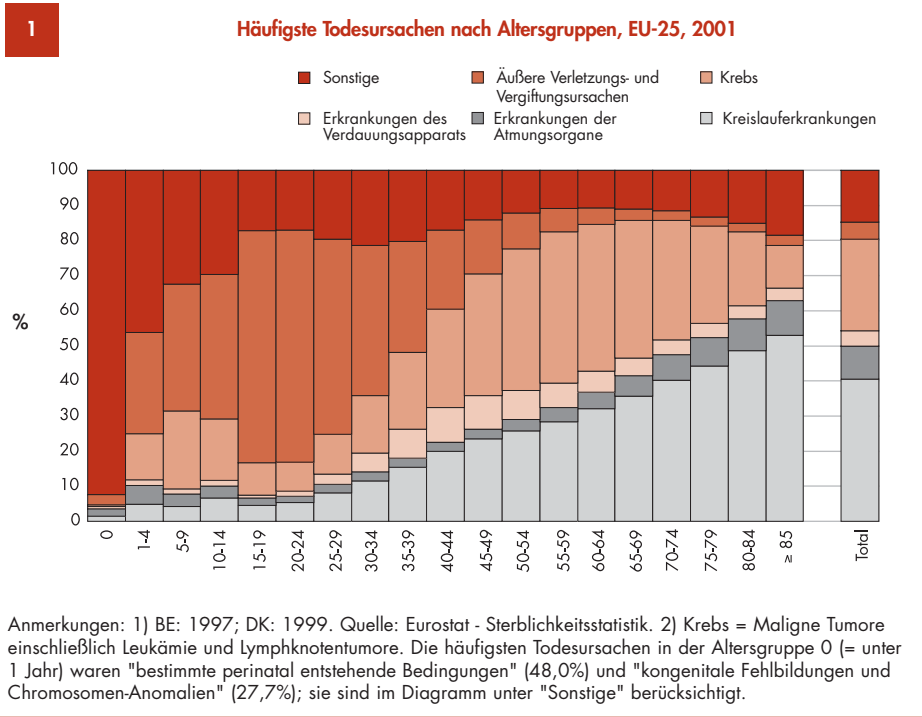
	UE-25	UE-15	Eurozone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
Frauen	81,1e	81,6e	81,8e	81,1	78,5	79,5	81,3e	77,1	80,7p	83,7e	82,9	80,3	82,9e	81,0e	76,8p	77,7p
Männer	74,8e	75,8e	75,8e	75,1	72,0	74,9	75,5e	65,3	75,4p	77,2e	75,8	75,2	76,9e	76,1e	65,5p	66,3p
	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
Frauen	81,5	76,7	81,0	80,8p	81,8p	78,9	80,5e	80,5	77,8	81,8p	82,4	80,7e	75,6	78,3	74,9p	66,4
Männer	74,9	68,4	75,9	76,1p	76,0p	70,5	74,0e	72,7	69,9	75,1p	77,9	76,2e	68,9	71,2	67,5p	71,0

Anmerkungen: EU-25, EU-15, Eurozone, BE, EE, IE, LU, HU, MT, SI, SK, BG und HR: 2002; CY und TR: 2001.  
 Quellen: Eurostat - Bevölkerungsstatistik; TR: Europarat.

### Schlüsselindikator 17b Erwartung an behinderungsfreien Lebensjahren bei der Geburt, 2003 (das Lebensalter, das ein Neugeborenes unter der Annahme, dass die aktuellen Mortalitäts- und Morbiditätsbedingungen sein Leben lang unverändert bleiben, ohne körperliche oder geistige Behinderung durchschnittlich erreichen kann [altersspezifische Sterbe- bzw. Erkrankungswahrscheinlichkeit]).

	UE-25	UE-15	Eurozone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
Frauen	:	66,0e	:	69,2e	63,3p	60,9e	64,7e	:	68,4e	70,2e	63,9e	65,4e	74,4e	69,6	:	:
Männer	:	64,5e	:	67,4e	62,8p	63,0e	65,0e	:	66,7e	66,8e	60,6e	63,4e	70,9e	68,4	:	:
	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
Frauen	:	57,8p	65,7p	58,8e	69,6e	68,9	61,8e	:	:	56,5e	62,2e	60,9e	:	:	:	:
Männer	:	53,5p	65,1p	61,7e	66,2e	62,5	59,8e	:	:	57,3e	62,5e	61,5e	:	:	:	:

Anmerkung: CZ, MT und PL: Daten aus 2002.  
 Quelle: Eurostat - Gesundheitsstatistik.



# 18

## Unfälle und arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme

Im Jahr 2002 erlitten rund 3,5 % der Arbeitskräfte in der EU-15 einen Arbeitsunfall, der eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen nach sich zog. Unter Berücksichtigung der Arbeitsunfälle ohne anschließende Arbeitsunfähigkeit und derjenigen mit anschließender Arbeitsunfähigkeit von bis zu drei Tagen lag der Wert bei 5,6 %. Von 1998 an ging die Zahl der Arbeitsunfälle mit mehr als drei Tagen Arbeitsunfähigkeit in der EU-15 um 14 % (1998 = 100, 2002 = 86) und in der EU-25 um 12 % zurück. 1998/99 litten pro Jahr 5,4 % der Beschäftigten unter arbeitsbedingten gesundheitlichen Problemen. Im Jahr 2000 gingen in der EU-15 rund 500 Millionen Arbeitstage infolge von Arbeitsunfällen (150 Millionen Tage) und arbeitsbedingten Gesundheitsproblemen (350 Millionen Tage) verloren. Die durch Arbeitsunfälle verursachten Kosten beliefen sich schätzungsweise auf 55 Mrd. Euro. Die Zahl der Verkehrstoten ist seit 1970 zwar um 46 % zurückgegangen, aber 2001 fanden immer noch 40.000 Menschen auf den Straßen der EU den Tod.

### Schlüsselindikator 18a Arbeitsunfälle - schwere Unfälle, 2002 (Index der Anzahl der schweren Arbeitsunfälle je 100.000 Erwerbstätige [1998 = 100])

	UE-25	UE-15	Euro-zone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
Insgesamt	88	86	84	72	89	82	82	125	83	103	99	:	83	92	108	86
Frauen	97	96	92	80	97	92	87	130	76	105	117	:	86	92	:	84
Männer	89	88	86	73	85	81	83	123	86	106	95	:	85	92	:	85
	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
Insgesamt	109	84	91	100 b	84	76	74	94	77	85	101	108	84	:	104	84
Frauen	116	91	76	:	75	81	83	100	84	85	96	110	:	:	96	:
Männer	111	81	96	:	87	85	74	92	75	86	104	106	:	:	108	:

Quelle: Eurostat - Europäische Arbeitsunfallstatistik (ESAW).

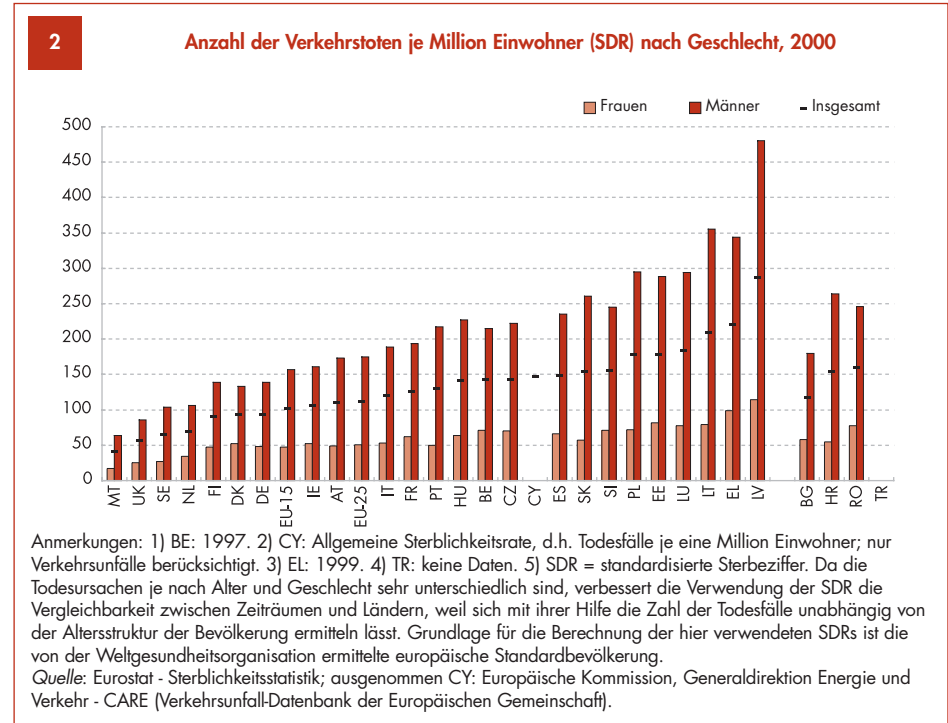
### Schlüsselindikator 18b Arbeitsunfälle - tödliche Unfälle, 2002 (Index der Anzahl der tödlichen Arbeitsunfälle je 100.000 Erwerbstätige [1998 = 100])

UE-25	UE-15	Euro-zone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT
80	80	78	82	87	65	112	81	104	79	65	:	42	107 i	123	115
LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR
52 i	109	30 i	90	100	89	98	97	65	82	91	85	85	:	95	75

Anmerkung: Die Angaben für CY, LU und MT beruhen auf einer nur geringen Zahl jährlicher Todesfälle.

Quelle: Eurostat - Europäische Arbeitsunfallstatistik.







## **Anhang 2:** Soziale Schlüsselindikatoren per geopolitischer Einheit

Die soziale Lage in der Europäischen Union, 2005-2006

Bereich	Nr.	Schlüsselindikator (ANMERKUNGEN unter der Tabelle)	Einheit	(Monat)/ Jahr	Geschlecht	UE- 25	UE- 15	Euro- zone	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU
Bevölkerung	3	Alterslastquotient	%	2004	insgesamt	24,5	25,5	25,8	26,1	19,7	22,5	26,8	23,5	25,8	24,5	25,2	16,4	28,9	17,5	23,6	22,3	21,0	22,6
	4	Allgemeine Nettozuwanderungsrate inkl. Berichtigungen	je 1000 Einw.	2003	insgesamt	4,6	5,4	5,7	3,4	2,5	1,3	1,7	0,0	3,2	17,6	0,9	7,8	10,4	17,2	-0,4	-1,8	4,7	1,5
Bildung und Ausbildung	5	Bildungsniveau Jugendliche	%	2004	insgesamt	76,6	73,7	72,9	82,1	90,9	74,8	72,8	82,3	81,9	61,1	79,8	85,3p	72,9	77,6	76,9	86,1	71,1	83,4
					weiblich	79,6	76,9	76,7	86,8	91,2	76,3	74,2	92,3	85,6	68,6	81,3	88,5p	78,2	83,8	83,4	90,1	71,7	84,9
					männlich	73,7	70,6	69,1	77,4	90,5	73,2	71,5	72,5	78,2	53,9	78,2	82,1p	67,6	70,7	70,7	82,2	70,4	81,9
	6	Lebenslanges Lernen	%	2004	insgesamt	10,3i	11,1i	7,8i	9,5 b	6,3	27,6	7,4	6,7	2,0	5,1	7,8	7,2	6,8b	9,3	9,1	6,5 b	9,4	4,6
					weiblich	11,1i	12,0i	8,0i	9,3 b	6,5	31,9	7,0	7,6	2,1	5,6	7,9	8,4	7,2b	9,6	11,8	7,9 b	9,5	5,3
					männlich	9,4i	10,3i	7,6i	9,7 b	6,0	23,4	7,8	5,8	2,0	4,7	7,6	6,1	6,5b	9,0	6,1	5,0 b	9,3	3,9
Arbeitsmarkt	7a	Beschäftigungsquote	%	2004	insgesamt	63,3	64,7	63,0	60,3	64,2	75,7	65,0	63,0	59,4	61,1	63,1	66,3	57,6	69,1	62,3	61,2	61,6	56,8
					weiblich	55,7	56,8	54,5	52,6	56,0	71,6	59,2	60,0	45,2	48,3	57,4	56,5	45,2	59,0	58,5	57,8	50,6	50,7
					männlich	70,9	72,7	71,5	67,9	72,3	79,7	70,8	66,4	73,7	73,8	68,9	75,9	70,1	80,0	66,4	64,7	72,4	63,1
	7b	Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer	%	2004	insgesamt	41,0	42,5	38,6	30,0	42,7	60,3	41,8	52,4	39,4	41,3	37,3	49,5	30,5	50,1	47,9	47,1	30,8	31,1
					weiblich	31,7	33,2	29,0	21,1	29,4	53,3	33,0	49,4	24,0	24,6	33,8	33,7	19,6	30,4	41,9	39,3	22,9	25,0
					männlich	50,7	52,2	48,6	39,1	57,2	67,3	50,7	56,4	56,4	58,9	41,0	65,0	42,2	70,9	55,8	57,6	38,5	38,4
	8a	Arbeitslosenquote	%	2004	insgesamt	9,0	8,1	8,9	7,8	8,3	5,4	9,5	9,2	10,5	11,0	9,7	4,5	8,0	5,0	9,8	10,8	4,8	5,9
					weiblich	10,2	9,3	10,5	8,8	9,9	5,6	10,5	8,1	16,2	15,0	10,7	3,9	10,5	6,3	10,3	11,3	6,8	6,0
					männlich	8,1	7,1	7,6	7,0	7,1	5,1	8,7	10,3	6,6	8,1	8,8	4,9	6,4	4,0	9,2	10,3	3,3	5,8
	8b	Langzeitarbeitslosenquote	%	2003	insgesamt	4,0	3,3	3,9	3,8	4,2	1,2	4,9	4,8	5,6	3,5	3,9	1,6	4,0	1,1	4,3	5,5	1,1	2,6
					weiblich	4,6	3,9	4,8	4,3	5,3	1,2	5,6	4,1	9,4	5,3	4,4	0,9	5,5	1,5	4,4	5,9	1,5	2,5
					männlich	3,5	2,9	3,2	3,4	3,4	1,1	4,4	5,6	3,0	2,3	3,5	2,0	2,9	0,8	4,2	5,2	0,8	2,6
Sozialschutz	9	Sozialschutzausgaben in Prozent des BIP	%	2001	insgesamt	27,3	27,6	27,4	27,5	19,2	29,5	29,8	14,3	27,1	20,1	30,0	15,3	25,6	:	14,3	15,2	21,3	19,8
	10	Alters- und Hinterbliebenenversorgung in Prozent aller Sozialleistungen	%	2001	insgesamt	46,2	46,1	46,5	44,1	42,5	38,0	42,5	42,6	51,4	45,3	43,7	24,4	62,2	:	56,4	47,5	37,5	42,4du
	11	Öffentliche Ausgaben für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Prozent des BIP	%	2003	insgesamt	:	0,701	:	1,006	:	1,529	0,948	:	0,113	0,589	0,836	0,607	0,663	:	:	:	:	:
Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung	12	Ungleichheit der Einkommensverteilung	Verhältnis	2004	insgesamt	4,8 s	4,8 s	4,8 s	4,0	3,4 i	3,4	4,4 i	5,9 i	6,0	5,1 b	4,2 b	5,0	5,6 b	4,1 i	6,1 i	4,5 i	3,7	3,3 i
	13a	Anteil der von Armut bedrohten Personen vor Sozialtransfers	%	2004	insgesamt	26 s	26 s	25 s	28	21 i	31	24 i	25 i	23	25 b	26 b	33	23 b	20 i	24 i	23 i	22	17 i
					weiblich	26 s	27 s	26 s	28	22 i	32	26 i	26 i	24	26 b	27 b	35	24 b	21 i	25 i	23 i	23	17 i
					männlich	24 s	24 s	23 s	27	19 i	30	21 i	23 i	21	24 b	25 b	31	22 b	18 i	23 i	22 i	22	17 i
	13b	Anteil der von Armut bedrohten Personen nach Sozialtransfers	%	2004	insgesamt	16 s	17 s	17 s	15	8 i	11	16 i	18 i	20	20 b	14 b	21	19 b	15 i	16 i	15 i	11	12 i
					weiblich	17 s	18 s	18 s	16	9 i	11	18 i	20 i	21	21 b	14 b	23	20 b	17 i	17 i	15 i	11	12 i
					männlich	15 s	15 s	15 s	14	7 i	11	13 i	17 i	19	19 b	13 b	19	18 b	14 i	16 i	14 i	11	12 i
	14a	Bevölkerung im Alter von 18 bis 59 in erwerbslosen Haushalten	%	2004	insgesamt	10,3 i	9,8 i	9,6 i	13,7	8,0	8,5	11,1	9,5	8,5	7,3	10,8	8,6	9,1	5,0	7,8	8,1	6,5	11,9
					weiblich	11,4i	10,9i	10,6 i	16,0	9,6	8,8	11,4	8,7	10,7	7,9	12,1	10,1	10,4	6,1	8,4	8,0	8,1	12,7
					männlich	9,3i	8,8i	8,7i	11,3	6,4	8,3	10,8	10,2	6,2	6,7	9,5	7,2	7,9	3,8	7,1	8,3	5,0	11,1
	14b	Kinder im Alter von 0 bis 17 in erwerbslosen Haushalten	%	2004	insgesamt	9,8i	9,8i	8,3i	13,2	9,0	6,0	10,9	9,6	4,5	6,3	9,6	11,8	5,7	2,6	7,2	6,5	3,0	13,2
	Chancengleichheit	15a	Frauenanteil in nationalen Parlamenten	%	11/2004	weiblich	22,4i	26,8i	25,1i	34,7	17,0	38,0	32,8	18,8	14,0	36,0	12,2	13,3	11,5	10,7	21,0	20,6	20,0
15b		Frauenanteil im Europäischen Parlament	%	01/2005	weiblich	30,3i	32,3i	32,5i	29,2	20,8	35,7	31,3	33,3	29,2	33,3	42,3	38,5	19,2	0,0	22,2	38,5	50,0	37,5
16		Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied ohne Berichtigungen	%	2003	weiblich	15s	16s	:	12	19	18	23	24	11b	18	12b	14b	6	25	16	17	15	12 r
Gesundheit und Sicherheit	17a	Lebenserwartung bei der Geburt	Jahr	2003	weiblich	81,1e	81,6e	81,8e	81,1	78,5	79,5	81,3e	77,1	80,7p	83,7e	82,9	80,3	82,9e	81,0e	76,8p	77,7p	81,5	76,7
					männlich	74,8e	75,8e	75,8e	75,1	72,0	74,9	75,5e	65,3	75,4p	77,2e	75,8	75,2	76,9e	76,1e	65,5p	66,3p	74,9	68,4
	17b	Erwartung an behinderungsfreien Lebensjahren bei der Geburt	Jahr	2003	weiblich	:	66,0e	:	69,2e	63,3p	60,9e	64,7e	:	68,4e	70,2e	63,9e	65,4e	74,4e	69,6	:	:	:	57,8p
					männlich	:	64,5e	:	67,4e	62,8p	63,0e	65,0e	:	66,7e	66,8e	60,6e	63,4e	70,9e	68,4	:	:	:	53,5p
	18a	Schwere Arbeitsunfälle	Indexpunkte (1998 = 100) 2002	insgesamt	88	86	84	72	89	82	82	125	83	103	99	:	83	92	108	86	109	84	
					weiblich	97	96	92	80	97	92	87	130	76	105	117	:	86	92	:	84	116	91
18b	Tödliche Arbeitsunfälle	Indexpunkte (1998 = 100) 2002	insgesamt	89	88	86	73	85	81	83	123	86	106	95	:	85	92	:	85	111	81		
				weiblich	80	80	78	82	87	65	112	81	104	79	65	:	42	107 i	123	115	52 i	109	

MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	BG	HR	RO	TR	Schlüsselindikator (ANMERKUNGEN unter der Tabelle)	Nr.	Bereich
19,0	20,5	22,8	18,6	24,9	21,4	16,3	23,3	26,4	24,3	24,9	:	20,9	8,7	Alterslastquotient	3	Bevölkerung
4,5	0,4	4,7	-0,4	6,1	1,8	0,3	1,1	3,2	4,4	0,0	1,9	-0,3	:	Allgemeine Nettozuwanderungsrate inkl. Berichtigungen	4	
51,4	74,2	86,3i	89,5	49,0	89,7	91,3	84,6	86,3	76,4	76,0	92,5	74,8	41,8	Bildungsniveau Jugendliche	5	Bildung und Ausbildung
54,1	77,4	86,3i	91,6	58,8	93,7	91,5	87,9	87,6	76,6	77,2	93,7	75,8	49,6			
48,8	71,0	86,2i	87,4	39,4	86,0	91,1	81,2	85,1	76,2	74,8	91,5	73,8	35,1			
4,8b	17,3	12,0i	5,5 b	4,8 b	17,9	4,6	24,6	33,3	29,1i	1,3	2,0	1,6 b	1,3	Lebenslanges Lernen	6	
4,2b	17,7	12,5i	6,3 b	5,1 b	19,8	5,2	28,2	37,7	33,9i	1,4	2,3	1,6 b	1,6			
5,5 b	17,0	11,5i	4,7 b	4,4 b	16,1	3,9	20,9	29,2	24,2i	1,1	1,8u	1,6 b	0,9			
54,1	73,1	67,8	51,7	67,8	65,3	57,0	67,6	72,1	71,6	54,2	54,7	57,7	46,1	Beschäftigungsquote	7a	Arbeitsmarkt
32,8	65,8	60,7	46,2	61,7	60,5	50,9	65,6	70,5	65,6	50,6	47,8	52,1	24,3			
75,2	80,2	74,9	57,2	74,2	70,0	63,2	69,7	73,6	77,8	57,9	61,8	63,4	67,8			
30,9	45,2	28,8	26,2	50,3	29,0	26,8	50,9	69,1	56,2	32,5	30,1	36,9	33,2	Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer	7b	
11,4	33,4	19,3	19,4	42,5	17,8	12,6	50,4	67,0	47,0	24,2	21,0	31,4	20,0			
52,2	56,9	38,9	34,1	59,1	40,9	43,8	51,4	71,2	65,7	42,2	40,9	43,1	46,9			
7,3	4,6	4,8	18,8	6,7	6,0	18,0	8,8	6,3	4,7	11,9	:	7,1	10,3	Arbeitslosenquote	8a	
8,3	4,8	5,4	19,7	7,6	6,5	19,3	8,9	6,1	4,2	11,5	:	5,9	9,7			
6,9	4,3	4,4	18,0	5,9	5,6	17,0	8,7	6,5	5,1	12,2	:	8,2	10,5			
3,4	1,6	1,3	10,2	3,0	3,1	11,7	2,1	1,2	1,0	7,1	:	4,2	4,0	Langzeitarbeitslosenquote	8b	
2,7	1,6	1,4	10,9	3,4	3,2	12,5	2,0	1,0	0,6	7,1	:	3,3	4,5			
3,8	1,5	1,2	9,5	2,6	3,0	11,0	2,3	1,4	1,2	7,1	:	5,0	3,9			
17,3	27,5	28,7	22,1	24,0	25,5	19,1	25,7	31,4	27,6	:	:	:	:	Sozialschutzausgaben in Prozent des BIP	9	Sozialschutz
53,9	41,8	49,9	55,3	45,7	45,5	38,2	36,6	40,0	46,3	:	:	:	:	Alters- und Hinterbliebenenversorgung in Prozent aller Sozialleistungen	10	
:	0,947	0,461	:	0,542	:	:	0,748	1,042	0,154	:	:	:	:	Öffentliche Ausgaben für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Prozent des BIP	11	
4,6 i	4,0 pi	3,8	5,0 i	7,2 b	3,1 i	5,8 pi	3,5 b	3,3 b	5,3 i	4,0 i	4,6 i	4,6 i	9,9 i	Ungleichheit der Einkommensverteilung	12	Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung
19 i	23 pi	25	31 i	27 b	16 i	28 pi	29 b	30 b	29 i	18 i	31 i	22 i	31 i	Anteil der von Armut bedrohten Personen vor Sozialtransfers	13a	
20 i	24 pi	27	31 i	28 b	18 i	27 pi	29 b	33 b	30 i	20 i	33 i	23 i	32 i			
18 i	22 pi	24	32 i	26 b	15 i	29 pi	28 b	28 b	28 i	15 i	29 i	22 i	29 i			
15 i	12 pi	13	17 i	21 b	10 i	21 pi	11 b	11 b	18 i	15 i	18 i	17 i	26 i	Anteil der von Armut bedrohten Personen nach Sozialtransfers	13b	
15 i	12 pi	14	16 i	22 b	11 i	21 pi	11 b	12 b	19 i	17 i	19 i	18 i	26 i			
15 i	12 pi	11	17 i	20 b	9 i	22 pi	11 b	10 b	17 i	13 i	17 i	17 i	25 i			
8,8	8,0i	8,8i	15,8	5,3	7,5	10,8	11,0	:	11,0	13,7	11,2	11,1	:	Bevölkerung im Alter von 18 bis 59 in erwerbslosen Haushalten	14a	
10,8	9,3i	10,0i	16,8	5,7	8,0	11,6	10,9	:	13,0	14,2	12,0	11,7	:			
6,9	6,7i	7,6i	14,8	5,0	7,0	10,0	11,2	:	9,0	13,2	10,3	10,4	:			
8,9	7,0i	5,6i	:	4,3	3,8	12,8	5,7	:	16,8	15,6	7,4	11,1	:	Kinder im Alter von 0 bis 17 in erwerbslosen Haushalten	14b	
9,2	36,7	33,9	20,2	19,1	12,2	16,7	37,5	45,3	17,9	26,3	17,8	10,7	4,4	Frauenanteil in nationalen Parlamenten	15a	Chancengleichheit
0,0	44,4	38,9	13,0	25,0	42,9	35,7	35,7	57,9	24,4	.	.	.	.	Frauenanteil im Europäischen Parlament	15b	
4	18	17b	11	9	9	23	20b	16	22	18	:	18	:	Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied ohne Berichtigungen	16	
81,0	80,8p	81,8p	78,9	80,5e	80,5	77,8	81,8p	82,4	80,7e	75,6	78,3	74,9p	66,4	Lebenserwartung bei der Geburt	17a	Gesundheit und Sicherheit
75,9	76,1p	76,0p	70,5	74,0e	72,7	69,9	75,1p	77,9	76,2e	68,9	71,2	67,5p	71,0			
65,7p	58,8e	69,6e	68,9	61,8e	:	:	56,5e	62,2e	60,9e	:	:	:	:	Erwartung an behinderungsfreien Lebensjahren bei der Geburt	17b	
65,1p	61,7e	66,2e	62,5	59,8e	:	:	57,3e	62,5e	61,5e	:	:	:	:			
91	100 b	84	76	74	94	77	85	101	108	84	:	104	84	Schwere Arbeitsunfälle	18a	
76	:	75	81	83	100	84	85	96	110	:	:	96	:			
96	:	87	85	74	92	75	86	104	106	:	:	108	:			
30 i	90	100	89	98	97	65	82	91	85	85	:	95	75	Tödliche Arbeitsunfälle	18b	

#### ANMERKUNGEN ZU DEN SCHLÜSSELINDIKATOREN

- 3 Im Jahr 2004 lag der Anteil der Personen im Alter von 65 und darüber in der EU-25 schätzungsweise bei 24,5 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).
- 4 Im Jahr 2003 lag der Unterschied zwischen Bevölkerungsentwicklung und natürlichem Bevölkerungswachstum (Letzteres ist der Überschuss bzw. Mangel an Lebendgeburten im Vergleich zu den Todesfällen) in der EU-25 schätzungsweise bei +4,6 je 1000 Einwohner (mehr Zuwanderer als Auswanderer).
- 5 Im Jahr 2004 hatten 76,6 % der Bevölkerung der EU-25 im Alter von 20 bis 24 zumindest einen Abschluss der Sekundarstufe II (Baccalauréat, Abitur, Ausbildung oder Vergleichbares).
- 6 In der EU-25 hatten 10,3 % der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 in den vier Wochen vor der Befragung 2004 an einer Bildungs- oder Ausbildungsmaßnahme teilgenommen.
- 7a 63,3 % der Bevölkerung der EU-25 im Alter von 15 bis 64 hatten 2004 einen Arbeitsplatz.
- 7b 41,0 % der Bevölkerung der EU-25 im Alter von 55 bis 64 hatten 2004 einen Arbeitsplatz.
- 8a 9,0 % der aktiven Bevölkerung der EU-25 (d.h. die in Beschäftigung befindlichen Personen und die Arbeit suchenden Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren) waren 2004 arbeitslos.
- 8b Im Jahr 2004 waren 4,0 % der aktiven Bevölkerung der EU-25 (d. h. die in Beschäftigung befindlichen Personen und die Arbeit suchenden Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren) seit mindestens einem Jahr arbeitslos.
- 9 Im Jahr 2001 beliefen sich die Sozialschutzausgaben in der EU-25 auf 27,3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).
- 10 In der EU-25 bildet die Alters- und Hinterbliebenenversorgung den größten Posten der Sozialschutzausgaben (46,2 % der Gesamtleistungen im Jahr 2001).
- 11 Im Jahr 2003 betrugen die öffentlichen Ausgaben in der EU-15 für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen 0,701 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).
- 12 Im bevölkerungsgewichteten Durchschnitt der Mitgliedstaaten der EU-25 hatten die 20 % der Bevölkerung eines Mitgliedlandes mit dem höchsten Einkommen im Umfragejahr 2004 (Bezugsjahr 2003) einen 4,8-mal größeren Anteil am Gesamteinkommen des Landes als die ärmsten 20 % der Bevölkerung.
- 13a Im Jahr 2004 hätten 26 % der Bevölkerung in der EU-15 vor Sozialtransfers unter der Armutsrisikoschwelle gelebt, die bei 60 % des mittleren nationalen verfügbaren Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) liegt. Alters- und Hinterbliebenenrenten zählen als Einkommen vor Transfers und nicht als Sozialtransfers.
- 13b Im Jahr 2004 lebten in der EU-15 nach Sozialtransfers 16 % der Bevölkerung unter der Armutsrisikoschwelle, die bei 60 % des mittleren nationalen verfügbaren Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) liegt.
- 14a In der EU-25 lebten 10,3 % der Bevölkerung im Alter von 18 bis 59 Jahren im Jahr 2004 in Haushalten, in denen niemand erwerbstätig war. Studenten im Alter von 18 bis 24 Jahren, die in Haushalten leben, die nur aus Studenten derselben Altersgruppe bestehen, werden weder im Zähler noch im Nenner gezählt.
- 14b In der EU-25 lebten 9,8 % der Kinder im Alter von 0 bis 17 Jahren 2004 in Haushalten, in denen niemand erwerbstätig war.
- 15a Im November 2004 waren in Schweden 45,3% der Parlamentssitze (Präsident und Mitglieder) von Frauen besetzt.
- 15b Im Januar 2005 waren im Europäischen Parlament 57,9 % der schwedischen Sitze von Frauen besetzt.
- 16 In der EU-25 lag der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Frauen im Jahr 2003 um 16 % unter dem der Männer. Berücksichtigt sind alle bezahlten Arbeitskräfte im Alter von 16 bis 64, die mindestens 15 Stunden pro Woche arbeiten.
- 17a Die mittlere Anzahl an Jahren, die ein Neugeborenes unter Zugrundelegung der Mortalitätsbedingungen des Jahres 2002 (altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeit) voraussichtlich lebt, beträgt für Frauen/Männer 81,1/74,8 Jahre (die Zahl für die EU-25 bezieht sich jedoch auf 2002, nicht auf 2003).
- 17b Die mittlere Anzahl an Jahren, die ein Neugeborenes unter Zugrundelegung der Mortalitäts- und Morbiditätsbedingungen des Jahres 2002 (altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeit) voraussichtlich lebt, beträgt für Frauen/Männer 81,1/74,8 Jahre (die Zahl für die EU-25 bezieht sich jedoch auf 2002, nicht auf 2003).
- 18a In der EU-25 lag die Zahl der schweren Arbeitsunfälle (mit mehr als 3 Tagen Arbeitsunfähigkeit) je 100.000 Beschäftigte im Jahr 2002 um 12 % niedriger als 1998.
- 18b In der EU-25 lag die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle je 100.000 Beschäftigte im Jahr 2002 um 20 % niedriger als 1998.

#### ANMERKUNGEN:

- 1) Bezugsjahr: Für jeden sozialen Schlüsselindikator sind die Daten des letzten hinreichend verfügbaren Jahres angegeben. Wenn für eine geopolitische Einheit Daten für das betreffende Jahr fehlen, aber Daten aus einem nahe liegenden Jahr vorhanden sind, werden diese kursiv wiedergegeben.
- 2) Flag-Codes: Die an Daten angehängten Buchstaben (engl. flag codes, beispielsweise das e in 24,5e für den EU-25-Wert im ersten Schlüsselindikator dieser Tabelle, haben die folgende Bedeutung: b = Reihenunterbrechung, e = geschätzter Wert, i = weitere Informationen in den Anhängen dieses Berichts oder auf der Eurostat-Webseite <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/>, p = vorläufiger Wert und s = Schätzung Eurostat.
- 3) Sonderzeichen: Die zwei verwendeten Sonderzeichen bedeuten: : = nicht verfügbar und . = nicht zutreffend.

**Anhang 3:** Symbole, Länderkürzel und Ländergruppen,  
Abkürzungen und Akronyme

## Symbole

### In den Tabellen verwendete Symbole

Sonderzeichen sind Zeichen, die an Stelle der tatsächlichen Daten stehen:

- : nicht verfügbar
- . nicht zutreffend

Anhängsel („Flags“) sind Zeichen, die den Daten zwecks Konkretisierung hinzugefügt werden:

- b Reihenunterbrechung (siehe Erläuterungen in Textform)
- e geschätzter Wert
- f Prognose
- i weitere Informationen in der Erläuterung am Ende der Tabelle oder auf der Eurostat-Website <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/>
- p vorläufiger Wert
- r überprüfter Wert
- s Schätzung Eurostat
- u unzuverlässige oder ungewisse Daten (siehe Erläuterungen in Textform)

### Weitere Symbole

- % Prozent

## Länderkürzel und Ländergruppen

### Länderkürzel

<b>AT</b> Österreich	<b>BE</b> Belgien	<b>BG</b> Bulgarien	<b>CY</b> Zypern	<b>CZ</b> Tschechische Republik
<b>DE</b> Deutschland	<b>DK</b> Dänemark	<b>EE</b> Estland	<b>EL</b> Griechenland	<b>ES</b> Spanien
<b>FI</b> Finnland	<b>FR</b> Frankreich	<b>HR</b> Kroatien	<b>HU</b> Ungarn	<b>IE</b> Irland
<b>IT</b> Italien	<b>LU</b> Luxemburg	<b>LV</b> Lettland	<b>LT</b> Litauen	<b>MT</b> Malta
<b>NL</b> Niederlande	<b>PL</b> Polen	<b>PT</b> Portugal	<b>RO</b> Rumänien	<b>SE</b> Schweden
<b>SI</b> Slowenien	<b>SK</b> Slowakei	<b>TR</b> Türkei	<b>UK</b> Vereinigtes Königreich	

### Ländergruppen

- UE-25** Die 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ab dem 01.05.2004: BE, CZ, DK, DE, EE, EL, ES, FR, IE, IT, CY, LV, LT, LU, HU, MT, NL, AT, PL, PT, SI, SK, FI, SE und UK
- EU-15** Die 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union bis zum 30.04.2004: BE, DK, DE, EL, ES, FR, IE, IT, LU, NL, AT, PT, FI, SE und UK
- NMS-10** Die neuen Mitgliedstaaten sind Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Zypern
- Eurozone** Die Eurozone mit 11 Teilnehmerländern (BE, DK, ES, FR, IE, IT, LU, NL, AT, PT und FI) bis zum 31.12.2000 und 12 Teilnehmerländern ab dem 01.01.2001 (die 11 genannten und EL). Auch „Euro-Raum“, „Euroland“ oder „Euro-Gruppe“ genannt.



Die **alten** Mitgliedstaaten sind die Mitgliedstaaten der EU-15 (siehe oben).  
 Die **neuen** Mitgliedstaaten sind die NMS-10 (siehe oben).  
 Die **Beitrittsländer** sind Bulgarien, Kroatien, Rumänien und die Türkei.  
 Die **südlichen** Mitgliedstaaten sind Griechenland, Italien, Malta, Portugal, Spanien und Zypern.  
 Die **nordischen** Mitgliedstaaten sind Dänemark, Finnland und Schweden.  
 Die **Benelux-Länder** sind Belgien, die Niederlande und Luxemburg.  
 Die **baltischen** Staaten sind Estland, Lettland und Litauen.

## Sonstige Abkürzungen und Akronyme

AMP	Arbeitsmarktpolitik
BIP	Bruttoinlandsprodukt
COICOP	Classification of Individual Consumption by Purpose (Klassifikation des individuellen Verbrauchs nach Verwendungszwecken)
CVT	Continuing Vocational Training (Betriebliche Weiterbildung)
CVTS2	Second Survey of Continuing Vocational Training (Zweite Erhebung über die betriebliche Weiterbildung)
ECHP	European Community Household Panel (Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft)
ECHP UDB	European Community Household Panel - Users' Database (Benutzerdatenbank des Haushaltspanels der Europäischen Gemeinschaft)
EG	Europäische Gemeinschaften
ESAW	European Statistics on Accidents at Work (Europäische Arbeitsunfallstatistik)
ESSPROSS	Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik
EU	Europäische Union
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
EZB	Europäische Zentralbank
GCSE	General Certificate of Secondary Education (Sekundarstufenabschluss in UK)
HBS	Household Budget Survey (Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte)
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
ICD	International Statistical Classification of Diseases and Health Related Problems (Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme)
ISCED	International Standard Classification of Education (Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens)
KKS	Kaufkraftstandard
LFS	Labour Force Survey (Arbeitskräfteerhebung)
LLL	Lebenslanges Lernen
NACE Rev. 1	Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés européennes (Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft)
n.a.z.	nicht anders zugeordnet
NUTS	Nomenclature des unités territoriales statistiques (Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
QLFD	Quarterly Labour Force Data (Vierteljährliche Arbeitskräftedaten)
SDR	Standardised Death Rate (Standardisierte Sterbeziffer)
SES	Structure of Earnings Survey (Verdienststrukturerhebung)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur)
UOE	UNESCO/OECD/Eurostat

Europäische Kommission

**Die soziale Lage in der Europäischen Union, 2005-2006 – Kurzfassung**

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

2007 – 55 S. – 21 x 29,7 cm

ISBN 92-79-03140-6

## **VERKAUF UND ABONNEMENTS**

Die kostenpflichtigen Veröffentlichungen des Amtes für Veröffentlichungen sind bei unseren Verkaufsstellen in zahlreichen Ländern der Erde erhältlich oder dort zu bestellen. Das Verzeichnis dieser Stellen können Sie erhalten:

- über die Internet-Seite des Amtes für Veröffentlichungen (<http://publications.europa.eu/>),
- über die Faxnummer (352) 29 29-42758.



2007 — Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle

KE-AP-06-001-DE-C

Falls Sie an den **Veröffentlichungen** der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit interessiert sind,

können Sie sie unter folgender Adresse herunterladen:

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/emplweb/publications/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/employment_social/emplweb/publications/index_de.cfm)

oder sich unter folgender Adresse kostenlos online registrieren:

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/sagapLink/dspSubscribe.do?lang=de](http://ec.europa.eu/employment_social/sagapLink/dspSubscribe.do?lang=de)

**ESmail** ist der elektronische Informationsbrief der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit.

Registrieren Sie sich online unter:

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/emplweb/news/esmail\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/employment_social/emplweb/news/esmail_de.cfm)

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/index\\_de.html](http://ec.europa.eu/employment_social/index_de.html)



Amt für Veröffentlichungen

*Publications.europa.eu*

ISBN 92-79-03140-6



9 789279 031403